

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER TROTZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS



Nr. 45

OKTOBER 1982

DM 1,-

Für eine revolutionäre Arbeiterpartei!

Man kann Strauß nicht mit der SPD bekämpfen!

Nach dreizehn Jahren klassenkollaborationistischer Koalitionspolitik mit der FDP ist die Verwaltung des „Modell Deutschlands“ durch die SPD vor dem Hintergrund anti-sowjetischer Kriegsgefahr und der internationalen Krise des Kapitalismus zusammengebrochen. Dreizehn Jahre Klassenverrat der SPD bahnten den Weg. Die CDU ist an der Macht. Schmidts Partei ist durch Auseinandersetzungen über den NATO-Doppelbeschluß zerrissen. Lohnraub und Massenarbeitslosigkeit zerstörten mehr und mehr die Illusionen großer Teile der Arbeiterklasse in die SPD. Am 1. Oktober setzte sich die FDP von der Koalition ab und flüchtete in die neue „Übergangsregierung“ von Helmut Kohl. Die westdeutsche Bevölkerung mußte dem Regierungswechsel zusehen, ohne auch nur die Möglichkeit zur Wahl zu erhalten. Jeder, der dieses Zweizentner-Nichts Kohl vor sich hat, sieht Franz Josef Strauß dahinter, der auf seine Chance wartet.

Strauß ist verhaßt und gefürchtet, als Kriegstreiber und Gewerkschaftsfeind, der Inbegriff des „starken Mannes“, der versucht auf kaltem Wege zu erreichen, was er bei den Bundestagswahlen 1980 nicht geschafft hat. Die SPD schlachtet diese Angst weidlich aus, gibt wieder die Parole aus: „Fürchtet Strauß“ und kassierte seit der Koalitionswahl der FDP innerhalb von vier Wochen 40 000 neue Mitglieder. Tausende demonstrierten in offener Unterstützung für die SPD, Mobilisierungen, wie sie noch vor kurzem undenkbar schienen. Von den DGB-Bürokraten, die nun unter der Losung „Widerstand jetzt“ für Massendemonstrationen am 23. Oktober mobilisieren, über die organisierten Pressure groups der SPD, die „Friedensbewegung“ und die Grünen, bis hin zur vorgeblich revolutionären Linken, schießen alle aus ihren Startlöchern hervor, um das angeschlagene Ansehen der SPD wieder aufzupolieren. Mit einer wahren Propagandaflut verkünden alle die gleiche „Heilsbotschaft“: Als einzige „realistische“ Alternative, als „kleineres Übel“ gegenüber Strauß und seinesgleichen werden alte und „neue“ Modelle für SPD geführte Volksfronten propagiert – nationalistische Klassenkollaboration. Die Trotzistische Liga Deutschlands sagt: Strauß kann man nicht mit der SPD bekämpfen!

Zu den Kumpanen von Strauß gehört der neue Innenminister „Old Schwurhand“ Friedrich Zimmermann, der 1962 in die Verhaftung des Spiegel-Herausgebers Rudolf Augstein verwickelt war. Als die IG Metall die Art des Bonner Machtwechsels als einen „Schlag gegen die Demokratie“ beschrieb, sprachen die CDU-Sozialausschüsse von einem „linksfaschistischen Angriff“. Und als die FDP-Abgeordnete und ehemalige Familienministerin Hildegard Hamm-Brücher in der Bundestagsdebatte am 1. Oktober die „moralische“ Berechtigung des Mißtrauensvotums in Frage stellte, wurde sie von der CDU des „Anschlags auf unsere Verfassung“ bezichtigt. Helmut Schmidt ließ sich diese Gelegenheit nicht entgehen, über die „Illiberalität der CDU“ und den Sinn der Verfassung zu schwätzen.

Aber wenn Schmidt von der Verfassung redet, meint er den Verfassungsschutz! Die SPD an der Macht war die Partei des Polizeiterrors und der Terroristenhatz. Es war die SPD, die den Repressionsapparat der „inneren Sicherheit“ aufgebaut hat, die die Mitglieder der RAF bei lebendigem Leib in Stammheim begrub. Die Sozialdemokratie führte die Berufsverbote ein. Unter der SPD wurden die antikommunistischen Unvereinbarkeitsbeschlüsse durchgesetzt.

Die SPD wurde zunehmend von den Auseinandersetzungen über den NATO-Doppelbeschluß erschüttert. Schmidt brachte sogar seine Kanzlerschaft ins Spiel, um seinen Beschluß zur Stationierung der Mittelstreckenraketen durchzusetzen. Aber die Demonstrationen gegen die Raketen und Schmidts Rücktrittsdrohungen spiegelten keine grundsätzlichen Differenzen wider, sondern Unterschiede in der Betonung innerhalb der Sozialdemokratie. Führende „linke“ Sozialdemokraten brachten die Kampagne gegen die Pershings mit auf die Beine. Sozialdemokraten mobilisierten 400 000 Leute gegen Ronald Reagans Besuch in Bonn am 10. Juni. Die nationalistische antiamerikanische und antisowjetische „Friedensbewegung“ spielt heute die Avantgarderolle für die imperialistische Ostpolitik der SPD. Unter Schmidt hat Westdeutschland gegenüber dem NATO-Partner in Washington einen unabhängigeren Kurs eingeschlagen, und Ostpolitik spiegelt die strategischen Interessen der deutschen Bourgeoisie, ihren „Drang nach Osten“ wider. Jetzt wird die „Friedensbewegung“ vor allem das Image von Strauß als „deutschem Ronald Reagan“ aufbauen und dafür arbeiten, daß die „Friedenspartei“ SPD wieder an die Macht kommt.

Das Ende der sozialliberalen Koalition hat zu einer politischen Polarisierung geführt. Einige hunderttausend Arbeiter werden am 23. und 30. Oktober auf der Straße sein, um gegen die neue Regierung zu protestieren. Die Demonstrationen wurden ursprünglich organisiert, um Druck auf die

SPD-Regierung auszuüben. Von vornherein hinter die Hessenwahlen gelegt, sind sie heute der Anfang des Versuchs der DGB-Bürokratie, die SPD wieder in die Regierungssessel zu hieven. Der neue Bundesarbeitsminister machte unverblümt deutlich, daß es „überhaupt keine heiligen Kühe und Tabus“ (Frankfurter Rundschau, 6. Oktober) geben wird. Anfangen will Blüm mit einem halbjährigen totalen Lohnstopp, der Erhöhung der Mehrwertsteuer, der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung und der Kürzung zahlrei-

Verlust ihrer Arbeitsplätze bedeuten würde, veranschaulicht in drastischer Weise, was der deutsche Kapitalismus den Arbeitern nach dreizehn Jahren sozialdemokratischer Koalitionspolitik zu bieten hat.

Das bunte Spektrum der westdeutschen vorgeblichen Linken, die in den Randbezirken der SPD existiert, steckt bis zum Hals in der Anstrengung, der Sozialdemokratie ein neues Gesicht zu verpassen. In Jahren sozialdemokratischer Koalitionspolitik ist eine beachtliche linkssozialdemokratische



Westberlin, 17. August, AEG: Der Kampf gegen Massenentlassungen kann erfolgreich nur gegen die reformistische SPD geführt werden

cher Sozialleistungen. Raubgraf Otto von Lamsdorff forderte in seinem Memorandum darüberhinaus die radikale Kürzung des Arbeitslosengeldes. In seiner ersten großen öffentlichen Erklärung bedrohte Kohl die türkischen Arbeiter mit verschärften Abschiebungsmaßnahmen. Aber die CDU macht nur dort weiter, wo die SPD aufgehört hat. Die Sozialdemokraten, 1980 mit dem Wahlslogan „Sicher in die achtziger Jahre“ gezogen, hinterlassen zwei Millionen Arbeitslose, drei bis vier Millionen werden für das nächste Jahr erwartet. Das „Modell Deutschland“ der SPD bedeutete die Abschiebung von Hunderttausenden von ausländischen Arbeitern in ihre Heimatländer, wo sie Massenelend und wie in der Türkei der brutale Terror der NATO-Generale erwartet und Asylanten-KZs für politische Flüchtlinge, die vor Krieg und Terror in Libanon, Sri Lanka oder Pakistan geflohen sind. Und der drohende Bankrott von AEG, dem zweitgrößten Elektrokonzern Westdeutschlands, der für weitere Hunderttausende den

Schicht entstanden, deren Funktion im wesentlichen darin besteht, von außen Druck auf Schmidt & Co. auszuüben. „Revolutionäre“, die in der „Friedensbewegung“ aufgehen und mit der gleichen nationalistischen Rhetorik gegen die „Supermächte“ zu Felde ziehen, „Kommunisten“, die in einer Allianz mit offen bürgerlichen Reaktionären in der grün/alternativen Bewegung nach parlamentarischem Einfluß streben. Sie alle bewiesen ihren politischen Lebensinhalt, als sie 50 000 Demonstranten als Lobby zum SPD-Parteitag in München zusammentrommelten. Heute graben sie ihre „Stopp Strauß“-Schilder aus, die sie schon 1980, 1976 und einige davon sogar 1972 hochhielten.

Hamburg ist ein lebhaftes Beispiel dafür, wie weit die „extreme Linke“ nach rechts gegangen ist. Die Reste der alten Außerparlamentarischen Opposition (APO), ehemalige Führer und Unterstützer des Kommunistischen Bundes spielen in der GAL die Rolle der Königsmacher, um ihre Vorzimmerkoali-

Fortgesetzt auf Seite 2

**Reagans
Pipeline-
Fiasko ... 8**

MG gegen revolutionäre Wiedervereinigung

Weg mit den antitrotzkistischen Ausschlüssen!

Am 22. Juni gab ein Führer der Marxistischen Gruppe (MG) bei einer Frankfurter MG-Veranstaltung zum Libanon einen „zentralen Beschluß“ bekannt. Er erklärte, daß „wir nicht mehr vorhaben, mit der TLD auf unseren Veranstaltungen zu diskutieren“. Am nächsten Tag wurde bei einer ähnlichen Veranstaltung in Berlin der gleiche antitrotzkistische Unvereinbarkeitsbeschluß erlassen. Der verantwortliche Herausgeber der *Marxistischen Studentenzeitung (MSZ)*, Ludwig Fertl, erklärte in Westberlin höchstpersönlich, wie es gemacht wird: „Wir lassen den Liberalismus mal kurz fallen, ja und dann hinterher sind wir wieder ganz liberal.“

Warum spielen sich die Führer der MG, die „Herrschaftslosigkeit“ auf ihre Fahnen geschrieben hat, als die Herren auf? Die MG konnte am 10. Juni Tausende mit der Losung „Die NATO will nach Osten, uns reicht der freie Westen“ für ihre eigene Demonstration mobilisieren, als am anderen Rheinufer die übrige nationalistische „Friedens“bewegung gegen die Mittelstreckenraketen und SS 20 protestierte. Aber konfrontiert mit der einzigen Antwort, die den NATO-Kriegskurs gegen die Sowjetunion stoppen kann – Zerschlagung des antisowjetischen Kriegskurs durch proletarische Revolution! Antiamerikanismus ist nicht Antiamerikanismus! Der Hauptfeind steht im eigenen Land! Für die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands! – braucht die MG einen Unvereinbarkeitsbeschluß, weil Dr. Fertl & Co. sonst aussehen würden wie in „des Kaisers neue Kleider“ – nämlich nackt. Sie umgeht die zentrale Frage gerade für Revolutionäre in Deutschland, durch das sich die Frontlinie des Kalten Krieges zieht: Die Verteidigung der Errungenschaften der Oktoberrevolution. So be-

nannten MG-Führer in Frankfurt und Westberlin den wahren Grund für den Ausschluß: „Wir wollen nichts über 1917 hören...“

Nicht zufrieden mit der bürokratischen Unterdrückung des Rederechts der TLD, griffen die MG-Führer zur Methode der „Großen Lüge“, die einst zum Propagandaarsenal eines Joseph Goebbels zählte, um den politischen Ausschluß zu „rechtfertigen“. In Westberlin ging eine Bombendrohung gegen die MG-Veranstaltung ein und die einzige „Antwort“ der MG auf diese tödlich ernste Bedrohung war die ungeheuerliche Behauptung bei einer nachfolgenden Veranstaltung in Hamburg – als ausgeschlossene TLDler mit Plakaten vor der Halle protestierten –, daß die TLD für diese Bombendrohung verantwortlich sein könnte. Das nützt nur einem – dem bürgerlichen Staat, der liebend gern jeden Vorwand benutzt, um Linken an den Kragen zu gehen.

Aber Trotzisten lassen sich den Mund nicht verbieten! Das Frankfurter Studentenparlament, Mitglieder von ASten, Gewerkschafter und zahlreiche aktive Linke, einschließlich Mitgliedern von Jusos, DKP, Kommunistischer Bund und Gruppe Internationale Marxisten, unterstützten eine breit an den Universitäten verteilte Protestklärung gegen die „Verleumdungen und den Ausschluß gegen die TLD“. Bis heute ist die MG zu feige, ihre Ausschlußpraxis und Verleumdungen zu widerrufen.

Die TLD ist bekannt für ihren Kampf für Arbeiterdemokratie innerhalb der Linken und Arbeiterbewegung – für das Recht aller Tendenzen, frei von bürokratischer Unterdrückung und Zensur in Polemik und Diskussion offen für ihre Vorstellungen eintreten zu können. Aber diese Tradition der revo-

lutionären Arbeiterbewegung wird von den berufsmäßigen Zynikern, die die MG anführen, verächtlich abgetan. MG-Veranstaltungen sind *offen* – wie jeder ihrer Besucher weiß – für unverhüllt antikommunistische Reaktionäre, rassistische Demagogen und religiöse Spinner, mit denen die MG lange Dialoge führt. Sie sind *geschlossen* für Trotzisten und die Politik des revolutionären Marxismus.

Der Antisowjetismus der MG zeigt sich überall dort, wo die russische Frage konkret gestellt ist, denn ein konsistenter und erfolgreicher Kampf gegen die eigene Kapitalistenklasse ist untrennbar verbunden mit der Verteidigung jener, die von den Kapitalisten angegriffen werden: In El Salvador, wo die MG die linken Aufständischen nicht gegen den von Reagan unterstützten Junta-Terror oder gegen die blutige Falle der „politischen Lösung“, wie sie die deutsche Bourgeoisie bevorzugt, verteidigt. Es trifft für Polen zu, wo die Grundlage des deformierten Arbeiterstaats von der Konterrevolution der Solidarność bedroht wird, wie auch für Afghanistan, wo die Rote Armee gegen die von Imperialisten unterstützte feudale Reaktion kämpft.

Aber vor allem die bedingungslose militärische Verteidigung der DDR, wo die Bourgeoisie nach dem Zweiten Weltkrieg als Klasse zerschlagen wurde, gegen den Imperialismus und der Kampf gegen den sozialdemokratischen Revanchismus ist heute der Prüfstein für jede Organisation, die vorgibt, nicht im Lager der modernen Vaterlandsverteidiger zu stehen. Wenn die MG die Ostpolitik-Offensive der deutschen Bourgeoisie in der „friedlichen“ Maske der Entspannungspolitik auch nicht *offen* unterstützt, jammert sie doch über West-

deutschlands angebliche Rolle als „Satellit der USA“ und schwimmt auf der von der SPD ideologisch dominierten nationalistischen Welle des Antiamerikanismus mit.

Weil ihr nichts mehr am Herzen liegt, als sich im vorgeblich friedlichen *Status quo* der Bundesrepublik einzunisten, bekämpft die MG das trotzkistische Programm für die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands, der deutschen Arbeiterklasse durch die soziale Revolution im kapitalistischen Westen und die politische Revolution in Ostdeutschland hysterisch als „nationalistisch“. Sie leugnet, daß die nationale Frage im geteilten Deutschland überhaupt existiert. Damit bahnt sie dem aggressiven Streben des deutschen Imperialismus nach einer *kapitalistischen* Wiedervereinigung den Weg und überläßt die nationale Frage der Sozialdemokratie, die über die „Schwerter-zu-Pflugscharen“-Bewegung die Arbeiterstaaten entwaffnen und die Konterrevolution vorbereiten will.

Jedes Mitglied der MG, das ernsthaft gegen den antisowjetischen NATO-Kriegskurs, gegen Nationalismus und Revanchismus kämpfen will, muß sich fragen: Willst Du in einer Organisation sein, die für Arbeitermacht kämpft, oder in einer, die dagegen ist? Wie wir in unserem Flugblatt gegen den Maulkorberlaß geschrieben:

„Ein erfolgreicher Kampf gegen die deutsche Bourgeoisie bedeutet eine Revolution, die einen Aufstand des ostdeutschen Proletariats gegen die parasitäre und inkompetente Bürokratie mit sich bringen würde, ein vereinigtes Räte-Deutschland, das eine machtvolle Kraft zur weltweiten Ausweitung der Revolution wäre.“ ■

SPD...

Fortsetzung von Seite 1

tionen zusammenzuzimmern. Es war Bürgermeister von Dohnanyis SPD, die nach dem Fall der Koalition den Deal platzen ließ und zeigte, daß in Wirklichkeit die SPD die Bedingungen setzt, viel mehr Druck auf ihre Satelliten ausüben kann, als diese umgekehrt jemals in der Lage sein werden. Und die SPD kann sich ihrer Loyalität immer noch sicher sein. Es gibt nichts, was nicht dazu herhalten müßte, eine neue klassenkollaborationistische Volksfront gegen Strauß, Kohl und Genscher auf die Beine zu stellen. Wie die GIM in der *was tun* (30. September) erklärte: „Nur eine linke Mehrheit kann diese Herren stoppen!“ Günter Grass drückte symbolisch die Stimmung der Linken aus, als er gerade jetzt mit dem Argument in die SPD eintrat: „Ich glaube, daß auf die SPD eine schwierige Zeit zukommt... ich hatte das Bedürfnis, ein Zeichen der Solidarität mit der Partei zu setzen.“ (*Der Spiegel*, 11. Oktober)

Wenn jetzt alle als Hilfstruppen für die SPD zur Stelle stehen, dann muß sie ihnen den Ausverkauf wohl ein bißchen leichter machen. Die SPD in der Opposition wird ein bißchen mehr linke Rhetorik anlegen, Schmidt wird vielleicht in den Hintergrund treten müssen. Hans-Jochen Vogel wird bereits als nächster Kanzlerkandidat gehandelt. Ihm gelang es, in Westberlin die Unterstützung der Alternativen Liste zu gewinnen. Aber keine Gesichtskosmetik für die SPD, wie kunstvoll auch immer, wird eine Lösung für die Arbeiterklasse bringen. All die eifrigen Bemühungen der Steinkühler, Eppler, Grünen und Alternativen, die Glaubwürdigkeit der SPD wiederherzustellen, können nichts daran ändern, daß das „Modell Deutschland“ ein sozialchauvinistischer Traum ist, der bereits der Vergangenheit angehört. Ihnen geht

es nur darum, mit welcher Spielart eines reformistischen „Beschäftigungsprogramms“ die SPD im Rahmen kapitalistischer Austerität hausieren gehen soll.

Eine Lösung für die Arbeiterklasse unterhalb der Zerstörung des verrotteten kapitalistischen Systems, der Diktatur der Bourgeoisie, gibt es nicht. Das Proletariat muß im Kampf für eine revolutionäre Arbeiterpartei von seinen sozialdemokratischen Irreführern gebrochen werden, um ein sozialistisch wiedervereinigtes Deutschland als Bestandteil



Strauß ante portas:
Alibi für SPD-Volksfrontpolitik

der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa zu schaffen.

Entspannungspolitik und „Friedenspartei“ SPD

Der Regierungswechsel in Bonn hat weltweit Diskussionen ausgelöst, ob der von Schmidt gegen Reagan verfochtene Entspannungskurs und Handel mit dem Sowjetblock von der CDU-CSU/FDP-Koalition fortgesetzt oder sich das gespannte Verhältnis zwischen Bonn und Washington bessern wird. Doch im Gegensatz zu Barzels Mißtrauensvotum gegen Brandts Ostpolitik 1972 bekennt sich die CDU heute zum Markenzeichen der sozialliberalen Koalition. Als Rainer Barzel 1972 die sozialliberale Koalition wegen ihrer Ostpolitik mit einem Mißtrauensvotum stürzen wollte, gingen Zehntausende von sozialdemokratischen Arbeitern gegen den reaktionären antisowjetischen Versuch, die Regierung der Ostpolitik abzusetzen, auf die Straße. Während sich Kommunisten an diesen Demonstrationen beteiligt hätten, um die gegen den sowjetischen Arbeiterstaat und die internationale Arbeiterbewegung gerichteten Angriffe zurückzuschlagen und die militanten Arbeiter von ihren Illusionen in die SPD zu brechen, hätten sie gleichzeitig aufs schärfste die imperialistische „Entspannungs“-Variante der SPD zur Zerstörung der Arbeiterstaaten bekämpft.

Krupp, Mannesmann, Thyssen und vor allem AEG-Kanis, deren Überleben mit dem Osthandel steht und fällt, können es sich nicht leisten, aus Rücksicht auf den verrückten Erstschlagfanatiker im Weißen Haus das „Jahrhundertgeschäft“ mit den Erdgasröhren aufzugeben. Die amerikafreundliche *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (21. September) konstatierte:

„Auch er (Kohl) wird infolge der geschichtlichen Entwicklung Westdeutschlands,

der geostrategischen Lage der Bundesrepublik nicht umhin können, Politik mit der Sowjetunion und mit Osteuropa zu treiben, gelegentlich spezifische Belange der Europäischen Gemeinschaft gegen Washingtons Wünsche zu vertreten. Die Jamal-Erdgasleitung ist nur der Anfang von Problemen...“

Denn für die deutsche Bourgeoisie bedeutet das Erdgasröhren-Geschäft mehr als ein lukrativer Handel – im Gegensatz zur rabiat antisowjetischen Thatcher, die Reagans Sanktionen ignoriert hat. Die protektionistischen Maßnahmen des amerikanischen Imperialismus und der Vormarsch der japanischen Konkurrenz erhöhen den strategisch wichtigen Wert des Osthandels für die extrem exportabhängige westdeutsche Industrie und verstärken ihren Drang nach Osten. Der Pipeline-Bau ist aber vor allem Symbol für die Taktik des deutschen Imperialismus, durch ökonomische Durchdringung, Kredite, Waren und gemeinsame Unternehmen,

Fortgesetzt auf Seite 4

SPARTAKIST

herausgegeben von der
TROTZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS,
sympathisierende Sektion der
internationalen Spartacist Tendenz

CHEFREDAKTEUR: Christoph Steiner

REDAKTION: Elke Gasper, Mark Joss,
Silvia Lenz, Fred Zierenberg

PRODUKTION: Herbert Bäck

VERTRIEB: Birgit Kramer

PRESSERECHTLICH VERANTWORTLICH:

Fred Zierenberg, 6000 Frankfurt/Main 1

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
6000 Frankfurt/Main 1

Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt
in allen Punkten der Auffassung der Redaktion.
Gedruckt in einem gewerkschaftlich
organisierten Betrieb.
ISSN 0173 - 7430

Imperialisten heizen Solidarność-Konterrevolution an

„Lumpenbande“, beschimpfte Reagan hemmungslos das Regime von General Jaruzelski, der am 8. Oktober die gelbe Gewerkschaft, auf die die Imperialisten aller Länder hoffen, verbot. Weitere Sanktionen und die Erhöhung der Zölle auf polnische Importe sind die Antwort des Kalten Kriegers in Washington, der das „Kapitel des Kommunismus“ für immer schließen will. Seine europäischen Bündnispartner dagegen fürchten, weitere Wirtschaftssanktionen würden es der ohnehin zerrütteten polnischen Wirtschaft unmöglich machen, ihre Schulden an die westlichen Banken zurückzuzahlen. Bis auf Frankreich, wo Mitterrands antisowjetische Sozialistische Partei 20 000 auf die Straße brachte, gab es keine bedeutenden Demonstrationen gegen die Auflösung von Solidarność.

In Polen haben sich die Proteste und Arbeitsniederlegungen laut Berichten vor allem auf die Lenin-Werft in Gdansk, die unter Militärrecht gestellt wurde, und das Stahlwerk in Nowa Huta beschränkt. Die Untergrundführer von Solidarność, die erst für den 10. November zu einem vierstündigen Generalstreik aufgerufen haben, sind offensichtlich nicht in der Lage, eine ähnliche Mobilisierung der polnischen Arbeiter zu erreichen, die im August 1980 die Bürokratie zum Gdanker Abkommen zwang – trotz der



**Heilige Allianz:
Walesa und sein Papst**

reaktionären Fürsprache des Vatikan anlässlich der Heiligsprechung des antisemitischen Franziskanerpaters Kolbe. Die jüngsten Ereignisse in Polen bestätigen unsere Analyse in dem nachfolgenden Artikel, der vor den Unruhen am 31. August geschrieben wurde.

„Der Kampf geht weiter in Polen,“ erklärte Reagan vor wenigen Monaten, als er das britische Parlament aufforderte, an einem neuen „Kreuzzug“ gegen den Kommunismus teilzunehmen. Und Polen ist tatsächlich das schwächste Glied in der Kette der bürokratisch beherrschten Arbeiterstaaten, die den sowjetischen Block bilden. Die ungeheuerliche Mißwirtschaft und die empörende Korruption der polnischen Stalinisten, ihre Unterdrückung demokratischer Rechte begleitet von wiederholten Versprechen von „sozialistischer Erneuerung“ haben dazu geführt, daß ein bedeutender Teil des polnischen Volkes unter Einschluß größerer Teile der Arbeiterklasse auf Reagans Pentagon und

Papst Wojtylas Vatikan hoffen. Der US-Imperialismus sah in dem konterrevolutionären Ausbruch in und um Solidarność die bisher beste Gelegenheit für ein „Roll back“ des sowjetischen Blocks, mit zum Beispiel der Wiedervereinigung Deutschlands auf kapitalistischer Basis als Resultat. Es ist deshalb kein Wunder, daß Reagan vor Enttäuschung aufgeheult hat, als die polnische Armee im letzten Dezember den konterrevolutionären Drang von Solidarność zur Macht gestoppt hat! Deshalb auch seine plumpen und verzweifelten Versuche, das sibirische Gas-Röhren-Geschäft zwischen der UdSSR und Westeuropa zu stoppen, was die europäischen Kapitalisten provoziert hat, ihr Geheul gegen Washington anzustimmen.

Der US-Imperialismus hat zwar in Polen letzten Dezember eine wichtige Schlacht verloren, Reagan hat deshalb aber überhaupt nicht den Krieg aufgegeben. Angestachelt von ihrem Herrn und Meister in Washington rief die Untergrundführung von Solidarność zu einer Reihe sich steigernder Proteste auf, deren Höhepunkt eine Massendemonstration am 31. August sein sollte. Weil das Nachrichtennetz der Untergrund-Solidarność noch zu wünschen läßt, ist dieser Aufruf zur Aktion immer wieder vom Radio Freies Europa nachgesendet worden! So viel zu den selbsternannten „Linken“, die unsere Beschreibung von Solidarność als einer gelben Gewerkschaft im Dienst von CIA und Bankiers empört als stalinistische Verleumdung zurückgewiesen haben.

13. Dezember: Konterrevolution gestoppt

Anfang Dezember 1981 stand Polen am Rand des Bürgerkriegs. Berichten zufolge sagte Solidarność-Führer Lech Walesa dem Arbeitsminister, mit dem er ausgedehnte Verhandlungen geführt hatte: „Nun Herr Ciosek, das ist das Ende. Dann werden wir die Macht übernehmen müssen.“ Am folgenden Abend entwarf das Oberkommando von Solidarność bei einer Geheimsitzung in Radom Pläne zum Sturz der Regierung. Man entschied, Milizen aufzustellen und für die zweite Dezemberwoche wurde ein Generalstreik angekündigt. Mit dem Gewehr vor der Brust hat die stalinistische Bürokratie im letzten möglichen Augenblick, noch im Besitz der Staatsmacht zu handeln, praktisch einen Gegenputsch durchgeführt.

Wenn Walesa seine prahlerischen Drohungen wahrgemacht hätte, wäre Polen zu einem fanatischen Alliierten von Reagans Kriegszug geworden und hätte das atomare Arsenal der NATO direkt an die Grenzen der Sowjetunion gebracht. Falls jemand Zweifel darüber hat, braucht er sich nur diese Solidarność-Aktivisten anzusehen, die jetzt im Westen aktiv sind. Solidarność im Exil hat sich selbst als Reagans ideologische Sturmtruppe gegen die Ost-West-Entspannung, die westeuropäischen Proteste gegen die Mittelstreckenraketen und allgemein gegen die Linke eingesetzt. Der prominenteste Solidarność-Sprecher in Nordamerika, Zygmunt Przetakiewicz, erklärte bei einer Veranstaltung in Toronto im März:

„Ich verstehe zum Beispiel nicht, warum so viele Deutsche – es waren 300 000 Deutsche – gegen Amerika demonstrieren, gegen amerikanische Waffen in Westeuropa. Ohne den amerikanischen Schirm würde Westeuropa keinen Tag lang existieren.“

Der Vorsitzende des holländischen Interkirchlichen Friedensrats, Jan Faber, beschrieb seine unglücklichen Begegnungen

mit Solidarność-Anhängern im Exil: „Sie sagen uns: ‚Ihr solltet Reagans Politik mit offenen Armen begrüßen und bejubeln. Es ist der einzige Weg, mit den Sowjets ernsthaft umzugehen‘“ (New York Times, 3. Juni). Da einige von Reagans Raketen zweifellos Warschau, Gdansk und Krakow treffen werden, kommt dies einem Aufruf zur Vernichtung des polnischen Volkes im Namen des anti-



**Warschau, 13. August:
Hinter dem Blumenkreuz steht die Drohung der Konterrevolution**

kommunistischen polnischen Nationalismus gleich.

Vor dem 13. Dezember schien sich jedermann in einem Punkt einig, nämlich daß der Schlag gegen Solidarność nicht ohne Intervention des sowjetischen Militärs durchzuführen sei – und das würde ein Blutbad bedeuten. Wie sich aber herausstellte, wurde der Job von der polnischen Armee erledigt und das mit nur rund einem Dutzend Toten. Es gab wenig Blutvergießen, weil es glücklicherweise wenig Widerstand gab. Ein Solidarność-Unterstützer rief bitter aus:

„Wir haben immer geglaubt, daß polnische Soldaten nie auf polnische Arbeiter schießen würden – und das ist nach wie vor richtig, sie haben es tatsächlich nicht getan. Aber das Teuflische daran ist, daß sie es nicht müssen.“ (New York Times, 1. Januar)

Während sich Millionen Polen um Solidarność als einer Oppositionsbewegung gegen die verachtete stalinistische Bürokratie scharten, wichen viele vor Walesas Coup zurück. Offensichtlich hatten sie nicht genügend Vertrauen, daß Walesa & Co. einen Ausweg aus der endlosen Krise boten, die die polnische Gesellschaft ruinierte.

Kurz nachdem das Kriegsrecht verhängt wurde, schrieben wir:

„Polen ist politisch und psychologisch kräftig durchgerüttelt worden. Plötzlich ist die polnische Gesellschaft angehalten, einfach zum Stillstand gebracht worden. Aber die Repression war nicht so tiefgehend, um das Auftreten einer Untergrundopposition zu verhindern... Jetzt ist es an der Zeit, mit dem Aufbau von erzieherischen und propagandistischen Zellen einer trotzkistischen Avantgarde zu beginnen, um die historischen Errungenschaften des vergesellschafteten Eigentums, das Erbe der Oktoberrevolution, zu verteidigen und auszuweiten durch den Sturz

der Usurpatoren, die diese Errungenschaften untergraben, und durch die Zerschlagung derer, die sie vernichten wollen.“ (Polen: Was nun?, Spartakist Nr. 43, April 1982)

Im Gegensatz zu den Horrorgeschichten, die die imperialistische Propaganda fabriziert hat, ist die Repression in Polen recht sanft gewesen. Beinahe alle Internierten von Solidarność sind freigelassen worden. Tatsächlich ist Jaruzelskis Polen immer noch toleranter, sogar nachgiebiger gegenüber rechtsgerichteten Kräften als irgendein anderer stalinistisch regierter Staat. Der sogenannte „Untergrund“ ist bemerkenswert „über der Erde“. Der Spiegel interviewte nicht nur den Leiter des Solidarność-Geheimsenders, sondern brachte obendrein auch noch sein Photo! Der New-York-Times-Mann in Warschau, John Darton, der heftig für Solidarność eintritt, berichtet:

„Ein mir bekannter Mann, der sich versteckt hält, taucht ab und zu auf, um in seinem Lieblingsrestaurant zu essen. Eine andere Persönlichkeit, die sich versteckt hält, der ehemalige Vorsitzende des Journalistenverbandes, soll angeblich durch einen Mittelsmann von einem Beamten des Innenministeriums eine Herzbehand-

lung bekommen haben.“ (Polen weigert sich noch, New York Times Magazine, 22. August)

Diese Art von Offenheit läßt die konterrevolutionäre Gefahr fortbestehen. Aber zur gleichen Zeit ermöglicht sie auch die Schaffung eines Netzes von trotzkistischen Zellen. Viele polnische Arbeiter und Intellektuelle suchen sicherlich nach neuen Antworten auf die anhaltende soziale Krise, und einige werden offen sein für das authentische Programm des revolutionären Marxismus. Das allein kann die verhängnisvolle Polarisierung der polnischen Gesellschaft aufheben, die die Arbeiter zusammen mit kleinbürgerlichen und ausgesprochen reaktionären Elementen gegen den „Sozialismus“ aufbringt, für den die privilegierte, diskreditierte stalinistische Bürokratie Partei ergreift.

Polnische Stalinisten können nicht mit Wirtschaftschao aufräumen

Das Jaruzelski-Regime hat eine Reihe von weitreichenden wirtschaftlichen Maßnahmen ergriffen, wie sie mehr oder weniger von Polens westlichen Bankiers diktiert wurden. Mehr als ein Jahrzehnt lang haben die polnischen Stalinisten versucht, die Arbeiter mit einem Preisstopp für Konsumgüter zu beschwichtigen, gleichzeitig gewährten sie regelmäßig beträchtliche Nominallohnerhöhungen. Das vorhersehbare Ergebnis war einer der extremsten Fälle von unterdrückter Inflation in der modernen Wirtschaftsgeschichte. Im Februar 1982 wurde dann der Inflation Tür und Tor geöffnet, als die Verbraucherpreise im Schnitt verdoppelt, in einigen Fällen vervierfacht wurden. Trotzdem gibt es jetzt noch eine beträchtliche überschüssige Geldnachfrage, die die Wirtschaft zugrunde richtet. Und während es die städtischen Verbraucher mit massiven Preissteigerungen

Fortgesetzt auf Seite 15

SPD...

Fortsetzung von Seite 2

ihre alten Märkte in Osteuropa wieder unbeschränkt ausplündern zu können. DM-Ostpolitik ist Ausdruck für den Weg der deutschen Bourgeoisie, die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges rückgängig zu machen: die Teilung Deutschlands und die Entstehung der deformierten Arbeiterstaaten – die Durchführung einer sozialen Revolution von oben und die Ausweitung der Planwirtschaft auf die osteuropäischen Länder –, wozu die Sowjetbürokratie durch den Kalten-Kriegs-Kurs des amerikanischen Imperialismus gezwungen wurde.

Die Durchsetzung der Entspannungspolitik der SPD/FDP-Koalition, das notwendige diplomatische Pendant zum Osthandel, gegen die verknocherte antikommunistische Politik der CDU Anfang der siebziger Jahre war daher alles andere als eine Verschiebung nach links. Ebenso wenig ist sie eine Bestätigung für die kriminelle Politik der Kremel-Bürokratie, daß „friedliche Koexistenz“ funktioniert. In gewissem Sinne gibt es seit 1917 einen Kalten Krieg und der Imperialismus wird sich nie mit der Tatsache abfinden, daß er von den russischen Arbeitern und Bauern von einem Sechstel des Erdballs vertrieben worden ist.

Die Détente-Politik des US-Imperialismus war nach dem verlorenen Vietnam-Krieg eine Taktik aus der Schwäche heraus, um eine Atempause zu gewinnen und die atomare Überlegenheit wiederherzustellen, die durch die sowjetischen Interkontinentalraketen verloren gegangen war. Für die deutschen Imperialisten bedeutete das Ende des „American Century“ (symbolisiert durch das Ende der festen Dollar-Wechselkurse 1971) die Möglichkeit, ihre eigene ostpolitische Offensive zu starten. Ein Teil der westdeutschen Bourgeoisie mit der FDP als Sprachrohr war dabei initiativ, auf die Sozialdemokratie als effektive Agentur für imperialistische Außenpolitik zu setzen.

Das Streben des US-Imperialismus, selbst um den Preis eines atomaren Holocaust wieder unbestrittene Weltmacht Nummer Eins zu werden, hat den unabhängigeren Kurs vor allem Westdeutschlands verstärkt, das vom engsten antisowjetischen NATO-Verbündeten Washingtons in den fünfziger und sechziger Jahren zum „widerwilligen Alliierten“ geworden ist. Die *New York Times* nennt den Grund für die Auseinandersetzung um Reagans Besessenheit, durch „strategische Überlegenheit“ das „Kapitel des Kommunismus“ für immer zu schließen:

„Die Hauptquelle des derzeitigen Ärgers bleibt ein Verteidigungsverhältnis, das entstand, als Amerika viel stärker und Westdeutschland viel schwächer war... Washington kann nicht länger erwarten, daß Bonn der amerikanischen Regierung wie früher folgt.“ (zitiert nach *Frankfurter Rundschau*, 14. Oktober)

Das „pazifistische“ Gesicht der SPD, mit dem Helmut Schmidt bei den Bundestagswahlen 1980 als „Friedenskanzler“ gegen den Kalten Krieger Strauß gewinnen konnte, spiegelt diese gewachsene Stärke des deutschen Imperialismus gegenüber dem amerikanischen wider. Die SPD versucht, die Angst der westdeutschen Bevölkerung vor dem Kriegstreiber in Washington, dessen



TLD-Kontingent am 10. Juni in Bonn

ehemaliger Außenminister Haig „zu Demonstrationen zwecken“ eine Atombombe über der Ostsee zünden möchte, für sich auszunutzen und sie in die Bahnen des Nationalismus zu lenken. Ihre antiamerikanische Rhetorik soll nur dazu dienen, den aggressiven Charakter des deutschen Imperialismus zu verschleiern, ebenso wie die US-Hochzinspolitik und der amerikanische Protektionismus die deutsche Bourgeoisie und ihr Krisensystem freisprechen sollen.

Die Partei, die 1914 ihren Übergang ins Lager der Bourgeoisie manifestierte, als sie den Kriegskrediten zustimmte und im Namen des Kampfes gegen den zaristischen Absolutismus Millionen auf die Schlachtfelder des imperialistischen Krieges schickte, ist nicht die Partei, die den drohenden nuklearen Holocaust verhindern wird. Zu Recht bestätigte der neue Verteidigungsminister Wörner seinem Vorgänger Apel, der mit der obszönen öffentlichen Vereidigung von Bundeswehrrekruten in Fußballstadien und Betrieben den Vorstoß zur Wiederbelebung des preußischen Militarismus machte: „Der Verankerung unserer Streitkräfte in unserem Volk haben diese 13 Jahre unter der Führung der Sozialdemokraten genutzt“ (*Frankfurter Rundschau*, 6. Oktober). Und die *Londoner Times* kommentierte den Kanzlersturz von Schmidt, der sich in seinem letzten Staatsakt von der „Truppe“ auf der Hardthöhe verabschiedete, daß er „eine gewaltige Lücke an der Spitze der EG und der NATO hinterläßt“.

Diese führende Rolle hat Schmidt vor allem mit seiner Militär- und Wirtschaftshilfe in Milliardenhöhe an die Türkei – im letzten Jahrzehnt Exporteur billiger Arbeitskräfte – als zentralem antisowjetischen Bollwerk an der Südflanke der NATO unter Beweis gestellt. Und die SPD/FDP-Regierung hat entscheidend zur Vormachtstellung des deutschen Imperialismus in dem reaktionären

Wirtschaftsbündnis der Europäischen Gemeinschaft beigetragen, die unter Schützenhilfe der chauvinistischen Gewerkschaftsbürokratie mit ihren protektionistischen Maßnahmen die Arbeiter der europäischen Länder gegeneinander ausspielt, auf dem Rücken der rückständigen Länder ihre Position auf dem Weltmarkt verteidigt und die Gefahr eines imperialistischen Krieges heraufbeschwört.

Die deutsche Bourgeoisie strebt danach,



Breschnjews Wunschtraum: eine Anti-Reagan-Koalition

die Nachkriegsgrenzen neu zu ziehen. Der Nachfolgestaat des „Dritten Reichs“ hat seinen konterrevolutionären Anspruch auf Ostdeutschland und die polnischen Westgebiete nie aufgegeben. Das durch gewaltige Finanzspritzen künstlich am Leben erhaltene Westberlin, NATO-Vorposten im Herzen der DDR, ist Symbol für seine unerfüllten revanchistischen Gelüste.

Aber er weiß, gegenwärtig kann er in einer militärischen Konfrontation mit der Sowjetunion nur verlieren. Unter der Regie der SPD/FDP-Koalition hat die imperialistische Bundeswehr zusammen mit dem Apartheid-Regime in Südafrika und der argentinischen Junta ihre eigene Atombombe entwickelt und bereitet damit den eigenen Weg vor, die Arbeiterstaaten zu zerschlagen und den dritten Weltkrieg zu gewinnen. Und die Sozialdemokratie, Agentur des Imperialismus in den Reihen der Arbeiterbewegung, versucht, das Proletariat unter den Fahnen des nationalistischen Pazifismus, Antiamerikanismus und Antisowjetismus, für die Interessen der Stahlbarone und Banken einzufangen.

Revanchismus in sozialdemokratischen Farben

Die Entspannungspolitik hat nicht „den Frieden sicherer gemacht“ (*metall*, 27. September), sondern stellt nur eine geschicktere Form der revanchistischen Ambitionen Bonns gegenüber dem Osten dar. Und für die

SPD bedeutet sie zusätzlich, ihren Anspruch, „daß die deutsche Sozialdemokratie auch dort weiterlebt, wo sie gewaltsam unterdrückt wird“ (Willy Brandt, 1959 auf dem Godesberger Parteitag der SPD) zu verwirklichen und wieder die Mehrheitspartei des ostdeutschen Proletariats zu werden. Führende Sozialdemokraten sehen in der nationalistischen „Friedens“bewegung, die als Antwort auf die geplante Stationierung von Mittelstreckenraketen entstanden ist, ein Vehikel zur Durchsetzung ihrer konterrevolutionären Ziele in der DDR.

Tatsächlich kann man die Forderungen der „Friedens“demonstranten nach einer „atomwaffenfreie Zone in Europa“ und einem „neutralen“ Deutschland fast wortwörtlich in den sozialdemokratischen Programmen der fünfziger und sechziger Jahre nachlesen. Bis die Berlin-Krise und der Bau der Mauer dieses Programm als völlig utopisch erscheinen ließen, hoffte die SPD, durch einen Handel mit der stalinistischen Bürokratie Deutschland auf „neutraler“ – d.h. kapitalistischer Grundlage – wiedervereinen zu können. Diese Politik war begleitet von antikommunistischer Wühlarbeit in der DDR, vor allem durch die Aktivitäten des „Berlin-Ausschusses“ des rabiat antisowjetischen Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften, der 1953 ein monatliches Budget von 40 000 DM zur Verfügung hatte, das zur Hälfte von der für ihre Beziehungen mit dem CIA berüchtigten amerikanischen AFL-CIO bestritten wurde. Heute sieht die SPD die Zukunft des deutschen Imperialismus und seiner Pläne, Osteuropa für die kapitalistische Ausbeutung zurückzubekommen, nicht mehr in enger Zusammenarbeit mit dem US-Imperialismus und seinen Agenturen und markiert damit ihre Entwicklung von einer bürgerlichen Arbeiterpartei der amerikanischen Bourgeoisie zu der der deutschen Bourgeoisie.

Vor allem die sogenannten Linken in der SPD sind die entschiedensten Verfechter eines „neutralen Deutschlands“ und der nationalistischen „Unser Deutschland ist besetzt“-Ideologie. Das konterrevolutionäre Echo des „linken“ Nationalismus in der Dresdner „Friedens“bewegung wird von den Epllers und Lafontaines benutzt, noch energischer für die Abrüstung von DDR und Sowjetunion einzutreten – was die hilflose Auslieferung der Arbeiterstaaten an den Imperialismus bedeuten würde. Zu den Ostermärschen erschien in der *Frankfurter Rundschau* eine Großanzeige mit dem Symbol „Schwerter zu Pflugscharen“, vorfinanziert von Erhard Epller. Das SPD-Präsidiumsmitglied macht keinen Hehl daraus, welches Ziel er mit der „Friedens“bewegung verfolgt: „Wer die unsere beschimpft, schwächt die in der DDR. Und wer die in der DDR unterdrückt, trifft auch uns.“ (*Frankfurter Rundschau*, 13. April) Die Illusionen des ostdeutschen Proletariats in den „demokratischen Sozialismus“ der SPD – die der „Sozialismus in einem halben Land“ durch seine politische Unterdrückung nicht hat zerstören können – und die Angst vor dem „Schlachtfeld Deutschland“ sollen dafür sorgen, daß die Dresdner Bank ihren Namen wieder zurecht trägt.

In Polen waren diese sozialdemokratischen Revanchisten ihrem Ziel greifbar nahe. Die ruinöse Verpfändung der polnischen

Fortgesetzt auf Seite 6

Veranstaltungen der TLD

Man kann Strauß nicht mit der SPD bekämpfen!

-Nein zur antisowjetischen Volksfront von SPD/„Friedens“bewegung/Grünen!

-Für eine revolutionäre Arbeiterpartei!

Frankfurt: 2.11.82 19.00 h
Bürgertreff Westend
Ulmenstr. 20, Clubraum 4
Tel.: (0611) 72 70 54

Hamburg: 4.11.82 19.00 h
Hamburg-Haus Eimsbüttel
Doormannsweg 12
Tel.: (040) 40 08 19

Westberlin: 5.11.82 19.00 h
Mehringhof, Gneisenaustr. 2
Aufgang III
Tel.: (030) 8 82 11 75

Benns Klein-England-„Sozialismus“ kontra CIA-Bande

Kalter Krieg in der Labour Party

Der im folgenden gekürzt wiedergegebene Artikel wurde zuerst im *Spartacist Britain* (Nr. 41, April 1982) veröffentlicht. Die Labour Party ist die historische Massenpartei des britischen Proletariats. Ebensovienig wie in Westdeutschland kann es in Britannien eine proletarische Revolution geben, ohne die Masse der aktiven klassenbewußten Arbeiter vom sozialdemokratischen Reformismus zu brechen. Somit sind eine korrekte Taktik gegenüber der Labour Party und Interventionen in ihre internen Kämpfe von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung einer revolutionären Avantgarde.

Seit der Artikel geschrieben wurde, hat sich die Links-Rechts-Polarisierung innerhalb der Labour Party weiter zugespitzt. Auf dem Labour-Parteitag im September wurde mit Unterstützung des Großteils der Gewerkschaftsbürokratie ein Antrag auf Ausschluß der „Militant“-Gruppe mit großer Mehrheit angenommen – eine zahme, linksreformistische Hausopposition, deren deutsches Gegenstück das tief in der SPD vergrabene *Voran*-Grüppchen ist. Diese Hexenjagd muß gestoppt werden – und es steht noch viel mehr auf dem Spiel als die Zugehörigkeit der „Militant“-Gruppe zur Labour Party. Während Labour-Führer Michael Foot demonstrativ als Aushängeschild für die Rechte agiert, arbeiten die NATO/IWF-Fans um Denis Healey auf die völlige Ausschaltung der Benn-Linken hin. Es geht um die Zukunft von Labour als verlässlichem Instrument bürgerlicher Herrschaft.

Inmitten des antisowjetischen Kalten-Kriegs-Feldzuges sind Benns Positionen mit denen der Rechten unversöhnbar. Sein Antikommunismus steht nicht zur Debatte, aber sein Wunsch, Britannien aus einem nuklearen Schlagabtausch herauszuhalten, widerspricht den Interessen des verrotteten britischen Kapitalismus, der sich seine Zukunft nur als loyaler Junior-Partner des US-Imperialismus vorstellen kann.

Die Benn-Reformisten in der Labour Party und ihre Anhänger in der britischen „revolutionären“ Linken argumentieren heute gegen eine Spaltung in der Labour Party und führen eine bornierte Kampagne für die Notwendigkeit von „Demokratie“ und „Einheit“ durch. Unsere Genossen der Spartacist League/Britain dagegen sehen die Krise in Labour als eine Gelegenheit an, den Prozeß der politischen Differenzierung zu Ende zu führen, den rechten Flügel aus der Partei zu treiben und Tony Benn in eine Position zu versetzen, in der sein Linksreformismus durch die Konfrontation mit dem revolutionären Programm des Trotzismus weit wirksamer bekämpft werden kann.

In den vergangenen anderthalb Jahren hat die Labour Party ihre bedeutsamste innere Differenzierung und Spaltung seit einem halben Jahrhundert erlebt, wodurch gleichzeitig eine größere Neuausrichtung in der ganzen britischen Parlamentspolitik ausgelöst wurde. Wesentliche Teile der rechten Führung haben sich aus dem Lager der Arbeiterbewe-

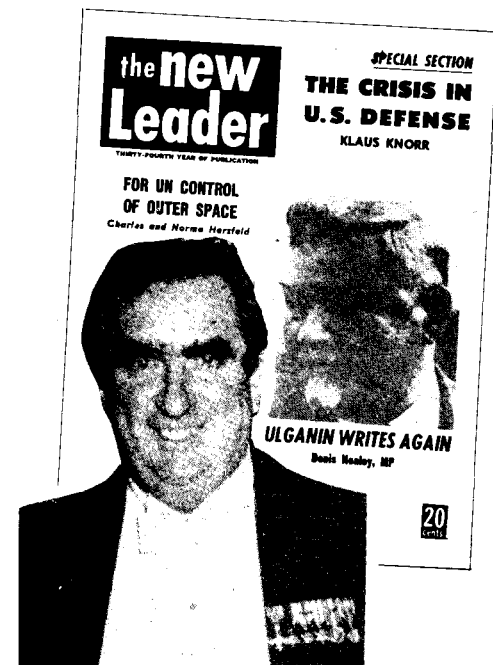
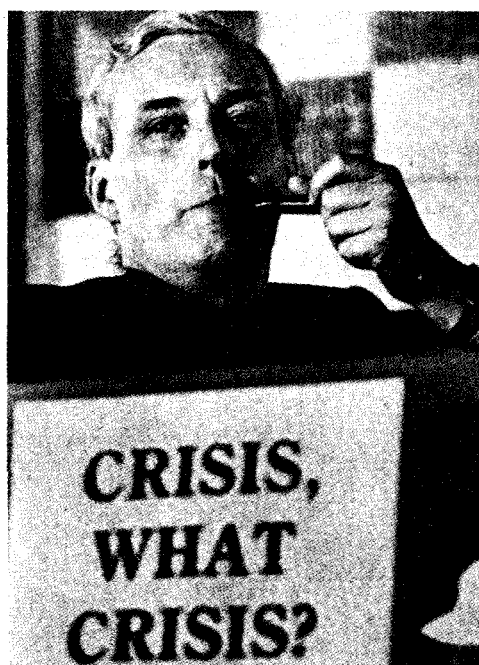
gung abgesetzt, um die bürgerliche Social Democratic Party (SDP) zu gründen. Begünstigt durch die bürgerlichen Medien und gestärkt durch den Beitritt kleinbürgerlicher Elemente, die eine Zuflucht vor dem Klassenkampf suchen, droht die SDP, im Bündnis mit den Liberalen, die Zwei-Parteien-Herrschaft von Tories und Labour in der parlamentarischen Nachkriegspolitik zu sprengen.

Innerhalb der Labour Party zerrißt die tiefgehende Links-Rechts-Scheidung, die sich in der SDP-Abspaltung offenbarte und die sich darauf in dem erbitterten Streit um die Besetzung des stellvertretenden Parteivorsitzenden widerspiegelte, weiterhin die Partei. Der einst linke Parteiführer Michael Foot, der auf Geheiß der Gewerkschaftsbürokratie als Übergangs-Bonaparte an die Macht gehievt wurde, müht sich erfolglos, den diskreditierten und verachteten, von Denis Healey geführten rechten Flügel gegen den linken um Tony Benn zu stützen. Hinter seinem Rücken braut sich schon die nächste Runde des Bürgerkrieges zusammen.

Die tiefe Spaltung in der Labour Party von heute ist nicht einfach ein weiterer typischer Fall der Partei, die in der Opposition danach strebt, ihr „sozialistisches“ Image in der werktätigen Bevölkerung, die durch Jahre des Verrats von den Banken in Westminster herab entfremdet und abgestoßen wurde, neu aufzupolieren. Daher wird die Spaltung auch nicht leicht wieder überwunden werden; daher auch das spürbare Einverständnis auf allen Seiten, daß die Labour Party nicht mehr in der alten Weise weitermachen kann. Normalerweise gibt es ein symbiotisches Verhältnis zwischen links und rechts in der Partei. Beide zusammen ergeben ein sauberes Team zum Angriff auf die Arbeiterklasse: während die einen die Arbeiter mit windigem Gerede über Sozialismus einschläfern, machen die anderen (oder beide) die Dreckarbeit der Bosse. Das war sicher der Fall bei der letzten Labour-Regierung, als Benn die wichtige Rolle spielte, dem gegen die Arbeiterklasse gerichteten Verrat linken Flankenschutz zu verschaffen. Heute jedoch ist diese Symbiose erloschen.

Unter dem Einfluß des erneuerten antisowjetischen Kalten Krieges setzt sich zwischen Klein-England-Reformisten und NATO/CIA-begeisterten „Internationalisten“ eine verzerrte und ungleichmäßige Klassenlinie in der Labour Party durch, die einer scharfen programmatischen Gegenposition ermangelt, sich aber notwendigerweise in Klassenfragen im eigenen Land widerspiegelt und davon auch untrennbar ist.

Die internationale Wirtschaftskrise, von der dieser antisowjetische Kriegskurs angeheizt wird, überschneidet sich in Britannien mit einem tiefen, langfristigen strukturellen Niedergang. Um überhaupt noch in irgendeiner Art als imperialistische Macht bestehen zu können, sehen die bestimmenden Teile der britischen Bourgeoisie keinen anderen Kurs mehr als die Aushöhlung der Gewerkschaften im eigenen Land im Verein mit skla-



Linker Labour-Demagoge Tony Benn (oben links) beutet die Feindschaft der britischen Arbeiter gegen den von Denis Healey repräsentierten rechten Flügel aus. Healey, der seine Karriere als Schreiberling für den CIA-unterstützten *New Leader* begann, setzte den verhassten „Social Contract“ durch

vischer Treue zur Atlantischen Allianz. In diesem Zusammenhang traten die Widersprüche der Labour Party als bürgerlicher Arbeiterpartei scharf in den Vordergrund. In seiner Rolle als Verteidiger der Interessen des britischen Kapitalismus war der zentrale Kern der Labour-Bürokratie nach dem Krieg ein unerschütterlicher Fürsprecher der „amerikanischen Verbindung“, während er immer, wenn er an der Regierung war, die Gewerkschaften mit einer Kombination von reformistischem Zuckerbrot und repressiver Peitsche an der Kandare hielt.

Die Politik der Bennschen Linken – im wesentlichen eine Ablehnung der düsteren Vergangenheit der letzten Labour-Regierung sowie ein utopischer, einseitiger Versuch, Britannien aus dem Strudel des Kalten Krieges herauszuziehen – ist eine reformistische Sackgasse vom Standpunkt der unmittelbaren und der historischen Interessen der Arbeiterklasse. Aber unter den heutigen Bedingungen droht sie, aus Labour eine *abirrende* Partei zu machen, eine Partei, die in den Augen der Bourgeoisie für „verantwortliches“ Regieren ungeeignet ist. Da er unfähig ist, den Aufstieg des Bennismus zu kontrollieren, hat ein Großteil der historisch rechten Parteiführung begonnen, die Notwendigkeit der Gewerkschaftsbewegung als politischer Operationsbasis neu zu überdenken, und hat entweder bereits einen offenen Bruch mit der Arbeiterbewegung vollzogen oder zieht diesen in Betracht.

Ein korrektes Verständnis und eine korrekte taktische Haltung bezüglich der politischen Neuorientierungen in und im Umkreis der Labour Party, einschließlich einer Neubewertung unserer Stellung zum Benn/Healey-Streit um den stellvertretenden Parteivorsitz (der im September 1981 zum Höhepunkt

gelangte), ist entscheidend für Marxisten, die danach streben, den Würgegriff des Labour-Reformismus über die Arbeiterklasse zu brechen und eine revolutionäre Avantgarde zu schmieden, die das Proletariat zur Macht führt.

Seit der russischen Revolution von 1917 ist die Sozialdemokratie ein Bollwerk des Antikommunismus und seit dem Beginn des Ersten Weltkrieges eine ergebene Dienerin ihrer „eigenen“ Bourgeoisie. Dennoch kann man den gegenwärtigen Aufruhr in der Labour Party sowie die Ursprünge der SDP-Abspaltung erst begreifen, wenn man die besondere, schamlos proimperialistische Rolle betrachtet, die die Labourführung – vor allem Denis Healey und die jetzigen Führer, in der Periode nach dem Zweiten Weltkrieg gespielt haben. Healey, Roy Jenkins, William Rodgers & Co. sind die direkten Abkömmlinge der Labour-Bürokratie des Kalten Krieges von Clement Attlee, Ernest Bevin und Hugh Gaitskell, die durch den Kampf gegen den Kommunismus von Berlin bis Rom, von der Tschechoslowakei bis Korea geformt und geprägt wurde.

Außerhalb von Westminster war Denis Healey einer der Schlüsselagenten dieses „CIA-Sozialismus“. Als Ex-Kommunist ging Healey schnell nach rechts und wurde bald an die Spitze der Internationalen Abteilung der Partei gestellt, wo er unter amerikanischer Vormundschaft die Zweite (Sozialistische) Internationale entlang strikter Kalter-Kriegs-Linien wiederaufbauen half. Er übernahm einen aktiven Part, um eine rechte Abspaltung von den italienischen Sozialisten zu schüren, als die Nenni-Führung sich 1948 weigerte, eine Kampagne gegen die Kommunisten durchzuführen. In den späten Vierzi-

Fortgesetzt auf Seite 14



Sozialdemokratische „Viererbande“ (von links: Jenkins, Owen, Rodgers, Williams) gründet bürgerliche SDP, die Rechtsabspaltung von der Labour Party

SPD...

Fortsetzung von Seite 4

Wirtschaft an die Frankfurter Bankiers trieb das Land an den Abgrund der Konterrevolution. Die Wirtschafts„reformen“ Jaruzelskis entsprecher mehr oder weniger dem Diktat der Gläubiger der stalinistischen Bürokratie. Der von Wojtylas Gewerkschaft geforderte und von Warschau überlegte Beitritt zum Internationalen Währungsfonds, dem erbarmungslosen Geldeintreiber der internationalen Hochfinanz, wird den polnischen Arbeitern, die heute wegen der korrupten bürokratischen Mißwirtschaft auf den „freien Westen“ schauen, die Tage unter Gomulka und Gierek fast wie ein Paradies erscheinen lassen. „Die Europäisierung Europas“ findet an der Weichsel statt, erklärte Eppler, bevor die Konterrevolution der Solidarność durch Ja-

durch die Zählung der westdeutschen Arbeiterklasse dafür sorgten, daß Westdeutschland zum antikommunistischen Bollwerk Europas gegen DDR und Sowjetunion wurde.

Im Zweiten Weltkrieg starben 20 Millionen sowjetischer Arbeiter und Bauern, um den Ansturm des deutschen Imperialismus zurückzuschlagen. Das deutsche Proletariat hat die Macht, zu verhindern, daß sie umsonst gefallen sind und die Völker Osteuropas erneut dieses schreckliche Raubtier fürchten müssen. Die Aufforderung der streikenden Arbeiter vom 17. Juni 1953 „Räumt Euren Mist in Bonn erst aus, in Pankow säubern wir das Haus!“ ist die einzige Alternative zu einem imperialistischen Bollwerk Großdeutschland und einem atomaren Holocaust der NATO. Im Kampf für die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands, proletarische Revolu-

ger Verein „SS-Leibstandarte Adolf Hitler“ Steuergelder erhalten! So brütet der „linke“ Nationalismus der Sozialdemokratie den rechten.

Die DGB-Bürokratie rührt keinen Finger für ihre ausländischen Gewerkschaftsmitglieder, sondern beschränkt sich auf moralische Appelle gegen „Ausländerfeindlichkeit“, anstatt für ihre sofortigen und vollen Staatsbürgerrechte einzutreten. Als auf der 1. Mai-Kundgebung in Frankfurt türkische Arbeiter von durch Faschisten mobilisierte Fußballfans angegriffen wurden, forderte der DGB die deutschen Kundgebungsteilnehmer durch die IG Textil und Bekleidung Zehntausende für protektionistische Maßnahmen im Interesse der deutschen Textilfabrikanten nach Bonn mobilisierten, fürchten den gemeinsamen Kampf der ausländischen und deutschen Kollegen.

Die türkischen Arbeiter bilden mit ihren anderen ausländischen Kollegen etwa ein Sechstel des gesamten Industrieproletariats in Westdeutschland und können eine zentrale Rolle für die Revolution in Westdeutschland und ganz Europa spielen. Es waren die türkischen Arbeiter, die 1973 bei den wilden Streiks im Ruhrgebiet am militantesten für die Organisierung der Arbeitsniederlegungen und Streikpostenkettens eintraten. Sie sind diejenigen, die nicht wie ihre Kollegen durch tiefgehende Illusionen an die traditionelle Führung des deutschen Proletariats gebunden sind und, wenn sie für eine revolutionäre Perspektive gewonnen sind, durch ihre Verbindungen mit den Heimatländern entscheidend zum Aufbau einer internationalistischen Partei beitragen können.

Die Linke, die wie bei den Bundestagswahlen 1980 wieder antritt, um „ihre“ Regierung gegen das größere Übel zu verteidigen, will vergessen machen, was die ausländischen Arbeiter, Frauen und Jugendliche von einer Neuaufgabe des „kleineren Übels“ zu erwarten haben. Aber die Arbeiterklasse darf nicht vergessen, womit die SPD den Arbeitern für ihre Stimme gedankt hat. Nur wenige Wochen nach den Wahlen mußten die streikenden Postler für die Austeritätspolitik der wiedergewählten SPD/FDP-Koalition bezahlen, mit Unterstützung der DGB-Bürokratie, die im Anschluß an die Koalitionsverhandlungen „großes Verständnis für die wirtschaftlichen Probleme, vor denen die Bundesregierung steht“ (Frankfurter Rundschau, 31. Oktober 1980) äußerten. Sie zeigten dieses Verständnis auch bei der Lohnraubtarifrunde 1981, wo sie eigens die Salamitaktik der „neuen Beweglichkeit“ erfanden, um die Kampfbereitschaft der Arbeiter zu lähmen.

Unter dem massiven Druck seiner Mitglieder ruft der DGB zu Demonstrationen und Kundgebungen auf. Die Mobilisierungen, zum 23. Oktober, von der DGB-Spitze als Ventil zum Dampf ablassen gedacht, können sich jedoch als Eigentor erweisen. Im letzten November rief der „linke“ Steinkühler zu einer Demonstration in Stuttgart auf. 20 000 wurden erwartet, 70 000 kamen. Der tief erschrockene IG-Metall-Chef Loderer würgte weitere Demonstrationen ab: „Wenn die deutschen Gewerkschaften von Flensburg bis Garmisch solche Demonstrationen machen, ist die Regierung weg.“ (Der Spiegel, 19. Juli)

Jetzt, wo sich die Demonstrationen gegen die CDU/FDP-Regierung richten, werden Loderer & Co. alles daran setzen, die Proteste in Solidaritätsmärsche für ihre Blutsbrüder von der SPD umzufunktionieren, so wie sie vorher versuchten, die Verantwortung für die Lohnraub- und Sozialabbaupolitik dem bürgerlichen Koalitionspartner in die Schuhe zu schieben: „Das unrühmliche Ende des ‚historischen Bündnisses zwischen Sozialdemokratie und aufgeklärtem Bürgertum‘ ist die folgerichtige Konsequenz einer maßgeblich von der FDP betriebenen und von der SPD nicht verhinderten Politik, die wesentliche Errungenschaften des Sozialstaats zur Disposition stellte.“ (ausblick, Oktober)

Das soll darüber hinwegtäuschen, daß sich die Sozialdemokratie an die Koalition gekettet hat, um ihrer proletarischen Basis ihr Krisenmanagement für die herrschende

Klasse besser verkaufen zu können. Die Bewahrung des Klassenfriedens, im reformistischen Vokabular „Sozialpartnerschaft“, fällt der SPD gegen den gewaltigen Druck ihrer Gewerkschaftsbasis mit dem Hinweis auf den bürgerlichen Koalitionspartner bedeutend einfacher. Selbst nach dem Mißtrauensvotum erklärte SPD-Politiker wiederholt, daß sie bereit seien das Bündnis mit den Freidemokraten zu erneuern. Aber auch ohne Koalitionspartner hat die SPD gegenwärtig noch nicht einmal den Anspruch, die Interessen der Arbeiterklasse zu verteidigen. Sie wird ihre offen arbeitgeberfeindliche Politik fortsetzen, wie Schmidt unverhohlen zugibt: „Die Politik der Bundesregierung sähe um keinen Deut anders aus, wenn die SPD allein regierte.“ (taz, 11. Oktober)

„Das ist die Lieblingsbeschäftigung der linken Berufsoportunisten: die Gefahr eines quasi ‚faschistischen‘ dämonhaften Strauß an der Macht an die Wand zu malen, um dann mit umso geringeren Gewissensbissen das traditionelle ‚kleinere Übel‘ SPD unterstützen zu können. . . .“

Es war die Sozialdemokratie, die in den letzten Jahren ein gutes Stück des Programms von Strauß durchgesetzt hat. Strauß ist ein parlamentarischer Demagoge des rechten Flügels, aber sein Programm ist nicht qualitativ reaktionärer als die Regierungspolitik der Koalition.“ (Kommunistische Korrespondenz, Februar 1980)

Die Unterstützung für Schmidts Koalitionspolitik als „kleineres Übel“ hat immer nur dazu gedient, Illusionen in die SPD zu verstärken. Revolutionäre benutzen die Taktik der kritischen Wahlunterstützung gegenüber einer bürgerlichen Arbeiterpartei, um solche Illusionen zu zerstören – und eine solche Taktik ist von vornherein ausgeschlossen, wenn die SPD offen für eine Koalition mit bürgerlichen Bündnispartnern wie der FDP auftritt. Nachdem dreizehn Jahre SPD/FDP-Koalition zu Ende sind, stellt sich für die Arbeiter die Frage: was nun? Der von der vorgeblichen Linken hofierte Peter von Oertzen gab vor dem Regierungswechsel in einem Brief an seinen Duzfreund Schmidt seine Antwort, daß auch für ihn der Leitspruch des Henkers der deutschen Revolution gilt: „Du mußt wegen der Bewahrung des äußeren und inneren Friedens die Regierungsverantwortung mit Klauen und Zähnen verteidigen.“ (Der Spiegel, 11. Oktober) Ebert drückte das einfacher aus: „Ich hasse die Revolution wie die Sünde.“ Die Antwort von KB, GIM und anderen besteht in der Aufforderung, für weitere dreizehn Jahre zu kämpfen; ihre einzige Sorge ist, wer genau in der neuen Volksfront vertreten sein sollte.

Die Appetite der Nachfolger der Außerparlamentarischen Opposition – mehr und mehr damit beschäftigt, Wahlplakate für die Grünen zu kleben – bringt die pseudotrotzkistische Gruppe Internationale Marxisten offen zum Ausdruck: „... ein neues Dreiparteiensystem ist denkbar: ohne FDP, mit einer Partei links der SPD. Ein Linksbündnis ist erforderlich: Grüne, Bunte, Sozialisten – eine Liste! Sie muß Druck auf eine SPD-Regierung ausüben und diese gegenüber einer CDU/CSU-geführten Regierung tolerieren“ (was tun, 30. September).

Das Nachlaufen der westdeutschen Linken hinter den Grünen, das bis zur Auflösung in die ökologische Bewegung geht, zeigt nur, wie verrotten sie ist. Das Programm der GIM heißt nichts anderes, als für eine neue Volksfront aufzurufen, in der Lambsdorff und sein Austeritätsprogramm gegen die kleinen Lambsdorffs in lila Latzhosen ausgetauscht werden sollen, die Austerität – aber mit Bäumen – anbieten. Diese zutiefst anti-proletarischen Nullwachstumsapostel, die einen genuin bürgerlichen Bestandteil haben, hätten wahrscheinlich die Sympathie von Morgenthau gefunden, der Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg in einen riesigen Kartoffelacker verwandeln wollte.

Der KB geht sogar noch weiter, wenn er einen „Reform-Block“ vorschlägt, der „nur zustandekommen (kann), wenn es zu massenhaften Brüchen und Spaltungen in der SPD und FDP kommt“ (Arbeiterkampf, 20. September). Spaltung der FDP? Seit wann haben Kommunisten die Taktik, bürgerliche Parteien zu spalten? Hat der KB jetzt wirklich die Perspektive, die Bankiers und Geschäftsleute, die die FDP finanzieren, von ihrer verräterischen Führung zu brechen?



Türkei-Demonstration in Frankfurt, 11. September: TLD weist revolutionäre, internationalistische Perspektive: Für eine Arbeiter- und Bauernregierung in der Türkei! Für die militärische Verteidigung der UdSSR gegen den Imperialismus!

ruzelskis Gegencoup gestoppt wurde. Der DGB fördert diese „Europäisierung“ durch Millionengelder, die er über Schweden nach Polen pumpt, während er hier die Streikkassen „schonen“ will. Der Sieg der gelben Gewerkschaft im Dienste von NATO und deutschen Bankiers hätte Massenarbeitslosigkeit für die polnischen Arbeiter und die Wiedervereinigung Deutschlands auf kapitalistischer Grundlage bedeutet. Die Linke, die ihre Aufgabe im wesentlichen darin sieht, Druck auf die SPD auszuüben und auf „zwei, drei, viele“ Eppler und Lafontaines hofft und der eifrigste Vertreter der nationalistisch-pazifistischen Bewegung geworden ist, spielt somit die Avantgarde sozialdemokratischer Ostpolitik, die strategische Interessen des deutschen Imperialismus widerspiegelt.

Als im April 1945 sowjetische Soldaten die rote Fahne auf dem Berliner Reichstag hißten, hätte dies der Beginn für ein sozialistisches Europa sein können. Aber die Stalinisten verkauften die Zukunft des europäischen Proletariats, um ihre eigene parasitären Interessen zu verteidigen und besiegelten die Spaltung der deutschen Arbeiterklasse. Obwohl sie die politische Macht des Proletariats in Ostdeutschland unterdrücken, muß jeder klassenbewußte Arbeiter die Errungenschaften des Arbeiterstaates gegen den imperialistischen Revanchismus der deutschen Bourgeoisie und ihre sozialdemokratischen Handlanger verteidigen, die nach dem Krieg

tion zum Sturz der Bourgeoisie im Westen und politische Revolution gegen die stalinistische Bürokratie im Osten, kann die deutsche Arbeiterklasse die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa auf die Tagesordnung setzen. Ein sozialistisches Rätedeutschland als industrielles Machtzentrum wird nicht nur verhindern, daß die „Herrenmenschen“ wie in zwei Weltkriegen zuvor wieder versuchen, Europa zu einem Arbeitslager für sie zu machen – es wäre der Funke für die Machterhebung des Proletariats auf dem ganzen Kontinent und bedeutet die Möglichkeit, durch eine rationale Planwirtschaft die Armenhäuser Europas zu schließen.

Nein zum „kleineren Übel“

Der drohende Zusammenbruch von AEG wirft ein Schlaglicht auf die Zukunft, die der Kapitalismus der Arbeiterklasse bietet. In den letzten drei Jahren wurden 32 000 AEG-Arbeiter auf die Straße gesetzt. Weitere 40 000 Arbeitsplätze sollen auf jeden Fall Rationalisierungsmaßnahmen zum Opfer fallen, auch wenn der Elektroriese mit Staats-subsidien und weiteren Bankkrediten vorläufig über die Runden gebracht werden kann. AEG ist Symbol für die Krise des deutschen Kapitalismus – Nullwachstum, schrumpfender Auftragsbestand für die Exportindustrie, Stahlkrieg mit den USA und innerhalb der EG, über 12 000 Firmenzusammenbrüche in diesem Jahr, die höchste Arbeitslosigkeit seit 1950.

Der Traum vom „Modell Deutschland“ ist ausgeträumt und besonders die ausländischen Arbeiter sollen als Sündenbock für den Zusammenbruch des Kapitalismus herhalten, genauso wie die Juden während der Großen Depression, die dem Sieg der Nazis vorausging. „Unser Deutschland ist besetzt“ ist nicht zufällig gleichzeitig die Losung des wachsenden Rassismus: von der Hetzpropaganda des „Heidelberger Manifests“, das von Bundestagspräsident Stücklen unterstützt wird, über Skinhead-Punks bis zu den Nazi-Mörderbanden von Hoffmann. „Überfremdung“, „Deutschland ist von Türken besetzt“, heißt es von den neuen und alten Nazis, die meist als Mörder von Ausländern freigesprochen werden und als gemeinnützi-

Kontaktadressen

FRANKFURT:
Postfach 16 747
6000 Frankfurt/Main 1
Tel.: 0611/72 70 54

HAMBURG:
Postfach 20 14 34
2000 Hamburg 20
Tel.: (040) 40 08 19

WESTBERLIN:
Postfach 21 07 50
1000 Berlin 21
Tel.: 030/882 11 75

Chicago: Trotzlisten mobilisieren 3000 gegen Klan/Nazi-Terror

Der 27. Juni war die größte militante Mobilisierung gegen faschistischen Terror in der Region von Chicago seit Jahrzehnten: Über 3000 beteiligten sich an der von unseren Genossen der Spartacist League (SL/U.S.) initiierten Kundgebung, um eine Nazi-Provokation gegen eine Demonstration der Chicagoer Schwulen zu stoppen. Stahl- und Autoarbeiter, Schwule, Juden und vor allem Schwarze aus dem riesigen Getto South Side kamen, um die Nazis zu stoppen und um sich selbst zu verteidigen. Gerade die Schwarzen wissen, daß sie auf der Todesliste der Nazis und des Ku Klux Klan an erster Stelle stehen.

Als die „American Nazi Party“ aus Chicago und die „SS Action Group“ aus Detroit am Rande des Lincoln Park ankamen, fanden sie den Platz bereits von Tausenden von wütenden Demonstranten besetzt, die dem Aufruf des von der SL/U.S. initiierten June 27 Committee Against the Nazis gefolgt waren. „Keine Hitlers in Chicago – Stoppt die Nazis jetzt!“ Angesichts dieser militanten Mobilisierung suchten die braunen Sturmtrupps nach einer Stunde das Weite, während tausendfach der Ruf erscholl: „Nazis raus! Nazis raus!“ Nur die massive Präsenz von Hunderten von Polizisten und berittener Polizei, die sich schützend vor die „White Power“-Terroristen gestellt hatten, hinderte die aufgebrachtten Nazi-Gegner daran, die faschistische Bande direkt zu vertreiben.

Wie im Mobilisierungsflyer für den 27. Juni, von dem innerhalb von zwei

Wochen 250 000 Stück verteilt wurden, hervorgehoben wird:

„Die Nazis haben den Gay Pride Day aufs Korn genommen, weil sie wissen, daß die Homosexuellen das schwächste Glied in ihrer Kette des Terrors sind. Aber in den Fabriken, Gewerkschaftshäusern und Stadtvierteln wissen die Chicagoer, daß dieser Angriff auf Schwule nur ein Anfang ist... Die Nazis haben ihre Gewehre geladen und direkt auf Dich gerichtet!“

Der Rassismus ist die zentrale Barriere zu einem Sieg der Arbeiterklasse in den Vereinigten Staaten. Die proletarische Revolution in den USA benötigt eine schwarze Führung. Aber, wie Myra Owens, eine schwarze Genossin von der Spartacist Youth League, in ihrer Rede auf der Kundgebung betonte:

„Wir brauchen unsere eigene Partei, ihr braucht eure eigene Partei, eine Arbeiterpartei... Es gibt keine einzige schwarze Organisation... die auch nur einen Finger erhebt gegen Reagans Kalten-Kriegs-Feldzug, oder selbst um die Nazis und den Klan zu bekämpfen. Ihre Hauptsorge besteht darin, sich in der Demokratischen Partei eine Zukunft zu verschaffen. Aber für euch gibt es keine Zukunft in der Demokratischen oder Republikanischen Partei. Sie haben sich beide gleichermaßen dem antisowjetischen Kriegskurs verschrieben, der das Anwachsen der Nazis nährt und die Vernichtung der Menschheit näher bringt... Für die Schwarzen in diesem



Workers Vanguard Foto

Land ist die Frage Revolution oder Tod!“

Die Klassenkampfperspektive der Spartacist League zeigt, wie der Kampf geführt und gewonnen werden kann. Der 27. Juni hat das bewiesen; und es war nicht die erste erfolgreiche Mobilisierung, um den Vormarsch des Mordgesindels in die Städte im Norden zu stoppen. Wie in Deutschland vor 50 Jahren lautet die Frage: Wer wird sterben, wer wird gewinnen? Werden die roten Bataillone des Proletariats die Oberhand behalten

oder die braunen Sturmabteilungen? Mit wenigen Hunderten konnte die Spartacist League am 27. Juni Tausende mobilisieren. Mit einigen Tausenden, gewonnen durch massive Rekrutierung von Schwarzen, kann sie den Kampf zur Befreiung der Schwarzen durch die sozialistische Revolution führen, den im amerikanischen Bürgerkrieg begonnenen Kampf zu Ende führen. In diesem rassistisch gespaltenen Land ist die Spartacist League Amerikas letzte, beste Hoffnung.

Gegenüber den verschiedenen offenen Anhängseln der Sozialdemokratie konnte sich die Marxistische Gruppe (MG) mit ihren Anti-NATO-Demonstrationen bei den Besuchen von Breschnjew und Reagan in Bonn ein linkes Image verschaffen. Ihre Antwort auf den Regierungswechsel lautete „Kein Mitleid mit der SPD!“ und war wohl für die auch von Strauß-Furcht ergriffene Organisation mehr als Propaganda nach innen als nach außen gedacht. Mit ihrer konsequent zur Schau getragenen Haltung des kleinen Mannes – „Helm = Helm“ und „Wählen ist verkehrt“ – kann sie sich der gesellschaftlichen Polarisierung doch nicht entziehen, denn gleichzeitig beschuldigt sie die SPD, einmal an der Regierung, ihre „sozialdemokratische Prinzipientreue“ aufzugeben. Die MG bietet dagegen ihre Vorstellung von einem Wohlfahrtsstaat an: „Lohn statt Nation“. Und um gleich deutlich zu machen,

wie dieser „Anti-Nationalismus“ dann aussehen soll, entlarvt sie Schmidt als „Mitmacher“ bei Reagan. Da die MG statt der Klassenlinie den Widerspruch zwischen „Politikern“ und „Wahlbürgern“ sieht, wirft sie sogar den reaktionären Grünen vor, ihre „ökologischen Prinzipien“ über Bord zu schmeißen und sind empört: „Von wegen ‚Fundamentalopposition‘ gegen die ‚Wachstumspolitik des herrschenden Blocks!‘“ (*Frankfurter Hochschulzeitung*)

Der widersprüchliche Charakter der bürgerlichen Arbeiterpartei SPD bleibt ihrem von kleinbürgerlichen Vorurteilen geprägten idealistischen Weltbild verschlossen. Ohne eine strategische Orientierung auf die Gewinnung der Arbeiterklasse sieht die anti-Marxistische Gruppe in den Gewerkschaftsmobilisierungen zum 23. Oktober lediglich SPD-Wahlmobilisierungen. Während sie auf der einen Seite – genau wie der Rest der „Friedensbewegung – vor Klassenkollaboration und Nationalismus der SPD kapituliert, „verweigert“ sie sich den sozialdemokratischen Arbeitern. Mit ihrer Ignoranz und Verachtung gegenüber den Errungenschaften der Arbeiterklasse („30 Jahre DGB sind genug“ – was Strauß unterschreiben würde) befindet sich die MG auf einem gefährlichen arbeiterfeindlichen Kurs. Was bei der MG verhüllt ist als „Negierung der Politik“, heißt in Wirklichkeit „Unterwerfung der Arbeiterklasse unter die bürgerliche Politik“. (Lenin, „Anarchismus und Sozialismus“)

„Glaube doch kein Gewerkschafter, sozialpolitisch werde sich irgendwas bewegen lassen, solange Bonn nicht mit dem Reagan-Kurs... unzweideutig gebrochen hat!“ So argumentieren die DKP nahen *Blätter für deutsche und internationale Politik*, daß die Arbeiter ihre Klasseninteressen auf dem Altar der Friedlichen Koexistenz opfern sollen und widerspiegeln die trügerische Hoffnung der Bürokraten in Moskau, die Spannungen des deutschen Imperialismus mit den USA würden den gemeinsamen Willen zur Zerschlagung der Sowjetunion zerstören. Trotz aller Angriffe von der „Friedensbewegung“ als „Agenten Moskaus“ sitzen ihre wirklichen Herren aber in Bonn. Vom Hitler-Sta-

lin-Pakt über die Anti-Hitler-Koalition bis zur heute von den Stalinisten propagierten „Anti-Reagan-Koalition“ mit denselben Revanchisten, die schon einmal die Sowjetunion überfielen, ist die verbrecherische Konsequenz des „Sozialismus in einem Land“ Klassenfriedens mit der eigenen Bourgeoisie.

Der aus der SPD ausgeschlossene Bundestagsabgeordnete Hansen kritisiert die Halsüber-Kopf-Umarmung der SPD: „Woher nehmen die ‚Linken‘ (noch oder schon wieder bei und in der SPD) eigentlich die Hoffnung (oder haben sie keine?), die SPD würde jetzt wieder Partei ergreifen für die Interessen von Lohnabhängigen gegen die Interessen des Großkapitals und der Großindustrie...?“ Aber das Programm der Demokratischen Sozialisten, seine neue politische Heimat, ist nichts anderes als ein Versuch, die populären Forderungen über „Frieden und Abrüstung“ bis zur „Ökologie“ verbrämt mit sozialdemokratischen Bilderbuchforderungen unter einen Hut zu bringen, mit dem Ziel, „alte Berührungspunkte und Abgrenzungshysterie“ aus dem Weg zu räumen, um „mit neuen Kräften... der reaktionären Wende ein Ende zu bereiten“.

Für eine revolutionäre Arbeiterpartei

Keine Variante der Politik des Drucks auf die SPD wird den Reaktionär Strauß stoppen. Die vorgeblichen Linken, die „Friedensbewegung“ und die Sozialdemokraten, die sich jetzt nach einem neuen Zuhause umsehen, können nur eine nationalistische, antiproletarische und antisowjetische Volksfront hervorbringen, die die Hegemonie der SPD über das deutsche Proletariat verstärkt. Und das angesichts einer Welt, in der die Alternative zwischen revolutionärem Kommunismus oder unvorstellbarer Barbarei täglich schärfer gestellt wird.

Das Erdgasröhren-Geschäft gibt einen Vorgeschmack darauf, was sozialistische Planwirtschaft in den Vereinten Sozialistischen Staaten von Europa bedeuten kann: wirtschaftlicher Aufbau, eine immense Steigerung des Lebensstandards bei erheblich verkürzter Arbeitszeit durch gemeinsame

Anstrengung des deutschen und sowjetischen Proletariats, ein Ende von Massenarbeitslosigkeit, Krise und Krieg.

Das setzt die Zerschlagung der Herrschaft der Flicks, Thyssen und deutschen Banken voraus. Der Bau der Erdgasleitung von Sibirien nach Bayern ist ein machtvolles Argument gegen die stalinistische Illusion von „Sozialismus in einem Land“, sowie der eklatante Bankrott des Stalinismus in Polen Beweis für die Unmöglichkeit der „Friedlichen Koexistenz“ ist.

Militanter Klassenkampf ist notwendig – und nicht die Bindung an reformistische Vertreter und bürgerliche Parlamentarier. Nur der Trotzismus hat ein Programm und eine Perspektive, die eine Zukunft für das deutsche Proletariat eröffnet. Nur die Trotzisten sagen die Wahrheit über die SPD und verweigern jeder Form der bürgerlichen Koalitionspolitik die Unterstützung. Die machtvolle deutsche Arbeiterklasse – mit ihrem strategischen Bestandteil an ausländischen Arbeitern – muß ihre Klassenunabhängigkeit erkämpfen. Sie muß die Lehren daraus ziehen, was ihr die Koalitionspolitik der SPD gebracht hat: Sie muß den Kampf für eine revolutionäre Arbeiterpartei aufnehmen, die fähig ist, die SPD zu spalten und ihren Würgegriff über die organisierten Arbeiter zu zerbrechen.

AEG sollte nicht Symbol für Massenentlassungen sein, sondern Symbol für den Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Krise. Betriebsbesetzungen bei AEG gegen Stilllegungen und Entlassungen würden das kapitalistische Eigentum, damit das gesamte kapitalistische System in Frage stellen und ein Signal für die gesamte Arbeiterklasse bilden. Betriebsbesetzungen und Massenstreiks in der NATO-Frontstadt Westberlin wären ein unüberhörbarer Appell für die Ostberliner und Ostdeutschen Arbeiter für die revolutionäre Einheit der deutschen Arbeiterklasse. Nur die Perspektive der Sowjetmacht in einem revolutionär wiedervereinigten Deutschland ist heute die einzige mögliche und realistische Alternative für alle, die gegen kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung kämpfen wollen. ■

A Spartacist Pamphlet \$1.00

American Workers Revolution Needs Black Leadership

Stuart Publishing Co., Box 1377, GPO, New York, N.Y. 10116

NEU! 2,50 DM

Zu beziehen über:
Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt/Main 1
Postcheckkonto Ffm 119 88 – 601
(Verlag Avantgarde GmbH)

Wenn sie amerikanischen Boden betreten würden, könnten sie verhaftet werden und bis zu fünf Jahre Gefängnis aufgebremst bekommen. Die Übeltäter: die Topmanager der führenden Maschinenbauunternehmen Westeuropas. Das „Verbrechen“: Der Verkauf von Material an die Sowjetunion für den Bau einer 6000 km langen Erdgasleitung zwischen Sibirien und Westeuropa.

Um seinen Ärger wegen des Fehlschlages der Konterrevolution von Solidarność loszuwerden, hat Reagan am 18. Juni zurückgeschlagen... gegen seine europäischen kapitalistischen Verbündeten. Er verlangte von allen ausländischen Firmen, die Technologien nach amerikanischen Lizenzen anwenden, ihre Verträge über die sibirische Pipeline aufzukündigen, andernfalls drohe ihnen die volle Härte amerikanischer gesetzlicher Sanktionen. Zusätzlich zur strafrechtlichen Verfolgung könnte dies Geldbußen bis zum fünffachen des Wertes der gelieferten Ausrüstungsteile bedeuten und ein Verbot, in Zukunft Produkte aus den USA zu kaufen.

Die Europäer reagierten prompt und stellten sich auf die Hinterbeine. Der ehemalige westdeutsche Kanzler Helmut Schmidt sagte den CBS-Nachrichten – und das war eine der mildereren Reaktionen: „Die Erdgasleitung wird gebaut werden, und die Briten, die Franzosen, die Deutschen und andere Europäer werden sich an die Abkommen halten, die ihre Firmen mit der Sowjetunion getroffen haben.“ Alle betroffenen westeuropäischen Regierungen haben demonstrativ die Firmen angewiesen, ihre vertraglichen Verpflichtungen einzuhalten. Der französische Industrieminister Jean-Pierre Chevènement erklärte, die amerikanische Tochtergesellschaft Dresser France sei „eine französische Gesellschaft und französischem Recht unterworfen“, und drohte, ihre Anlagen zu „requirieren“, falls sie nicht Turbinen für die Erdgasleitung wie vorgesehen ausliefere. Die private Reaktion von Westeuropas herrschenden Kreisen war entsprechend. So lamentierte ein hoher amerikanischer Wirtschaftsunterhändler:

„Das einzige, was sie tun wollten, war, über die Pipeline zu reden. Man liest eine Menge über die europäische Verärgerung über die Röhrenentscheidung, aber man muß es sehen, um wirklich verstehen zu können.“ (Wall Street Journal, 15. Juli)

Man braucht es nicht selber miterlebt zu haben, um das Ausmaß der europäischen Verärgerung verstehen zu können. Das 10-Milliarden-DM-Erdgasrohrgeschäft – Breschnjew nannte es „das Geschäft des Jahrhunderts“ – ist wirklich das große Geschäft, und noch dazu ein besonders willkommenes Geschäft in der schlimmsten wirtschaftlichen Situation seit der Großen Depression in den dreißiger Jahren. Nach ihrer Fertigstellung wird sie einen Großteil des Gases für Westeuropa liefern zu Preisen, die beträchtlich unter denen der Produzenten aus Nordafrika und dem Nahen Osten liegen. Und was auch immer Reagan glauben mag, die europäischen Kapitalisten wissen, daß das sowjetische stalinistische Regime ein bei weitem zuverlässiger Lieferant ist als die Beduinenführer, schiitischen Ajatollahs und ba'athistischen Obristen, von denen im Augenblick ihre Energieversorgung abhängt.

Für viele der betroffenen Firmen sind die Multi-Millionen-Mark-Pipelineverträge eine Frage des finanziellen Überlebens. AEG-Kanis zum Beispiel ist einer der wenigen gewinnbringenden Bereiche des praktisch bankrotten AEG-Telefunken-Imperiums. Für den italienischen Konzern Nuovo Pignone bedeutet der Pipeline-Vertrag 70 Prozent seines Auftragsbestandes.

Über all diese Erwägungen in Mark, Franc und Lire hinaus – und die sind nicht gerade zu verachten – hat Reagan die heiligste Kuh bürgerlicher ideologischer Werte verletzt, nämlich die nationale Souveränität. Die Europäische Gemeinschaft hat formell gegen Reagans „Versuche, extraterritoriale gesetzliche Macht auszuüben“ protestiert. Die einflußreiche Frankfurter Rundschau war weniger diplomatisch: „So sollte Partnerschaft unter demokratischen Ländern nicht aussehen. Das ist nackter Imperialismus.“ Da einige der betroffenen Firmen wie Frankreichs Alstom-Atlantique und Italiens Nuovo Pignone verstaatlicht sind, beansprucht Reagan praktisch auch über die europäischen Regierungen Souveränität. Wenn

REAGANS PIPELINE- FIASKO



ein amerikanischer Präsident Gesetzesansprüche auf eine nationalisierte französische Firma erhebt, vereint er damit garantiert alle Franzosen vom dekadentesten royalistischen Grafen bis zum primitivsten stalinistischen Schreiberling. Selbst Britanniens Margaret Thatcher erklärte Reagan – bei all ihrem glühenden Antisowjetismus –, daß er diesmal mächtig übers Ziel hinaus geschossen sei. Die Heiligkeit der Verträge und was es da sonst noch gibt, man ist im Bilde.

Man kann über Reagans Gasröhren-Sanktionen sagen, was Theodor Draper über John F. Kennedys Schweinebucht-Abenteuer bemerkte: es ist eines jener seltenen Beispiele eines perfekten politischen Fehlschlages. Reagan hat all seine europäischen Alliierten in Rage gebracht, die Russen ermutigt – und hat den Bau der Pipeline nicht verzögern können. Die Schlappe ist so offensichtlich –, die Russen hätten es sich nicht besser ausdenken können“, war der Kommentar eines europä-

ischen Diplomaten –, daß die Reagan-Regierung die Angelegenheit schon auf kleinerer Flamme kocht. Anfang September kündigte Wirtschaftsminister Donald Regan an, daß die ursprünglichen Sanktionen „etwas zu weitreichend“ gewesen seien und daß diejenigen, die das US-Embargo verletzen, nur noch von der Belieferung mit amerikanischer Erdöl- und Erdgastechologie ausgeschlossen würden.

Der einsame Cowboy schießt sich selbst in den Fuß

Was hat Reagan dazu gebracht, so etwas Stumpfsinniges zu tun? Teilweise liegt es daran, daß er tatsächlich seine eigene anti-kommunistische Propaganda glaubt, derzufolge die sowjetische Wirtschaft am Rand des Zusammenbruchs steht – à la Polen. Als er im letzten Juni das britische Parlament dazu aufrief, sich ihm bei einem neuen „Kreuz-

zug“ zum Sturz des Kommunismus anzuschließen, versicherte er:

„Wir sind heute die Zeugen einer großen revolutionären Krise – einer Krise, in der die Anforderungen der wirtschaftlichen Ordnung direkt mit denen der politischen Ordnung kollidieren. Aber die Krise geht nicht im freien, nichtmarxistischen Westen vor sich, sondern im Heimatland des Marxismus-Leninismus, der Sowjetunion.“

Zehn Tage später entschloß sich Reagan, dieser eingebildeten „Endkrise des Marxismus-Leninismus“ einen kleinen Schubs zu geben: Er versuchte, die sibirische Pipeline zu sabotieren, wobei er behauptete, daß „die Sowjetunion finanziell und wirtschaftlich heutzutage sehr stark unter Druck steht. Sie haben ihr Volk buchstäblich auf eine Hungerdiät gesetzt“ (New York Times, 1. Juli). Jeder westliche Diplomat, Journalist und selbst Tourist kann in Moskau oder Leningrad sehen, daß die Russen nicht verhungern. Tatsächlich hat sich der sowjetische Lebensstandard seit rund zehn Jahren sichtlich verbessert und das trotz der Bürde der Militärausgaben, die nötig sind, um die imperialistische Aufrüstung zu kontern. Reagans wilde Sprüche über die Sowjetunion sind nicht einfach Kalte-Kriegs-Rhetorik, sondern die mehr oder weniger ernsthaften Ansichten eines Mannes, der die Welt in die Luft jagen kann, wenn er will.

Wenn Reagan die Sowjetunion am Rande des Zusammenbruchs sieht, dann sieht er bei seinen europäischen NATO-Alliierten eine verhängnisvolle Schwäche anderer Art. Der zum Präsidenten aufgestiegene ehemalige Hollywood-Schauspieler spielt offensichtlich den Zweiten Kalten Krieg nach dem Drehbuch des Gary-Cooper-Films „High Noon“ aus dem Jahre 1950. Die Bewohner des Städtchens (die westeuropäischen Alliierten) sind zu feige, um gegen die Bösewichter (die russischen Kommunisten) zu kämpfen, deshalb muß es der einsame Marshal (der amerikanische Oberbefehlshaber) eben selber erledigen. Die Reagan-Clique hat angenommen, sie könnte die scheinbar willensschwachen europäischen Verbündeten mit einem Kraftakt wieder auf Linie bringen. Deshalb die Pipeline-Sanktionen.

In und um Reagans Regime gibt es eine starke Tendenz, die westeuropäische bürgerliche Demokratie zu verachten und als semipazifistisch und „weich“ gegen den Kommunismus anzusehen. Es gibt das Gefühl, daß Amerikas wirklich starke und verlässliche Verbündete Begins Israel, Bothas Südafrika, Major „Schweißbrenner“ d'Aubuissons El Salvador, Südkorea und ihresgleichen sind. Deshalb hat der Senator der Moralischen Mehrheit, Jesse Helms, demonstrativ dafür gestimmt, Britannien im Falkland/Malvinen-Krieg nicht zu unterstützen, und die führende Anhängerin von „autoritären“ Regimen bei den Vereinten Nationen, Jeane Kirkpatrick, hat öffentlich eher auf Seiten der argentinischen Junta gestanden.

In diesem Zusammenhang ist es erwähnenswert, daß eine Woche nach Ankündigung der Pipeline-Sanktionen das pro-europäischste Mitglied von Reagans Mannschaft, der ehemalige NATO-Oberbefehlshaber Alexander Haig, vor die Tür gesetzt wurde. Haig, der vor einem Fehlschlag und Bumerang-Effekt der Sanktionen auf die USA gewarnt und offensichtlich seinen Boß davon zu überzeugen versucht hatte, daß die westeuropäischen Verbündeten nicht ein Haufen von Schwachköpfen sind, die Moskau zuarbeiten, sondern eine Gruppe von wichtigen kapitalistischen Staaten mit eigenen nationalen Interessen und mit Nationalstolz. Er erlitt das übliche Schicksal von Ratgebern, die ihrem Monarchen bittere Wahrheiten mitteilen.

Kalifornischer Gaullismus am Werk

Der Gasröhren-Streit ist nicht ein zufälliger Krach in einer ansonsten glücklichen Ehe. Die Finanzpresse beschreibt die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den USA und Europa routinemäßig in der Sprache bewaffneter Konflikte – der Zinsratenkrieg, die sich entwickelnden Handelskriege wegen Stahl und landwirtschaftlicher Produkte. Die hochgradig nationalistische Politik der Reagan-Administration (die liberale französische Le Monde gab ihr den Spitznamen „kaliforni-

scher Gaullismus“) ist äußerst nachteilig für ihre wichtigsten kapitalistischen Rivalen gewesen. Monate vor den Pipeline-Sanktionen klagte ein hoher westdeutscher Regierungsbeamter gegenüber der *New York Times* (13. Februar): „Wir haben praktisch nie zuvor eine Regierung der Vereinigten Staaten gesehen, die ein derartiges Ausmaß von Indifferenz über die Auswirkungen ihrer Handlungen auf ihre Verbündeten an den Tag gelegt hat.“

Und es ist besonders bezeichnend, daß Mitterrands Frankreich zur alten gaullistischen Rolle zurückgekehrt ist, der ausgesprochenste Vertreter von europäischer Unabhängigkeit gegenüber den Vereinigten Staaten zu sein. Noch bis vor kurzem ist Mitterrand der Hauptsprecher für Reagans antisowjetischen Kriegskurs auf dem Kontinent gewesen. Im letzten Jahr hatte das Nachrichtenmagazin *Time* (9. November 1981) einen Artikel über den neuen französischen Präsidenten mit dem Titel versehen, „Falke in sozialistischen Federn: Mitterrand unterstützt ein starkes Militär Arm in Arm mit den USA“. Beim Versailler Wirtschaftsgipfel im Juni umarmte Mitterrand Reagan als „mon chère Ron“ und stellte die Freundschaft Paris-Washington besonders heraus. Aber kaum einen Monat später sprach der französische Außenminister Claude Cheysson von „der fortschreitenden Scheidung“ zwischen den Vereinigten Staaten und Europa.

In einem kürzlich erschienenen Artikel in *Business Week* (2. August) wird beklagt, daß die Achse des Zweiten Kalten Krieges zwischen Paris und Washington auseinanderbricht:

„Vor einem Jahr hat der französische Präsident François Mitterrand trotz seines Bekenntnisses zum Sozialismus ausgesehen wie der festeste außenpolitische Verbündete, den die Reagan-Administration auf dem Kontinent hat. Mitterrand hatte der Reagan-Administration signalisiert, daß er hart mit den Russen umspringen würde. Aber das Desaster beim Wirtschaftsgipfel in Versailles im Juni und die nachfolgenden Ereignisse haben das Bild völlig verändert und ernsthaft Meinungsverschiedenheiten über die Ost-West-Handelspolitik, die von Reagans Ultras als Prüfstein der Bündnistreue angesehen wird, sind zutage getreten.“

Antikommunistische ideologische Einheit unter kapitalistischen Staaten – schön und gut, aber nicht auf Kosten vitaler nationaler wirtschaftlicher Interessen. (Selbst Begins Israel liefert einige Pumpen für die sibirische Erdgasleitung!) Dies gilt natürlich für Reagan genauso wie für seine europäischen imperialistischen Rivalen. Reagan verärgerte die europäischen Bourgeoisien, indem er einen Monat, nachdem er ihnen befohlen hatte, ihr Erdgasröhren-Geschäft aufzukündigen, erklärte, die USA würden ihr Multimillionen-Dollar-Handelsabkommen über Getreide mit der Sowjetunion verlängern. Im Innersten seines Herzens würde Reagan der Sowjetunion liebend gern den Weizenhahn abdrehen, sie am liebsten aushungern, wenn er könnte. Aber Reagan operiert im Rahmen des bürgerlichen Parlamentarismus, und die Republikaner brauchen im November dringend die Stimmen der Farmer. Auch die Farmer leiden unter dieser äußerst ungewöhnlichen Rezession, in der Rekordzinsen mit fallenden Agrarpreisen einhergehen.

Reagan wurde vor zwei Jahren mit dem Versprechen zum Präsident gewählt, die militärische „Überlegenheit“ (atomare Erstschlagskapazität) über die Sowjetunion wiederherzustellen und gleichzeitig für jedermann die Steuern um ein Drittel zu senken. Dies sollte das Wirtschaftswunder der „Angebotsseite“ sein, das auf der irrsinnigen Theorie einer Clique von rechten Ökonomen beruht. Man müßte nur die Steuern stark genug kürzen, so haben sie prophezeit, dann würde dies solch ein enormes Anwachsen an Arbeitswilligkeit und Kapitalinvestitionen stimulieren, daß das Nationaleinkommen genügend ansteige, um die alten Steuereinnahmen wiederherzustellen oder gar darüber hinauszukommen.

Um die inflationären Wirkungen des riesigen Defizits des Staatshaushaltes im Zaum zu halten, wurden Geldangebot und Kredit äußerst knapp gehalten. Das vorhersehbar Ergebnis war, daß die realen Zinsraten (nach Abzug der Inflationsrate) in die Höhe geschossen sind. In der Vergangenheit waren

die realen Zinsen in den USA immer in der Gegend von zwei bis drei Prozent gewesen; unter Reagan liegen sie bei acht bis zehn Prozent. Die Auswirkungen waren eine massive Umleitung von Geldkapital aus Industrieinvestitionen, Hypothekendarlehen und Autokrediten ins Budget des Pentagon. Trotz des Rüstungsbooms wird geschätzt, daß die Industrieinvestitionen in diesem Jahr um fünf Prozent fallen werden. Im Juli lagen die neuen Aufträge für Werkzeugmaschinen – der Kern jedes wirtschaftlichen Aufbauprogramms – *beinahe 50 Prozent* unter denen des Vorjahres.

Reagans unorthodoxe Methoden, seine Vorbereitungen für einen dritten Weltkrieg zu finanzieren, haben nicht nur die amerikanische Wirtschaft geschwächt, sondern gleichzeitig ungebundenes Kapital von den Weltfinanzmärkten angezogen. Warum auch sollten die OPEC-Scheichs ihre Guthaben in London, Paris oder Frankfurt halten, wenn die Rendite in New York um so viel höher liegt? „Reaganomics“ hat dadurch für die westeuropäischen Regierungen ein quälendes Dilemma hervorgerufen. Wenn sie die Zinsen nicht mehr oder weniger auf New Yorker Niveau anheben, dann werden sie unter einer massiven Kapitalflucht leiden,



enorme Zahlungsbilanzdefizite und eine schnell an Wert verlierende Währung haben, was die eigene Inflation anfacht. Wenn sie die Zinsraten ausreichend anheben, dann setzen sie jeder Erholung bei den Kapitalanlagen ein Ende.

Wenige Monate nachdem Reagan zum Präsident gewählt worden war, beklagte Helmut Schmidt „die höchsten Zinssätze in Deutschland seit Christi Geburt, soweit es die realen Zinssätze betrifft“. Der einseitige Zinskrieg beherrschte weitgehend den Wirtschaftsgipfel vom Juli 1981 in Ottawa, Kanada, wo Reagan die Regierenden Europas praktisch aufforderte, den Mund zu halten und sich mit der Sache abzufinden. Je tiefer Westeuropa in die Depression schlitterte, desto schriller wurden die Klagen über die internationalen Auswirkungen von Reagans Wirtschaftspolitik. Anfang des Jahres bezeichnete der französische Finanzminister Jacques Delors die hohen US-Zinsen als „das Haupthindernis“ für die wirtschaftliche Erholung Europas und stellte die rhetorische Frage: „Wie können wir unser Bündnis mit den Vereinigten Staaten verteidigen, wenn Kritiker sagen, daß die amerikanische Politik uns in den Bankrott treibt?“ (*New York Times*, 13. Februar)

Während das US-Schatzamt Geldkapital aus Europa anzog, machten sich amerikanische Industriekapitäne daran, die europäischen Exporte außen vor zu halten. Im letzten Januar erklärte Pittsburgh wieder einmal der Ruhr, Lorraine und Südwales den Krieg. U.S. Steel erhob zusammen mit unbedeutenderen Kumpanen beim Handelsministerium eine Klage, in der sie der EG vorwerfen, die Stahlproduktion zu subventionieren und zu Dumpingpreisen auf den amerikanischen Markt zu bringen. Nachdem die Bemühungen um eine Verhandlungslösung fehlgeschlagen waren, kündigte das Handelsministerium im Juni harte Strafzölle – bis zu 40 Prozent – auf Stahlimporte aus EG-Ländern an. Der Finanzkorrespondent Clyde

Farnsworth kommentierte in der *New York Times* (12. Juni):

„Die Strafe würde die schwerwiegendste Handelsrestriktion bedeuten, die die Vereinigten Staaten in den letzten Jahren verhängt haben. Die Europäer erklärten, daß ein Großteil ihres Stahls wegen der hohen Preise dann keine Chance auf dem amerikanischen Markt hätte, und sie drohten Vergeltung gegen die amerikanischen Exporte an.“

Eine Woche nach diesem Tiefschlag für die darniederliegende europäische Stahlindustrie schlug die Reagan-Administration erneut mit den Pipeline-Sanktionen zu. Da ist es kein Wunder, daß die europäische Bourgeoisie seitdem vor Wut aufheult.

Aus für die „François-und-mon-chère-Ron-Show“

Wenn auch die Politik der kalifornischen Gaullisten alle Volkswirtschaften Westeuropas getroffen hat, so ist doch keine so verundbar wie Mitterrands Frankreich. Zu einer Zeit, als andere kapitalistische Regierungen die Tugend der Austerität priesen, kam die französische Volksfront im Frühjahr

gan Dollars auf die salvadorianische Junta regnen läßt, so mag er sich gedacht haben, warum nicht auch auf Frankreich, ein erheblich wichtigerer Verbündeter.

Und Mitterrand *brauchte* Reagans Hilfe für sein wirtschaftliches Hasardspiel. Reagan hat die Präsidentschaft der USA mit dem Versprechen eines „Angebots“-Wirtschaftswunders gewonnen; Mitterrand hat die französische Präsidentschaft gewonnen mit dem Versprechen eines keynesianisch/sozialdemokratischen Wirtschaftswunders. Wenn er gewählt werden würde, so versprach er der französischen Arbeiterklasse, würde er 200 000 neue Stellen im öffentlichen Dienst schaffen, die wöchentliche Arbeitszeit von 40 auf 35 Stunden senken, Renten und Kindergeld um 50 Prozent anheben, den Mindestlohn um 25 Prozent anheben und eine weitere fünfte Woche Sommerferien einführen. Dazu kam noch ein ehrgeiziges Nationalisierungsprogramm mit großzügigen Entschädigungen und ein umfangreiches Aufrüstungsprogramm.

Wo zum Teufel sollten all die Milliarden Francs herkommen, um das zu bezahlen? Aus der Druckerpresse, sagte das schlaue Geld. Am Tag nach Mitterrands unerwartetem Wahlsieg im Mai 1981 sackten sowohl die Kurse an der Pariser Börse als auch der Franc ab. Innerhalb von zwei Wochen nach der Wahl verlor Frankreich sieben Milliarden von seinen 27 Milliarden Dollar an Devisenreserven. Der Run auf den Franc wurde für eine Weile nur dadurch aufgehalten, daß die Zinsen auf ein noch höheres Niveau als in Reagans Amerika heraufgetrieben wurden. Dies hat zweifellos jeder Hoffnung auf eine Wiederbelebung der Kapitalinvestitionen einen Riegel vorgeschoben. Tatsächlich ist seit Mitterrands Wahl das französische Kapital im Bummelstreik. Außerhalb des nationalisierten Sektors sind die Industrieinvestitionen im letzten Jahr um zehn Prozent gefallen, und dieses Jahr erwartet man noch Schlimmeres.

Mit einer französischen Inflationsrate, die doppelt so hoch ist wie bei seinem Haupthandelspartner Westdeutschland, war die Abwertung des Franc unvermeidlich. Das Unvermeidliche trat zum ersten Mal im Oktober 1981 ein, als der Franc um zehn Prozent gegen die DM abgewertet wurde. Um den Inflationsdruck zu vermindern (zum Teil durch die Abwertung selbst gesteigert), hat die Mitterrand-Regierung Lohn- und Preiskontrollen wiedereingeführt, die von der konservativen Giscard/Barre-Regierung drei Jahre zuvor aufgehoben worden waren. Dies hat eine Streikwelle hauptsächlich in den nationalisierten Industrien provoziert und bedeutete den Anfang der Desillusionierung der Arbeiterklasse über die neue Volksfrontregierung (siehe „Strikes End, Socialist' Honey-moon in France“, *Workers Vanguard* Nr. 293, 20. November 1981).

Trotz dieser Versuche, die Löhne niedrig zu halten, galt auch für Mitterrands Regime die Unmöglichkeit von „Keynesianismus in einem Land“, wie es der schnoddrige *Econo-*

Fortgesetzt auf Seite 10



Kohl und Mitterrand: Antisowjetische Imperialisten ... aber bitte mit Pipeline!



Pipeline...

Fortsetzung von Seite 9

mist genannt hat. Man erwartet, daß das französische Haushaltsdefizit das höchste in der französischen Nachkriegsgeschichte werden wird. Um dieses enorme Defizit zu finanzieren, hat das Mitterrand-Regime die Druckerpresse laufen lassen zu einer Zeit, als die Inflation im Rest der entwickelten kapitalistischen Welt gedämpft worden ist durch die Wirkung des verknappten Geldes, Kürzungen bei Sozialprogrammen und einer immer größer werdenden Reservearmee von Arbeitslosen. Mit einem immer noch beträchtlich überbewerteten Franc konnten die französischen Exporteure auf den Weltmärkten nicht mit Gewinn verkaufen. Renault und Peugeot zum Beispiel mußten ihre Wagen in Westdeutschland zum Selbstkostenpreis ver-

Aufgabe hätte, den schwächlichen Franc wieder aufzupäppeln.

Keinesfalls, so sagte Wall Street, würde es die französischen Sozialdemokraten subventionieren, egal wie laut sie auch die sowjetischen SS-20-Raketen denunzieren oder sich für die konterrevolutionäre polnische Solidarność stark machen. Das *Wall Street Journal* (9. Juni) bemerkte dazu in schneidendem Ton:

„Es sieht so aus, als ob die Franzosen so ausgelassen auf den internationalen Währungsmärkten interveniert haben, daß ihnen nun das Geld ausgeht. Wie angenehm wäre es für sie, wenn die Herren Reagan und Volcker dazu gebracht werden könnten, die Aufgabe zu übernehmen, gute Dollars auszugeben, um überschüssige Francs wegzukriegen.“

... Das würde im Ergebnis darauf hinauslaufen, den Dollar an die Ausgabepläne

tektionismus. Jetzt, wo der reformistische Anspruch der Volksfrontregierung völlig explodiert ist, und sie nach Austerität und nichts als Austerität ruft, werden wahrscheinlich die Appelle an den französischen Chauvinismus noch durchdringender werden. Das ist alles, was den Reformisten noch bleibt. Die Sozialdemokraten und Stalinisten werden zweifellos alle Übel der französischen Wirtschaftslage auf die „Multis“ und die Wall Street schieben und versuchen, die anwachsende proletarische Wut auf die deutschen, amerikanischen und japanischen Rivalen des französischen Imperialismus umzulenken.

Depression, Handelskrieg, imperialistischer Krieg

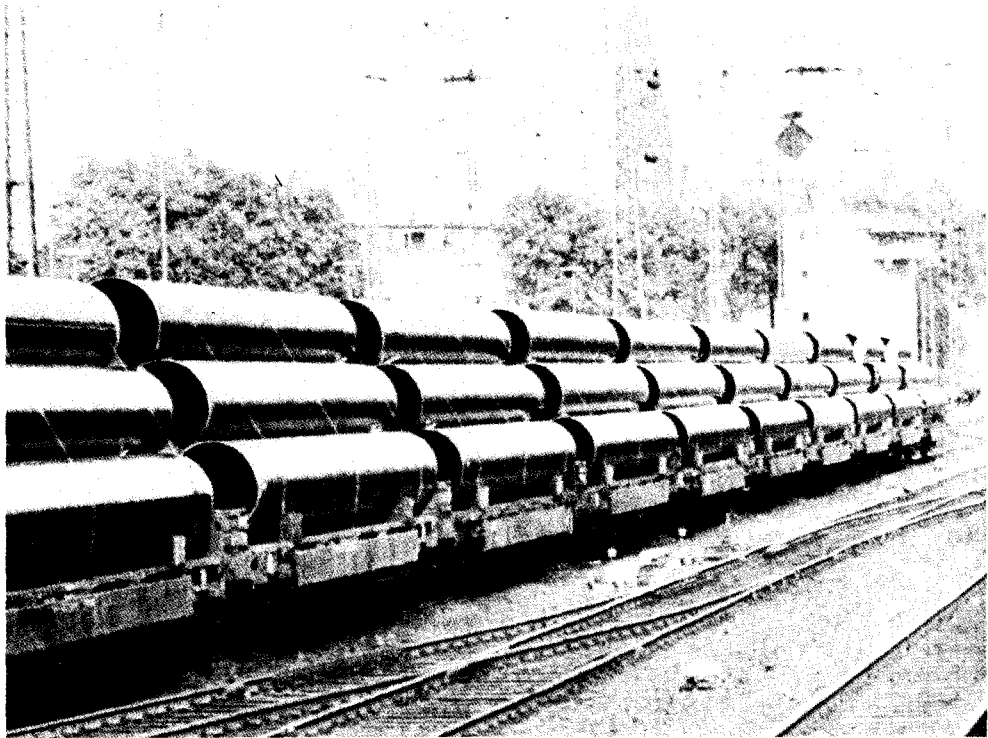
Die cleveren Tories des Londoner *Economist* haben bemerkt, daß das „Fiasko wegen der Erdgasleitung aus Sibirien... die Geister von sowohl Groucho als auch Karl Marx amüsieren müßte“. Sicherlich hat das Pipeline-Theater alle Elemente einer erstklassigen politischen Farce. Und als Kommunisten sind wir besonders befriedigt, daß der imperialistische Kriegstreiber Nummer Eins, Ronald Reagan, einen beträchtlichen Geistesverlust erlitten hat.

Aber der Pipeline-Streit sollte nicht einfach als Gegenstand höhnischen Spotts abgetan werden. Die Ursache für den Streit liegt im Zusammentreffen der beiden Haupttriebkraft für einen dritten Weltkrieg: der Appetit des Imperialismus – offen und lautstark von Reagan verkündet – die Sowjetunion zu zerschlagen, die trotz stalinistischer Degeneration immer noch die sozialen Errungenschaften der Oktoberrevolution verkörpert und die Vertiefung der innerimperialistischen wirtschaftlichen Konflikte.

langfristige und zunehmende Unproduktivität. Das Gezeter der Demokratischen Partei der USA gegen die „Reaganomics“ soll die Leichtgläubigen vergessen lassen, was Carters Ergebnis mit zweistelliger Inflation und Austeritätspolitik gewesen ist. Unter den Demokraten ist die Neuaufgabe des Kalten Krieges begonnen worden, was den Weg bereitet hat für Reagans ideologisch weiterausgehenden Stil. Alle Flügel der Bourgeoisie stehen hinter der antisowjetischen Aufrüstung, was notwendigerweise ein milliardenschwerer Aderlaß für die schrumpfende kapitalistische Wirtschaft ist.

Und die wirtschaftliche Krisenlage verstärkt die ganze destruktive Irrationalität der kapitalistischen Ordnung. Es ist kein Zufall, daß ein fanatischer Kriegstreiber wie Reagan Präsident der USA geworden ist zu einem Zeitpunkt, wo die herrschende Klasse der USA sich sehr wohl darüber bewußt ist, daß sie ihre frühere wirtschaftliche und militärische Überlegenheit verloren hat. Als wahrer Reaktionär träumt Reagan davon, das kurzlebige „Amerikanische Jahrhundert“ aus den fünfziger Jahren wiederaufleben zu lassen. Dieses „Amerikanische Jahrhundert“ hatte Amerika durch den Sieg im Weltkrieg über seine beiden wichtigsten imperialistischen Rivalen erreicht – Deutschland und Japan. Und wieder einmal finden wir nun den amerikanischen Imperialismus im Ringen mit dem von Deutschland dominierten Europa und dem wiederaufsteigenden und wieder aufrüstenden Japan.

Es ist besonders angebracht, darauf hinzuweisen, daß gerade Japan durch ein Jahrzehnt von Handelsprotektionismus und anti-japanischen Wirtschaftssanktionen in den Zweiten Weltkrieg getrieben wurde. Mit Beginn der Großen Depression wurden



Profitabler Osthandel der deutschen Bourgeoisie zur Unterminierung ...

kaufen, sonst wären sie sie überhaupt nicht los geworden. Um das größer werdende Handelsbilanzdefizit auszugleichen, hat sich Frankreich auf den internationalen Finanzmärkten hoch verschuldet. Allein in den ersten sieben Monaten dieses Jahres hat Frankreich seine Auslandsschulden um ein Drittel erhöht. Mitterrands Frankreich war auf dem Weg, das Polen oder Mexiko von Westeuropa zu werden.

Um aus dieser finanziellen Zwangslage herauszukommen hat Mitterrand, dem man Chuzpe nicht absprechen kann, andere Regierungen, vor allem Reagans Amerika, dazu zu bringen versucht, Frankreich im Namen einer „neuen Weltwirtschaftsordnung“ zu subventionieren. Als Gastgeber des Versailler Gipfeltreffens im Juni hat er eine Reihe von grandiosen Plänen vorgeschlagen, um den Weltkapitalismus zu restrukturieren. All diesen Plänen war eine Tatsache gemeinsam: Sie würden das Geld anderer Leute, hauptsächlich in Form von Dollars und DM, in die Tresore der Banque de France schleusen. Die Franzosen haben sich insbesondere für eine internationale Währungsstabilisierung stark gemacht, ein Plan, demzufolge die amerikanische Notenbank die hoffnungslose

der sozialistischen Regierung von Frankreich zu koppeln, und glücklicherweise gelang es Reagans Team aus Versailles wieder raus zu kommen, ohne mehr als ein Versprechen abzugeben, die ganze Idee der Währungsintervention unter die Lupe zu nehmen.“

Eine Woche, nachdem Reagan ihnen in Versailles einen Dämpfer verpaßt hatte, werteten die Franzosen den Franc noch einmal ab. Was noch bedeutender war, die Regierung Mitterrand verhängte für vier Monate einen Lohnstopp für alle französischen Arbeiter. Nicht einmal der hochmütige bürgerliche Giscard hatte es gewagt, einen totalen Lohnstopp als „Antiinflation“maßnahme einzuführen. Der Wirtschaftskorrespondent des rechten *Figaro* schrieb in einem Wirhaben-es-euch-ja-gleich-gesagt-Tonfall:

„Die französische Regierung – nach ihrer zweiten Abwertung innerhalb von neun Monaten plötzlich auf die harten Realitäten der Welt aufmerksam geworden – dreht das Ruder in der Wirtschaftspolitik völlig herum. Der Kampf gegen die Inflation wird wieder, wie unter dem ehemaligen konservativen Ministerpräsidenten Raymond Barre, die Priorität Nummer Eins.“ (*Wall Street Journal*, 30. Juni)

Seit Juni sind die wirtschaftlichen Verlautbarungen des Mitterrand-Regimes praktisch nicht zu unterscheiden von denen Reagans oder Thatchers. Die Sprache der Solidarität ist ersetzt worden durch rigorose Härte. Die Sozialabgaben der Arbeiter sind zum Beispiel angehoben worden, während die Leistungen gekürzt worden sind. Ein Funktionär der Kommunistischen Partei gestand einem befreundeten britischen Journalisten: „Erst jetzt habe ich es in meinen dicken Schädel gekriegt: Wir haben uns wieder einmal eine Regierung der Rechten eingehandelt“ (*Manchester Guardian Weekly*, 25. Juni). Diese „Erkenntnis“ hat die stalinistischen Minister nicht daran gehindert, loyal in Mitterrands „Regierung der Rechten“ ihren Dienst zu tun.

Von Beginn an ist das Mitterrand-Regime – hierbei von den Stalinisten enthusiastisch unterstützt – wirtschaftspolitisch hochgradig nationalistisch gewesen. Die Hauptparole, um die Nationalisierungen durchzubringen, war die „Wiedereroberung des heimischen Marktes“, mit anderen Worten Handelspro-



... und Zerschlagung der Oktobererrungenschaften im Sowjetblock

Mehr und mehr ähnelt die kapitalistische Welt der achtziger Jahre der dreißiger Jahre. Nicht nur, daß es 30 Millionen Arbeitslose in Westeuropa und Nordamerika gibt. Nicht nur, daß Firmen, deren Namen seit Jahrzehnten in jedem Haushalt bekannt gewesen sind – Chrysler, International Harvester, AEG-Telefunken – am Rand des Bankrotts stehen oder davor nur durch Regierungsbürgschaften gerettet werden können. Nicht nur, daß jede Woche eine Finanzkrise auf die andere folgt, wie im Falle Mexikos, Argentiniens oder irgendeines anderen Landes, das seine Schulden in Milliardenhöhe nicht zurückzahlen kann. Es geht darum, daß die bürgerlichen und reformistischen Parteien keinen glaubwürdigen Ausweg aus der wirtschaftlichen Dauerkrise anzubieten haben. Sie bieten nur noch mehr Austerität an. Der spektakuläre Fehlschlag von Reagans „Angebots“-Wirtschaftstheorie und Mitterrands Neo-Keynesianismus demonstrieren jede auf ihre Art die Unfähigkeit bürgerlicher Regierungen angesichts der Anarchie des kapitalistischen Weltsystems.

Einflußreiche Teile der amerikanischen Bourgeoisie haben genug von Reagans irrigen wirtschaftspolitischen Vorstellungen und dem politischen Hasardspiel von Rechtgläubigen. Aber kein Teil der herrschenden Klasse kann einen Ausweg aus dem zugrundeliegenden Problem finden: der Niedergang des Kapitalismus und seine

überall Zollschränken errichtet gegen die japanische „Handelsgefahr“, so nannte man es damals. Der meiste Schaden wurde Japan durch Handelsprotektionismus in den asiatischen Kolonien der anderen imperialistischen Mächte (z. B. Britisch-Indien, Französisch-Indochina) zugefügt. Japan wurde so dazu getrieben, sich seine eigene asiatische „Wohlfstandssphäre“ zu schaffen.

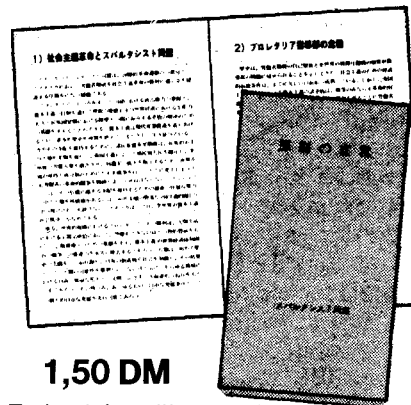
Um den japanischen Expansionismus zu durchkreuzen, haben der amerikanische und britische Imperialismus zunächst zum Wirtschaftskrieg gegriffen. Im Juli 1941 (fünf Monate vor Pearl Harbor) haben die USA, die Briten und Holländer ein Embargo über Japans Ölversorgung verhängt, ohne die es nicht überleben konnte. Der bedeutende britische Militärhistoriker B. H. Lidell Hart hat geschrieben:

„Obwohl Japan sich bis dahin aus dem Krieg herausgehalten hatte, mußte es durch die Maßnahmen, die Roosevelt und Churchill im Juli zur Abschneidung seiner ökonomischen Ressourcen getroffen hatten, dazu getrieben werden, mit der einzigen Möglichkeit für es zurückzuschlagen – mit Waffengewalt.“ (*History of the Second World War*, 1970)

Jetzt, wo die kapitalistische Welt wieder in eine Depression gerät, hören wir in Westeuropa und den USA wieder die Klagen über die japanische „Handelsgefahr“. Als eine japanische Handelsdelegation im letzten Juli

Grundsatzklärung der Spartacist League

Jetzt auf japanisch erhältlich



1,50 DM

Zu beziehen über:

Spartacist Publishing Co.
Box 1377, GPO
New York, NY 10116, USA

die Länder der Europäischen Gemeinschaft besuchte, war sie schockiert von dem plötzlichen Anwachsen antijapanischer Gefühle. Der französische Handelsminister Michel Jobert (ein lautstarker Altgaullist) erzählte ihr ganz offen, „es gibt nichts, was wir wirklich brauchen“, daß man es aus Japan importieren müßte.

Die antijapanische Stimmung ist jedoch in Europa nicht annähernd so stark wie in den USA. Es liegt dem Kongreß jetzt ein Gesetz vor, demzufolge 90 Prozent der Einzelteile der japanischen Autos, die in den USA verkauft werden, auch dort hergestellt sein müssen. Und die Vorreiter im antijapanischen Handelskrieg sind die gleichen Gewerkschaftsbürokraten, hauptsächlich die Fräserbande in der Autoarbeitergewerkschaft, die auch die Lohnraubkampagne anführen und ebenfalls entschiedene Verfechter des antisowjetischen Kriegskurs sind. Es sind die liberalen Demokraten, die sogenannten „Gewerkschaftsfreunde“, die am lautesten dabei sind, den Chauvinismus der „Gelben Gefahr“ zu schüren. Bei einem Treffen zur Vorbereitung der Kongreßwahlen, das unter Ausschluß der Öffentlichkeit getagt hat, soll der Demokrat John Dingell aus Michigan die Japaner „die kleinen gelben Leute“ genannt haben. Der demokratische Fraktionsführer im Kongreß Tip O'Neill ruft zu einem *vollständigen Verbot* von japanischen Autoimporten auf und brüstete sich bei einer Rede in Detroit im letzten März, „wenn ich Präsident wäre ... dann würde ich die Japaner erledigen, wie sie noch nie erledigt worden sind.“ Wenn man bedenkt, daß sein demokratischer Parteifreund Harry Truman zwei Atombomben auf die Japaner geworfen hat, so ist das eine höllische Drohung.

Nicht gerade verwunderlich, daß der Führer von Japans herrschender bürgerlichen Liberaldemokratischen Partei, Susumu Nakaido, jüngst einem US-Unterhändler in Handelsfragen erklärte: „Die Meinungen, die in den USA über Japan ausgedrückt werden, sind japanfeindlich. Sie erinnern uns an die Vorkriegszeit“ (*Los Angeles Times*, 19. März). Vielleicht wollte Nakaido Japans Aufrüstungsprogramm rechtfertigen. Das herkömmliche Bild von Japan als einem wirtschaftlichen Riesen aber einem militärischen Zwerg stimmt nicht mehr. Das japanische Militärbudget ist das sechstgrößte auf der Welt und wächst schneller als das von irgendeinem westeuropäischen Land. Die japanischen Herrscher wissen besser als die meisten anderen, daß Handelskriege sehr leicht zu Weltkriegen von erheblich zerstörerischer Art eskalieren können.

Der Ausbruch des ersten imperialistischen Weltkrieges im Jahre 1914 signalisierte, daß die Produktivkräfte über die kapitalistischen Eigentumsformen und das Nationalstaatsystem hinausgewachsen waren, und deshalb die internationalistische sozialistische Umwandlung der Gesellschaft nötig gemacht haben als einzige Alternative zur Zerstörung. Während die kriegführenden europäischen „Vaterländer“ eine Generation der Jugend auf die Schlachtbank führten, hat der große russische Revolutionär Leo Trotzki die Forderung nach den Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa erhoben. Wie gültig dieses Programm immer noch ist, zeigt sich zum Beispiel in der offensichtlichen Notwendigkeit der sibirischen Erdgasleitung, selbst angesichts kapitalistischer Irrationalität und stalinistischem Mismatch. Man stelle sich die Möglichkeiten vor, die durch eine geplante, integrierte Wirtschaft eröffnet würden, die die Arbeitskräfte, das technische Wissen und die natürlichen Rohstoffquellen von der sibirischen Tundra bis zur iberischen Halbinsel vollständig und rational nutzbar machen könnte.

Die russische bolschewistische Revolution von 1917 war der erste Schritt in Richtung einer sozialistischen Weltordnung. Aber die mißlungene Ausweitung der Revolution, hauptsächlich auf Europa, führte in den zwanziger Jahren zur stalinistischen Degeneration der Sowjetunion, zum Sieg des Faschismus in Deutschland und zum zweiten imperialistischen Weltkrieg. Jetzt, wo die Vorbereitungen für einen atomaren dritten Weltkrieg in vollem Gange sind, bleibt nur noch wenig Zeit, um das historische Problem zu lösen, vor dem die Menschheit steht: Sozialismus oder Barbarei.

Übersetzt aus Workers Vanguard
Nr. 314, 1. Oktober 1982

Reagan, Begin & Hitler

Fortsetzung von Seite 16

Sprache des Pentagon in Reagans Jargon übersetzt, heißt das, die Psychopathen in Washington haben vor, die „Iwans“ zu bombardieren bis sie vor Uncle Sam kapitulieren.

Die Sowjetunion, das Land der Oktoberrevolution, ist in Gefahr. Dies sind nicht nur Kriegsdrohungen, das sind *Pläne* für den Atomkrieg. Als der sowjetische Außenminister Gromyko kürzlich vor der UNO sprach, verlas er eine Erklärung des KP-Chefs Leonid Breschnjew, in der er sich formell verpflichtet, „keinen Ersteinsatz“ von Atomwaffen durchzuführen. Die Antwort der USA kam mit der *New York Times* vom 17. Juni. Auf Seite A8 bezichtigt ein Sprecher des Außenministeriums Breschnjew der Lüge und des Betrugs (seine Verpflichtung sei „nicht nachprüfbar“ und „nicht erzwingbar“), und der amerikanische NATO-Kommandeur General Rogers sagt, daß er definitiv vorhat, als erster Atomwaffen in einem Konflikt mit dem Warschauer Pakt einzusetzen. Auf Seite B17 verdammte währenddessen ein Beamter des Nationalen Sicherheitsrats in einer Rede, die Reagan persönlich gebilligt hat, nicht nur die Entspannungspolitik, sondern auch Trumans Kalte-Kriegs-Politik der Eindämmung und sagte: „Stolz den Sieg davonzutragen, ist der grundsätzlich neue Bestandteil der amerikanischen Sicherheitspolitik.“

Die antisowjetische Offensive von Reagan & Co. eskaliert weiterhin. In Einklang mit der Politik, die Russen durch ein verschärftes Wettrüsten und Handelssanktionen in den Bankrott zu treiben, hat Washington am Freitag, den 18. Juni amerikanischen Firmen (und ihren Tochterunternehmen) jede Beteiligung an sowjetisch-westeuropäischen Erdgas-Röhren-Projekt verboten. Am Samstag verurteilte General Haig die UdSSR wegen einer „noch nie dagewesenen“ Serie von Tests strategischer Waffen (aber er hat noch nicht einmal behauptet, sie hätten auch nur irgendein Waffenkontrollabkommen gebrochen). Und zwei Tage später, als immer mehr über das Strategiedokument des Verteidigungsministeriums „durchsickerte“, kam noch mehr über die Erstschlagspläne des Pentagon gegen die Sowjetunion ans Licht. Es stehen nicht nur alle Kremelführer auf der atomaren Abschußliste („Angriffe auf die politische und militärische Führung und damit zusammenhängende Kontrollrichtungen“), sondern jeder Versuch der Russen, sich *nach* der atomaren Vernichtung wieder zu erholen, soll im Keim erstickt werden („Ziele sind die restlichen Ressourcen des Feindes für seinen Wiederaufbau“). Die Sowjets sollen ausstrahlt werden und ausstrahlt bleiben.

Begin, Reagan und Hitler: Für alle von ihnen ist das Ende ihrer Klassenherrschaft das gleiche wie das Ende des Universums. Und das macht sie äußerst gefährlich. Es versetzt einen in Wut, die kalkulierte Höflichkeit von Breschnjew & Co. angesichts der endlosen, erniedrigenden amerikanischen Beleidigungen und Entgegnungen mitanzusehen zu müssen.

Man würde erwarten, daß General Haig, einst Kommandant von West Point, zu einem Kadetten im ersten Jahrgang höflicher ist als er sich gegenüber den Russen benimmt. Jede revolutionäre Führung der Sowjetunion mit Selbstachtung würde ankündigen: Natürlich gilt für uns „kein Erstschlag“, aber wenn ihr verrückten Massenmörder so weiter macht und eine Rakete losläßt, *dann laßt euch von uns erzählen, wie unser zweiter Schlag aussehen würde.* Nun sind unsere Raketen vielleicht nicht so genau wie eure (obwohl ihr bisher noch nie eine über den Nordpol fliegen lassen), und vielleicht werden wir die City von Detroit mit ihrer schwarzen Arbeiterbevölkerung nicht treffen. Aber wir werden die Metropolen treffen und Grosse Point und Scarsdale und all die anderen Gegenden ausradieren, wo die amerikanische Bourgeoisie lebt!

Was ist die notwendige Antwort auf die verrückten amerikanischen Provokationen? Zuerst ein Übereinkommen mit den Chinesen treffen, besonders weil sie nun wegen Taiwan über Reagan verärgert sind. Korrigierung der Verträge aus dem 17. Jahrhundert (und später) zwischen den Zaren und den Mandschu-Kaisern. Eine großzügige Geste mit der ausgesprochenen Absicht: „Nun, es sieht so aus, als ob uns die USA auf den Pelz rücken, und wir wollen wirklich nicht, daß ihr uns in den Rücken fällt. Und wenn wir schon mal dabei sind, hört auf, die Vietnamesen unter Druck zu setzen, damit die endlich mit dem Schlamassel in Kambodscha aufräumen können. Ihr habt also eine Beschwerde; ob sie berechtigt ist oder nicht, spielt für uns im Augenblick keine Rolle. Sagt uns einfach, was ihr haben wollt, und wir werden es euch geben, soweit es sich machen läßt.“ Das würden vernünftige Verteidiger der Sowjetinteressen tun, ganz zu schweigen von proletarischen Internationalisten. Aber jede einzelne von diesen stalinistischen Bürokratien ist durch und durch nationalistisch und weigert sich, auch nur einen Zoll des geheiligten Vaterlandes aufzugeben.

Als nächstes in Afghanistan aufräumen. Vor kurzem haben Streitkräfte der Kabuler Regierung und sowjetische Truppen vom CIA unterstützte islamische Rebellen aus strategischen Positionen in der Nähe der Hauptstadt vertrieben. Feindselige westliche Reporter schreiben den Sieg den „Volksmilitären“ zu und behaupten natürlich, diese seien von den Russen bestochen worden. Sicher, mit Nahrungsmitteln, Erziehung, Gesundheitsversorgung, Mädchen mit Lippenstift statt mit dem Schleier. Aber statt vor den reaktionären Mullahs zu kapitulieren, indem sie die Landreform und Alphabetisierungskampagnen begrenzen, sollten sie in gewaltigem Ausmaß Geld in das Land pumpen: Das Land dem, der es bebaut, und billige Kredite, Gesundheitsprogramme usw. Aber das bedeutet eine *soziale Revolution*, einen riesigen Sprung aus der feudalen Rückständigkeit zur Diktatur des Proletariats auf dem Rücken der sowjetischen Roten Armee. Aber das kann

man nicht mit der Krempolitik der Entspannung und der Revolution in „Etappen“ in Übereinstimmung bringen. Reformismus außerhalb der Grenzen, durch die Beschwichtigung der Kräfte der Reaktion, unterminiert die Verteidigung der Sowjetunion.

Und die wahren Fakten über die Situation müssen dem russischen Volk mitgeteilt werden. Unser Land ist wieder einmal vom Krieg bedroht; die Situation wahrscheinlich noch viel schlimmer, als sie es war, als die deutschen Panzerkolonnen 20 Kilometer vor den Stadtgrenzen Moskaus gestanden haben. Große Opfer werden erforderlich sein. Das muß den Polen klargemacht werden, die durch die Rote Armee vom Nazi-Joch befreit wurden, die sich einer gewaltigen Unterstützung auf Kosten der russischen arbeitenden Bevölkerung erfreuen. (Nebenbei, von polnischen Solidarność-Führern im Exil hört man jetzt eine Verdammung der westeuropäischen „Friedens“bewegung. Sie fordern, daß amerikanische Pershings und Cruise Missiles auf den Sowjetblock gerichtet sein sollten. Da einige hiervon auf Warschau, Gdansk und Krakow fallen werden, bedeutet dies den Aufruf zum Völkermord am polnischen Volk im Namen des antikommunistischen polnischen Nationalismus.)

Aber all dies erfordert ein hohes Maß an Arbeiterdemokratie, die Härte und Großzügigkeit bei der Verteidigung der fundamentalen Errungenschaften der Oktoberrevolution verbindet. Und das kann nicht erreicht werden ohne eine politische Revolution der Arbeiter zum Sturz der stalinistischen Bürokraten, deren einziger Traum es ist, ein Auskommen mit dem imperialistischen Westen zu suchen – man kann das auch „friedliche Koexistenz“ oder „Entspannung“ nennen. Eine glaubwürdige proletarische internationalistische Politik der Mobilisierung der sowjetischen arbeitenden Bevölkerung für größere Opfer und Hingabe kann nur durch eine Führung erreicht werden, die völlig der Förderung der revolutionären Sache verpflichtet ist.

Was notwendig ist, um das Land der Sowjets gegen den raubgierigen Imperialismus zu verteidigen, der versessen ist auf einen atomaren Schlagabtausch, ist vor allem die *Wiedergeburt des Leninismus*. Wie Leo Trotzki im „Manifest der Vierten Internationale über den imperialistischen Krieg und die proletarische Weltrevolution“ (Mai 1940) schrieb: „Die Vierte Internationale kann die Sowjetunion nur durch die Methoden des revolutionären Klassenkampfes verteidigen... Wir weisen kategorisch die Theorie des Sozialismus in einem Land zurück, jene Ausgeburt des ignoranten und reaktionären Stalinismus. Nur die Weltrevolution kann die Sowjetunion für den Sozialismus retten. Aber die Weltrevolution bringt die unentzerrbare Ausrottung der Kremloligarchie mit sich.“

Übersetzt aus Workers Vanguard,
Nr. 308, 25. Juni 1982

ABONNIERT JETZT!



Der **SPARTAKIST** ist nicht einfach eine herausragende marxistische Zeitung – er ist die **einzige** revolutionäre Presse in Westdeutschland.

Der **SPARTAKIST** interveniert mit einer **revolutionären** Perspektive im Kampf gegen den Krieg. Verteidigt die Sowjetunion! Zerschlagt die NATO durch Klassenkampf! Der Hauptfeind steht im eigenen Land! Wir treten ein für den Sturz der stalinistischen Bürokratien durch die politische Revolution des Proletariats im Osten, für die soziale Revolution zum Sturz der Bourgeoisie im Westen. **Für die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands!**

8 Ausgaben einschließlich **SPARTACIST** (deutsche Ausgabe)

NAME
ANSCHRIFT
DM 8,50
TELEFON

Einsenden an/überweisen auf: Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt 1
Postscheckkonto Ffm 119 88 – 601 (Verlag Avantgarde GmbH)

SPARTAKIST 4
HERAUSGEGEBEN VON DER TROTZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS

Holocaust...

Fortsetzung von Seite 16

anfangs erfolgreich, als Reagan der Juni-Invasion grünes Licht gab. Aber die USA stellten sich gegen die Besetzung Westbeiruts durch die Israelis, weil diese ihre Bemühungen, einen antisowjetischen „strategischen Konsens“ mit anderen arabischen Regimes in der Region zu festigen, unterhöhlte. Als die Israelis am 15. September in Westbeirut eindringen, besetzten sie auch die sowjetische Botschaft, eine ungeheuerliche Provokation gegen die UdSSR. Die fanatischen Verrückten, die heute Israel regieren, versuchen die Kluft, die sich zum US-Imperialismus aufgetan hat, dadurch zu überwinden, daß sie die Sowjetunion demütigen, selbst um den Preis, eine nukleare Entscheidungsschlacht zwischen den antisowjetischen Fanatikern im Weißen Haus und der UdSSR heraufzubeschwören.

Jetzt landen erneut Truppen der USA und ihrer imperialistischen Verbündeten im Libanon, um die „Neue Ordnung“ der Zionisten zu unterstützen, ein falangistisch-faschistisches Regime einzusetzen und den antisowjetischen Kriegskurs in der Region voranzutreiben. Für die Palästinenser bedeuten alle imperialistischen „Lösungen“ nur weitere Massaker. Von der Forderung Willy Brandts und der Zweiten Internationale nach „Abzug aller Truppen“ bis zur heutigen „Pax Americana“ in Gestalt der US-Marines sagen wir: Alle Imperialisten, Hände weg! Die imperialistischen kriegerischen Interventionen im Namen des „Friedens“ müssen entschieden bekämpft werden. US/UN-Truppen raus aus dem Nahen Osten!

„Wir haben nur Befehle gegeben“

Es ist eine grausige Ironie, daß die sich entwickelnde zionistische Politik nur noch in der Sprache der Nazibarbarei angemessen beschrieben werden kann: „Blitzkrieg“, die „Endlösung“, eine „Herrenrasse“ und „Säuberung“. Die israelische Gesellschaft muß von dem Vergleich mit Nazideutschland überwältigt worden sein, als sie die Behauptung der Regierung hörte, diese „hätte nicht gewußt“, was in Schatila und Sabra geschehen sei.

So wie die Frage der Verantwortung in Israel und in der imperialistischen Welt gestellt wird, erhalten die Kriegsverbrecher nur einen Persilschein ausgestellt. Es ist durchaus keine Frage von „Kenntnis“. Begin und Scharon haben die Massaker in den palästinensischen Lagern *geplant* und durchgeführt. Und *alle* zionistischen Führer, einschließlich der oppositionellen Arbeiterpartei, sind *direkt* für die Greuelthaten von Schatila und Sabra verantwortlich, genauso wie ihre imperialistischen Unterstützer.

Sowohl israelische als auch westliche Journalisten haben die anfänglichen Lügenge-

schichten gründlich hochgehen lassen, das israelische Militär „wußte nicht“, was vor sich gehe und hätte dann zum Schutz unschuldiger Zivilisten eingegriffen, sobald es dies herausgefunden hätte. Einfache israelische Soldaten meldeten das Gemetzel ihren Vorgesetzten, die sie anwiesen, die Sache zu „vergessen“. Und als ein israelischer Fernsehreporter Scharon am Rosch ha-Schanah (dem jüdischen Neujahrsfest, dieses Jahr am Samstag, den 18. September) anrief, um ihn über das Blutbad zu unterrichten, lautete die einzige Antwort des Verteidigungsministers: „Gutes Jahr“.

Die grundlegenden Tatsachen sind mittlerweile klar. Die israelische Armee besetzte das vorwiegend moslemische Westbeirut, umringte die Palästinenserlager und schaffte aus dem ganzen Libanon ihre Killer-Milizen herbei, um ihren Job zu erledigen. Die Israelis geleiteten sie in die Lager, sorgten für das Aufmarschgebiet, für Wegweiser, Essensausgabe und Kontrollpunkte und schossen auch noch Leuchtraketen ab, damit das Gemetzel bis in die Nacht weitergehen konnte. Als die sadistischen Killer müde wurden, gingen sie zu den israelischen Stellungen hinaus und lungerten dort unter den Klängen von Simon und Garfunkel-Songs mit den Israelis herum.

Die Schächter von Schatila und Sabra waren keine christlichen Milizangehörige, die außer Kontrolle gerieten und durchdrehten. Sie waren aus disziplinierten Einheiten zusammengesetzt, die der *direkten* Kontrolle der israelischen Befehlshaber unterstanden: Saad Haddads libanesischen Streitkräfte und die Damuri-Brigade. Trotz israelischer Bemühungen, diese Tatsache zu kaschieren, gibt es zahlreiche Augenzeugenberichte, daß Haddads Männer unter den Killern in den Palästinenserlagern sich hervortaten. Und um nach Westbeirut zu gelangen, mußten sie über 120 Kilometer von ihrer Basis im Südlibanon herbeigeschafft werden. Zu der Möglichkeit, eigenmächtig zu handeln, erklärte Haddad selbst: „Jeder Schritt, den wir tun, muß mit der IDF (Israel Defense Force: Israelische Verteidigungstreitmacht) abgestimmt werden.“ (*Times*, London, 23. September) Und das gilt auch für diesen Schritt.

Die Damuri-Brigade (großenteils bestehend aus Überlebenden einer Stadt, wo die Palästinenser während des libanesischen kommunalen Bürgerkrieges von 1975-76 die Christen in einem Massaker niedermachten) ist nicht Teil der traditionellen Falange. Seit der israelischen Invasion im Juni steht sie unter der direkten Schirmherrschaft von Scharon und seinen Truppen.

Mit Haddads Truppen und der Damuri-Brigade hat sich Israel eigene Abteilungen einheimischer libanesischer Mörder für die blutrünstigsten Dreckarbeiten geschaffen. Begin und Scharon hatten den Finger genauso am Abzug wie Hitler bei den zutiefst gefürchteten litauischen und ukrainischen SS-Einsatzkommandos oder bei den kroatischen Ustaschi. Diesen osteuropäischen Faschisten konnten Greuelthaten überlassen werden, für die selbst die deutschen Nazi-Schergen nicht die erforderlichen Nerven haben mochten. Es waren ukrainische Einsatzkommandos, die an die 50 000 Juden in Kiew gewaltsam aus ihren Häusern holten und sie zu ihrem Massengrab in Babi Jar trieben.

Der Einsatz der Truppen Haddads und der Damuri-Brigade bei dem Massaker von Westbeirut ist ein wesentlicher Bestandteil der zionistischen Völkermord-Politik gegenüber den palästinensischen Arabern. Der Zweck der israelischen Invasion Libanons vom 6. Juni bestand darin, dieses Land von seiner halben Million Palästinenser zu „säubern“. Das ist der Grund, warum die antiken Städte Tyros und Sidon in Schutt gelegt und warum ihre überlebenden Einwohner vertrieben wurden. Mit dem aktiven Eingreifen US-amerikanischer und verbündeter imperialistischer Truppen entfernten die Zionisten die 6000 bewaffneten PLO-Kämpfer aus dem Libanon, um so den Weg für die Machtübernahme ihrer Verbündeten, der christlichen Falange-Faschisten, freizuräumen.

Ende August wurde der besessene Totschläger, der die Falange anführte, Bechir Gemayel, auf den Spitzen israelischer Bajonette zum Präsidenten des Libanon „gewählt“. Begin/Scharon erwarteten, daß ihr Marionettenpräsident das allgemeine Gemetzel an den verbliebenen wehrlosen Palästinensern in Gang setzen werde. Doch bevor

Internationale Spartacist Tendenz protestiert gegen zionistischen Holocaust und imperialistische Intervention im Libanon.

11. September: TLD auf Türkei-Demonstration in Frankfurt (rechts). 5. August: Ligue trotskyste de France in Paris (unten). 18. September: Spartacist League/U.S. in New York City (gegenüberliegende Seite).



Spartakist foto



er daran gehen konnte, wurde Gemayel weggeblasen (möglicherweise von jemandem aus der Legion seiner mitchristlichen Feinde). Die zionistischen Führer benutzten Gemayels Ermordung als Vorwand für die Invasion Westbeiruts und um die Massaker von Schatila und Sabra zu veranstalten.

Israels Arbeiterpartei und ihre US-Verbindung

Die Massaker von Schatila und Sabra haben Israel in eine umfassende politische Krise gestürzt. Tag für Tag brachen Demonstrationen fassungsloser Empörung aus. Die Polizei ging gegen Demonstranten vor, wobei sie ihre Knüppel sowohl gegen Juden als auch gegen arabische Jugendliche schwang. Ein Kabinettsmitglied trat aus Protest zurück. Von noch größerer Bedeutung war der Rücktritt des Leiters der Kriegsakademie Ende Juli wegen der „Ereignisse in Westbeirut“. Als Scharon Ende Juli eine Invasion Westbeiruts verlangte, quittierte ein hochdekoriertes Offizier wegen der drohenden Invasion den Dienst mit der Bemerkung: „Ich schaue durch meinen Feldstecher und ich sehe Kinder.“ Ganze Abteilungen des Offizierskorps haben mit dem Rücktritt gedroht, und eine militärische Eliteeinheit verweigerte den Einsatz. Der Vorsitzende des höchsten Gerichtshofes lehnte Begins Weisung ab, eine „informelle“ Untersuchung anzustellen. Und am 25. September brachte die oppositionelle Arbeiterpartei fast 400 000 Menschen, über ein Zehntel der gesamten israelischen Bevölkerung, auf die Straßen von Tel Aviv, um eine Ermittlung der Verantwortlichen zu fordern; auf vielen Plakaten wurde der Rücktritt von Begin und Scharon gefordert. Unter dem Druck des zionistischen militärischen Expansionismus beginnt die israelische Gesellschaft auseinanderzubrecheln. Und das Ansehen des Begin-Regimes ist zutiefst erschüttert worden.

Der Aufschrei über Schatila und Sabra ist nicht einfach spontaner Ausdruck morali-

schers Entrüstung. Er ist auch eine Reaktion auf den Druck des US-Imperialismus, der durch die inzwischen mehr oder weniger offene Unterstützung Washingtons für die „gemäßigte“ Opposition der Arbeiterpartei ausgeübt wird. Als Begin sich über Versuche der USA beklagte, seine Regierung zu „destabilisieren“, verkündete er: „Unsere amerikanischen Freunde müssen wissen, daß Israel nicht Chile ist und daß ich nicht Allende bin.“ Zweifellos sind die amerikanischen imperialistischen Herrscher, die Männer von Hiroshima und My Lai, nicht „schockiert“ über Schatila und Sabra. Aber Reagan kann nicht ohne weiteres bei arabischen Scheichs und Obersten für einen antisowjetischen „strategischen Konsens“ werben, während Scharon arabische Hauptstädte mit vom Pentagon gelieferten Waffen verwüstet.

Der US-Imperialismus posiert jetzt als „Friedenswahrer“ im Nahen Osten und wendet sich zu den vertrauten Gesichtern der Arbeiterpartei, die Israel drei Jahrzehnte lang als Werkzeug für seine Politik in dieser Region regiert hat. Was sollen das für Tränen sein, die die Arbeiterpartei für Schatila vergießt? Es waren die Zionisten der Arbeiterpartei im Bündnis mit Begins Irgun, die im Jahre 1948 die palästinensischen Araber aus Eretz Israel (Großisrael) in die Flüchtlingslager trieben. Die „Arbeiter“-Partei ist keine reformistische Arbeiterpartei, sondern die Partei der israelischen bürgerlichen Elite europäischer Abstammung, die die Kriege von 1967 und 1973 führte. Moshe Dayan, der prahlerische „zionistische Preuße“, wurde von mehreren aufeinanderfolgenden Regierungen der Arbeiterpartei zum Oberbefehlshaber ernannt; Scharon war der Chefmilitärberater des letzten Ministerpräsidenten Rabin, den die Arbeiterpartei gestellt hat. Es war die Arbeiterpartei, die die West Bank, Gaza und Sinai besetzte und ein Polizeiterror-Regime über die arabischen Massen in den eroberten Gebieten errichtete. Es war die Arbeiterpartei, die die zionistischen Siedlun-

BESTELLT!

Lanka Spartacist

(auf singhalesisch)

2,50 DM

Zu beziehen über:
Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt/Main 1
Postscheckkonto Ffm 119 88 - 601
(Verlag Avantgarde GmbH)



Workers Vanguard Foto

gen in den besetzten Gebieten in Gang gebracht hatte.

In einer kürzlichen Debatte in der Knesset (dem Parlament) stellte Scharon die neu erworbene moralische Überlegenheit des Arbeiterpartei-Führers Schimon Peres in Frage. Unter Bezugnahme auf das Massaker an der Palästinensern in Tel Zataar im Libanon 1976 reizte Scharon den früheren Verteidigungsminister: „Wie kommt es denn, daß Ihr Gewissen Sie nicht plagt? Tausende von Menschen wurden abgeschlachtet ... wo waren denn die Offiziere der IDF an diesem Tag?“ Somit kommt heraus, daß ranhohe israelische Offiziere und Agenten von Mossad (der israelischen CIA) bei den Falangisten in den Stellungen saßen, als diese Tel Zataar einnahmen.

„Friedenstruppen“ verüben Massaker

Noch bevor die Leichen in Schatila und Sabra entdeckt worden waren, behauptete Arafat, die Vereinigten Staaten hätten das Abkommen zum Schutz der Palästinenserlager, das von Philip Habib zur Zeit des PLO-Abzugs ausgehandelt worden war, verraten. In der Tat gab es einen Verrat mit äußerst blutigen Folgen. Die imperialistischen „Friedens“-Truppen bereiteten den Holocaust vor, indem sie die Verteidiger der Lager West-beirut entwaffneten. Aber wer hat denn im Ernst erwartet, die USA würden palästinensische Flüchtlinge schützen? Der wahre Verrat liegt bei Arafat und bei denen, die nach den Truppen riefen, die das Massaker veranlaßten. Doch die PLO-Führer haben erneut eine „internationale Friedenstruppe“, die von den USA geführt wird, verlangt und erhalten. Diejenigen, die die USA als Garanten einer „Verhandlungslösung“ in Mittelamerika sehen, sollten sich ansehen, was im Libanon geschieht. Begin/Scharon, das sollte man wissen, haben sich an Reagans El-Salvador-Propaganda ein Beispiel genommen, als sie versicherten, daß das Massaker doch nicht

von ihnen verübt worden sei, sondern von unkontrollierten Todesschwadronen, eben von „Gojim“.

Die Rolle des US-Imperialismus im Nahen Osten ist die zentrale politische Frage, die sich jetzt stellt. Daß das Pentagon eine militärische Präsenz im Libanon wünscht, hängt auch mit der Tatsache zusammen, daß Syrien der führende sowjetische Klientenstaat in der Region ist und daß die sowjetische Grenze selbst bloß einige wenige hundert Kilometer entfernt liegt. Reagan versucht, die amerikanischen Truppen im Libanon als möglichen Auslöser für eine großangelegte US-Militärintervention in der Region zu benutzen – und wirft damit direkt die Gefahr eines atomaren dritten Weltkrieges auf. Bezeichnenderweise sind die militärischen Abteilungen, die heute als „internationale Friedenstruppen“ nach Beirut kommen, die gleichen imperialistischen Truppen, die in Vietnam verloren haben: die US-Marines und die französische Fremdenlegion.

Die kleinbürgerlichen Nationalisten der PLO sind stets davon ausgegangen, daß die palästinensische Befreiung durch internationalen Druck und nicht durch die soziale Revolution in Israel und den umliegenden arabischen Staaten zuwege gebracht wird. Heute sieht Arafat als einzigen Ausweg den Bittschrei an Reagans Amerika, zum Schutz der Palästinenser die Marines zu schicken! Alle seine diplomatischen Manöver, sein Ölzeigenschwenken in der UNO, sind bloß mit der israelischen Invasion Libanons und dem völkermörderischen Feldzug gegen die Palästinenser belohnt worden. Doch Arafat der Diplomat feiert die katastrophale Niederlage im Libanon als großen „politischen Sieg“. Hatte er nicht sogar eine Audienz beim Papst in Rom? Vom Standpunkt des Appells an die imperialistische öffentliche Meinung werden sie vielleicht auch noch das Massaker von Schatila und Sabra einen „diplomatischen Sieg“ nennen. Doch was die Palästinenser betrifft, mit Siegen wie diesen ...

Auch die westdeutschen Pseudolinken bejubeln die Ereignisse im Libanon als einen palästinensischen „Sieg“ und streben nach einer vom Imperialismus geschaffenen „Lösung“ für den Nahen Osten. Die Linie eines Großteils der Linken nach Begins Invasion wurde vom Kommunistischen Bund (KB) auf den Punkt gebracht:

„Deshalb fordern wir die Bundesregierung und politische und gewerkschaftliche Organisationen auf, über die EG und USA endlich Druck auf die israelische Regierung auszuüben, daß sich die Armee aus dem Libanon zurückzieht.“ (*Arbeiterkampf*, 12. Juli)

Lenin hatte einen Namen für „Sozialisten“, die glauben, daß ihre „eigene“ Bourgeoisie dazu gebracht werden könnte, eine „fortschrittliche“ Rolle zu spielen: Sozialimperialisten. Es sei hier nur hinzugefügt, daß sich angesichts derartigen Stumpfsinns der westdeutschen Linken selbst bei vielen von Lenins opportunistischen Gegnern der Magen umgedreht hätte. Reformisten wie der KB haben damit zuguterletzt doch noch eine Forderung gefunden, die durchgesetzt wurde. Israels Handelspartner und Waffenlieferanten in der EG haben tatsächlich „Druck ausgeübt“ – die französische Fremdenlegion und die italienischen Bersaglieris liefern den

Beweis. Vielleicht haben die diversen Krefelder-Appell-Unterzeichner aus der „Friedens“-bewegung, die von einer „friedlichen“ Rolle der Bundeswehr träumen, jetzt eine Chance, Nägel mit Köpfen zu machen: Warum nicht die GSG 9 nach Beirut? Zentral für den Verrat der „Linken“ auch im Libanon ist, daß sie alle versuchen, der russischen Frage zu entkommen, die vom Imperialismus und den antisowjetischen Provokationen des Zionismus auf die Tagesordnung gesetzt wird. Nicht nur die offen antisowjetischen Pro-Solidarnosc-„Linken“, sondern auch die veräterische DKP hat eine UN-„Friedens“-Truppe gefordert, die der neue Brückenkopf für den internationalen antisowjetischen Kriegskurs sein kann.

Während die PLO aus Beirut abzog, haben die Organisatoren der Bonner Libanon-Demonstration vom 25. September ein Flugblatt herausgebracht – unter anderem von Jusos, Demokratischen Sozialisten, der DKP/SDAJ und der pseudotrotzkistischen Gruppe Internationale Marxisten (GIM) unterzeichnet –, in dem erklärt wurde:

„Mit diesem geordneten Rückzug wurde eine Fortsetzung des Blutbads unter der Zivilbevölkerung und die völlige Zerstörung der Stadt abgewendet. Dies ist nicht nur ein Sieg der Menschlichkeit, ein moralischer Sieg der palästinensischen Befreiungsorganisation... Es ist der PLO gelungen, den Fortbestand wichtiger militärischer Strukturen zu sichern. Ihre politischen Positionen sind heute weltweit so stark wie nie zuvor.“

Der Horror und Verrat im Libanon hat die pseudolinken „Freunde der PLO“ als das entlarvt, was sie sind: drittrangige Helfershelfer des Imperialismus, nur in der Lage, Hochzeitsmärsche bei Beerdigungen aufzu-

Flugblätter verteilt, waren wir die einzigen, die die Wahrheit gesagt haben.

Die „Linken“, die die PLO bejubeln, genauso wie die PLO selber, sind erbitterte Gegner der Trotzlisten und hoffen auf imperialistischen Beistand, weil sie das einzige Programm ablehnen, das für eine gerechte Lösung der entgegengesetzten nationalen Ansprüche der vermischten jüdischen und arabischen Völkerschaften des Nahen Ostens sorgen kann – das Programm der hebräisch/arabischen proletarischen Revolution und sozialistischen Föderation.

Sie fordern imperialistischen Beistand für die PLO, obwohl sie glauben, Israel sei nur eine Marionette des US-Imperialismus – ein militärischer Vorposten. Sie glauben, daß es keinen wirklichen Konflikt zwischen Israel und dem Imperialismus geben könne und eine Polarisierung der zionistischen Gesellschaft unmöglich sei, weil die Arbeiter Israels unverbrüchlich an ihre Herrscher gekettet seien. Trotzdem bejubeln KB, GIM und andere linke Gruppen jetzt die massenhaften Antikriegsproteste in Tel Aviv, obwohl ihre tiefgehende nationalistische Perspektive auf der Leugnung basiert, daß solche Ereignisse überhaupt stattfinden können. Die israelische Schwesterorganisation der GIM im „Vereinigten Sekretariat“ erklärte sich sogar selbst zum Bestandteil der PLO.

Die Marxistische Gruppe (MG) teilt die grundlegende Herangehensweise aller Mächtigen-Linken, indem sie in Israel nur einen „nahöstlichen Frontstaat“ der NATO sieht, dessen Einwohner „nahezu bedingungslos verteidigungsbereit sind“. Die MG, die sich von den anderen Linken abgrenzen will, hat wie diese auch keine revolutionäre kommunistische Perspektive, die sie der



Empörung über Schatila/Sabra erschüttert Israel

spielen. Nicht die Apologeten des arabischen Nationalismus, die auf dem Gipfelpunkt der Massenmorde vom „Sieg der Menschlichkeit“ faseln, sondern nur die revolutionären *Internationalisten* haben ein Programm, um für die Opfer der palästinensischen Diaspora nationale Gerechtigkeit zu erkämpfen.

Im Gegensatz zu den Pseudolinken forderte die internationale Spartacist Tendenz und die Trotzlistische Liga Deutschlands (TLD): „Protestiert gegen den zionistischen Holocaust! Keine imperialistischen Truppen in den Libanon!“ In einer Frage, die für jeden selbsterklärten Sozialisten selbstverständlich sein sollte, standen wir in der internationalen Linken mit unserer bedingungslosen Opposition gegen die Entwaffnung und Vertreibung der PLO praktisch allein. Unsere scharfe politische Feindschaft gegen den arabischen Nationalismus, verbunden mit der unnachgiebigen militärischen Verteidigung der Palästinenser, traf auf eine wütende Reaktion bei den Unterstützern und Jubeltruppen der PLO in der westdeutschen Linken. (Umso mehr, als unsere Position lebhaftes Interesse bei palästinensischen Militanten weckte, die versuchen, die Sackgasse zu verstehen, in die sie von Arafat und seinesgleichen geführt wurden.) In Hamburg waren Gewaltdrohungen die Antwort auf Warnungen von TLD-Genossen, daß die Anwesenheit imperialistischer Truppen nur weitere Blutbade bedeuten. In Frankfurt versuchte sich das lokale Palästina-Komitee in antikommunistischen Ausschlußpraktiken gegen die TLD. Aber bei Veranstaltungen und Demonstrationen, bei denen wir intervenierten und fast 14 000

Todesfälle des Nationalismus entgegenzusetzen könnte. Sie unterscheidet sich nur insofern, als sie die Situation von Anfang an als „hoffnungslos“ erklärt hat. Nachdem sie schon den Kampf der linken Aufständischen in El Salvador gegen den Terror der Junta als „chancenlos“ abgetan hatte, erklärt die MG nun: „Kein Staat hat Überlebenschancen, der sich gegen Israel und dessen amerikanisch-europäische NATO-Patrone stellt“ (*Marxistische Studentenzeitung*, 1. Juli). Mit dieser Perspektive gelang es der MG – wenn sie nicht gerade damit beschäftigt war, die TLD von ihren Nahost-Veranstaltungen auszuschließen – 3000 Leute für einen Libanon-Protest zu organisieren, bei dem nicht nur keine einzige Parole für die Verteidigung der Palästinenser gerufen wurde, sondern *nicht einmal der Rückzug der israelischen Truppen gefordert oder Opposition gegen die imperialistische Intervention* laut wurde.

Die israelische Invasion hat all das zutage gebracht, was an der westdeutschen Linken verrotten ist. Ihre Unfähigkeit, einen Ausweg aus dem Teufelskreis von kommunalen Bürgerkriegen und Völkermord im Nahen Osten aufzeigen zu können, hat in dieser weiß-rassistischen westdeutschen Gesellschaft besonders gefährliche und abscheuliche Auswirkungen. Ein bemerkenswertes Zeichen der Krise, in die die Linke durch Libanon gebracht worden ist, kann man an der taz ablesen, deren Seiten mit gegenseitigen Vorwürfen von Prozionismus einerseits und Antisemitismus andererseits gefüllt sind. Die Kapitulation vor dem arabischen Nationalismus

Fortgesetzt auf Seite 14

Kontaktadressen der internationalen Spartacist Tendenz

Ligue trotskyste de France, Le Bolchévick, BP 135 – 10, F-75463 Paris Cédex 10

Spartacist League/Britain, Spartacist Publications, PO Box 185, London WC1H 8JE England

Trotzkistische Liga Deutschlands, Postfach 1 67 47, D-6000 Frankfurt/Main 1

Lega Trotskista d'Italia, Walter Fidacaro C.P. 1591, I-20101 Milano

Spartacist League/Lanka, Spartacist League, 33 Canal Row, Colombo 01, Sri Lanka

Spartacist League/U.S., Spartacist League Box 1377, GPO, New York, NY 10116, USA

Spartacist Stockholm, Spartacist Publishing Co., Box 4508, S-102 65 Stockholm

Trotskyist League of Canada, Trotskyist League, Box 7198, Station A, Toronto, Ontario, Kanada M5W 1XB

Spartacist League of Australia/New Zealand, Spartacist League, GPO Box 3473, Sydney, NSW, 2001 Australien

Holocaust...

Fortsetzung von Seite 13

öffnet in der Tat dem Antisemitismus Tür und Tor. Und die Stalinisten sind international seit langem Meister darin, virulenten, reaktionären Antisemitismus als „Kampf gegen den Zionismus“ darzustellen. Und dies ist in Westdeutschland besonders gefährlich. In Westberlin haben Faschisten Propaganda gegen Israels Libanon-Invasion verteilt als Teil ihrer Bemühungen, die Vernichtung der übriggebliebenen 30 000 Juden, die die Gaskammern und Massenerschießungen überlebt haben, zu propagieren und den Naziteror gegen die Millionen von ausländischen Arbeitern und die gesamte Arbeiterbewegung wieder aufleben zu lassen. Und während in Rom und Paris wie in Westberlin im Januar durch Bomben offen antisemitische Greuelthaten im Namen des „Antizionismus“ verübt worden sind, trägt der jüngste Bombenanschlag auf ein Frankfurter Reisebüro nach Drohungen, daß es seine Israel-Reisen einstellen solle, ebenfalls den Stempel einer ähnlich unheilvollen Provokation.

Jeder Nationalismus ist im Grunde rassistisch und im Rahmen des Kapitalismus würde die Ausübung des Rechts auf nationale Selbstbestimmung für die Palästinenser nur eine brutale Umkehrung der Unterdrückung mit sich bringen und die jüdische Bevölkerung einer neuen Runde von Zwangsumsiedlungen, Massakern und Diaspora unterwerfen. Die nationale Frage im Nahen Osten geht tief und ist real. Sie muß direkt angesprochen werden im Kampf für den Aufbau einer Avantgardepartei aller Werktätigen als unerbittlicher Gegner jedes Rassismus und jeder nationalen Unterdrückung. Das bankrotte Versagen der MG, die Palästinenser zu ver-



Massenmörder Begin: Deir Yassin, Schatila, Sabra ...

teidigen, wurzelt in ihrer Position, daß die nationale Frage überhaupt nicht existiert. Für die MG haben die unterdrückten Palästinenser keinen Grund, sich dagegen zur Wehr zu setzen, die Opfer von Israels Drang nach Lebensraum zu sein. Die MG redet endlos vom „Judenstaat“ und nennt die 400 000 Demonstranten in Tel Aviv gegen das Beirut-Massaker schlicht die „härtesten Nationalisten“. Ohne marxistischen Standpunkt zur nationalen Frage, ohne Klassenstandpunkt, kann die MG nur dazu kommen, die Kollektivschuldtheorie umzukehren: „Die Juden lassen ihre Christen los – und etliche tausend Palästinenser ... werden abgeschlachtet“ (MSZ aktuell, 23. September). „Die Juden“? Das ist kleinbürgerlicher Antisemitismus! So brachte die MG es fertig, breit auf Plakaten für eine Veranstaltung mit dem Titel „Adolf Hitler, ein großer deutscher Politiker“ zu werben, eine grausame Verhöhnung der wenigen überlebenden Opfer des faschistischen Terrors.

Die deutsche bürgerliche Gesellschaft – und die weiße deutsche Kleinbourgeoisie – sind historisch zutiefst mit rassistischem Chauvinismus gegenüber den rassisch und national Unterdrückten vergiftet, besonders gegenüber den Juden; und dies war zentral für die Entwicklung des faschistischen „Dritten Reiches“, das den letzten Holocaust organisiert hat. Aber der Kampf gegen den Antisemitismus kann keinesfalls den Anhängern der Kollektivschuldtheorie überlassen werden, die das deutsche Proletariat zum Mit-

schuldigen an den faschistischen Verbrechen stempelt. Wie Trotzki 1940 schrieb:

„Es gibt einen alten Spruch, der die evolutionäre und liberale Auffassung von der Geschichte widerspiegelt: Jedes Volk hat die Regierung die es verdient. Die Geschichte zeigt jedoch, daß ein- und dasselbe Volk innerhalb einer relativ kurzen Epoche sehr verschiedene Regierungen haben kann (Rußland, Italien, Deutschland, Spanien usw.) und daß darüber hinaus die Reihenfolge der Regierungen sich keineswegs in ein- und dieselbe Richtung bewegt: vom Despotismus zur Freiheit, wie sich das die evolutionären Liberalen vorstellen. Das Geheimnis liegt darin, daß ein Volk sich aus feindlichen Klassen zusammensetzt und die Klassen selbst sich in verschiedene und teilweise antagonistische Schichten gliedern, die eigene Führungen besitzen; überdies ist jedes Volk den Einflüssen anderer Völker ausgesetzt, die auch wieder aus Klassen bestehen. Regierungen drücken nicht die systematisch wachsende 'Reife' eines Volkes aus, sondern sie sind ein Produkt des

Generations hinaus in einen schier heillosen Zustand gestürzt. Heute versucht der US-Imperialismus, sich zum Schiedsrichter zwischen dem Zionismus und dem arabischen Nationalismus aufzuschwingen. Arafats zarteste Hoffnung ist eine neue Balfour-Deklaration (worin der britische Imperialismus im Jahre 1917 ein jüdisches „Heimland“ in Palästina versprach) für die PLO. Doch Reagans „Heimland“ für die Palästinenser unter dem Daumen von Jordaniens König Hussein hieß bloß weitere Massaker und Unterdrückung im Bantustan-Stil für das palästinensische Volk.

Gleichzeitig haben die arabischen Militärdiktaturen und Scheichtümer der Region keinen Finger gerührt, um den Palästinensern zu helfen, als diese unter den Gewehren der Israelis standen. Vielmehr haben diese Regime noch größere Massaker gegen ihre eigenen Völker (die Syrer in Hama) und gegen die Palästinenser begangen (Jordanien bei dem Massaker vom Schwarzen September 1970 mit mehr als 10 000 ermordeten Palästinensern; Tel Zataar 1975, wo die syrische Armee für die Falangisten die Rolle übernahm, die



Die Schlächter von My Lai landen in Beirut: Alle imperialistischen Truppen raus!

Kampfes zwischen verschiedenen Klassen...“ („Klasse, Partei und Führung“) Der Pflasterstrand enthielt in seiner Septemberrummer einen Artikel mit dem Titel „Hirnlosigkeit ist nicht gleich Antisemitismus“, in dem der Autor – mit dem Pseudonym „Barbara“ – einen kaum verhüllten Angriff auf den Protest und Kampf der TLD gegen den zionistischen Holocaust im Libanon macht:

„Aber es gibt noch eine weitere Kategorie Linker, die nicht (oder nicht mehr) organisiert sind in diesen stalinistischen Zwangszusammenhängen und trotzdem genauso wahllos mit den Begriffen: Völkermord, Beirut = Warschauer Getto, Hitler = Begin, umgehen.“

Aber Sabra und Schatila waren „Völkermord“! Man versuche einmal, einem palästinensischen Flüchtling zu erzählen, daß es „unangebracht“ ist, vom Warschauer Getto zu reden, daß man Begin nicht mit Hitler vergleichen kann – ein weiterer Verrückter, der bereit ist, die Welt mit sich in den Untergang zu reißen, um seine Herrschaft zu retten. Kampf gegen den Antisemitismus heißt nicht nur Kampf gegen die offenen Judenhasser, sondern auch gegen die Barbaras mit ihren Schuldgefühlen, die das Programm der Sozialdemokratie vertreten, nämlich den Antisemitismus zu „bekämpfen“, indem sie die Verbrechen des Zionismus abdecken. Während auf der einen Seite der Antisemitismus seit Jahren dem Zionismus Vorschub geleistet hat, und dies immer noch tut, verschafft umgekehrt der Zionismus seiner Natur nach dem Antisemitismus Rechtfertigung.

Für eine sozialistische Föderation des Nahen Ostens!

Das Massaker von Schatila und Sabra hat für Millionen den zutiefst völkermörderischen Charakter des Zionismus offengelegt. Aber es enthüllt auch den tiefen Bankrott des kleinbürgerlichen Nationalismus der PLO. Konkurrierende Nationalismen, die vom Imperialismus weiter vertieft und ausgebeutet werden, haben den Nahen Osten auf

Israel für seine libanesischen faschistischen Truppen in Schatila/Sabra spielte).

Heute sehen sich die Palästinenser dem zionistischen Holocaust ausgesetzt. Aber es gibt nur drei Millionen Juden in einem Meer von 150 Millionen Arabern. Israels militärischer Expansionismus und Massenterror gegen die Araber muß letztendlich zur Selbstzerstörung des hebräisch sprechenden Volkes führen. Irgendwann wird die IDF zerschlagen werden, und das wird die Begins, Scharons und Peres dazu antreiben, ihre Atombomben auf Bagdad, Damaskus und Kairo abzuwerfen, selbst wenn es bedeuten sollte, den endgültigen Holocaust zu provozieren. Am Vorabend des Zweiten Weltkriegs sagte Trotzki vorher, daß die zionistischen Siedlungen in Palästina zur Todesfalle für die Juden würden. Der blutige Terror der israelischen Kriegsmaschine macht dieses Schicksal nur umso sicherer. Wenn das jüdische Volk im Nahen Osten nicht zum Auslöser für einen atomaren dritten Weltkrieg werden soll, dann muß der zionistische Staat zerschlagen werden.

Die hebräisch sprechende Arbeiterklasse muß vom Zionismus und dem tiefgehenden rassistischen Chauvinismus, der die israelische Gesellschaft durchdringt, gebrochen werden, und muß sich im Kampf gegen die Begins und Huseins mit seinen arabischen Klassenbrüdern vereinigen. Die palästinensischen Militanten müssen mit dem Vertrauen in die Diplomatie des Imperialismus und der Arabischen Liga brechen, weil dies eine Sackgasse sowohl für die nationale Gerechtigkeit für die Palästinenser als auch für die Befreiung der Arbeiter des Nahen Ostens ist. Die paar Millionen Juden im Nahen Osten können eine wertvolle kulturelle und technische Ressource in der Region darstellen, aber nur in der Einheit mit den arabischen Massen. Diese Einheit erfordert vor allem den Aufbau einer proletarischen internationalistischen Avantgardepartei, die für das Recht auf Selbstbestimmung für die palästinensische wie für die hebräische Nation durch eine sozialistische Föderation des Nahen Ostens kämpft.

Nach Workers Vanguard Nr. 314, 1. Oktober 1982

Labour Party...

Fortsetzung von Seite 5

gern war er ein herausragender Akteur, der mit den rechtesten proimperialistischen Sozialdemokraten in der Tschechoslowakei und anderen osteuropäischen Ländern zusammenarbeitete und diese Oppositionen zu stützen versuchte und der dann nach der Festigung der kommunistischen Macht die Flucht vieler sozialdemokratischer Führer in den Westen in die Wege leitete.

Während der Labour-Regierung 1945–51 und auch in Jahren der Opposition nach 1951 hindurch konnten sich die Kalten Krieger und Hexenjäger „auf Mr. Healey verlassen“. Eine Fülle von Publikationen und Organisationen – *Socialist Commentary, Encounter*, der amerikanische *New Leader* (für den Healey Londoner Korrespondent war), der Kongreß für Kulturelle Freiheit, die Europäische Bewegung, das Institut für Strategische Studien, die Bilderberg-Gruppe – setzten den Kampf für die Atlantische Allianz fort. Ein großer Teil davon wurde mit verdeckten CIA-Geldern gegründet oder getragen.

Die in skandalöser Weise gegen die Arbeiterklasse gerichtete internationale Politik der Parteiführung ging natürlich nicht ganz ohne Widerstand durch. In der Tat war die wesentliche Opposition der fünfziger Jahre, geführt von Aneurin Bevan (unter anderem mit der Unterstützung eines jungen Harold Wilson und Michael Foot), in groben politischen Umrissen ähnlich der heutigen Bewegung Benns. Gegen die Politik der rechten Führung brachten sie Beunruhigung über die Auswirkungen der Militärausgaben des Kalten Krieges auf die inländischen Sozialleistungen zum Ausdruck und stellten dem den Wunsch entgegen, Britannien möge eine „unabhängige“ Rolle in internationalen Angelegenheiten spielen oder solle sich, falls nötig, heraushalten.

Da jede der aufeinanderfolgenden Labour-Regierungen noch offener als die vorige ihre Feindschaft gegen die Interessen ihrer proletarischen Basis zeigte, stiegen die Spannungen immer stärker an. In den späten Sechzigern war die Bourgeoisie zunehmend verzweifelt entschlossen, die Gewerkschaften in Fesseln zu legen. Der konservative Ministerpräsident Edward Heath versuchte es mit den Bergarbeitern aufzunehmen und brach schwer dabei ein. Und nachdem der direkte Angriff der Tories auf die Gewerkschaften jämmerlich scheiterte, kehrte Labour, wieder flottgemacht durch erneute Illusionen unter ihrer Arbeiterbasis, 1974 an die Regierung zurück. In den darauffolgenden Jahren des Social Contract (dem britischen Pendant zur Konzertierte(n) Aktion), des Streikbruchs und der Koalitionspolitik mit den Liberalen machten diese einen immer stärker werdenden Erosionsprozeß durch. Schließlich kam im Winter 1978/79 der gewerkschaftliche Ausbruch der Unzufriedenheit, wodurch die Glaubwürdigkeit der sich im Amt befindlichen Labour-Regierung Callaghans erschüttert wurde, besonders in ihrer Rolle zur Zügelung der Gewerkschaften.

Angesichts einer Labour-Regierung, die jegliche bedeutsame Kontrolle über ihre Arbeiterbasis eingebüßt hatte, wandte sich die Bourgeoisie wieder ihrer traditionellen Vorliebe für eine Tory-Regierung zu. Margaret Thatcher bot untadelige Empfehlungen als aggressive Gewerkschaftszertrümmerin und Kreuzritterin des Kalten Krieges. Und nach dem Tory-Sieg begann in der Labour Party die Abrechnung. Das Callaghan/Healey-Regime wurde nicht nur von der Parteibasis, den Gewerkschaftsmitgliedern, verach-

WORKERS VANGUARD

Marxist Working-Class Biweekly of the Spartacist League/U.S.

DM 45, – for 24 issues – AIRMAIL
DM 8, – for 10 introductory issues – AIRMAIL

ORDER FROM/PAY TO:
Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt 1
Postscheckkonto Ffm 119 88 – 601
(Verlag Avantgarde GmbH)

tet, sondern auch von den unteren und selbst von den Spitzengewerkschaftsbürokraten. Denis Healey, der als Schatzkanzler der harte Mann des Kabinetts gewesen war, der Mann, der am direktesten dafür verantwortlich war, die Arbeiter mit dem Gesicht in den Dreck zu stoßen, war kein überlebensfähiger Ersatzmann.

Benn kommt aus der gleichen reformistisch/nationalistischen politischen Schule wie Nye Bevan – aber die Zeiten sind heute ganz anders. Außerstande, die noch in den Anfängen steckende Herausforderung der beiden Eckpfeiler der Koalitionspolitik und der Kalten-Kriegs-Verbindung zu kontrollieren, beschloß die Rechte, es sei an der Zeit, von Bord zu gehen. David Owen flog von einem Treffen der Trilateralen Kommission in New York zurück, der sogenannten „geheimen Weltregierung“, die von David Rockefeller gegründet wurde und solche imperialistischen Leuchten wie Zbigniew Brzezinski und George Ball umfaßt (um von Healey, Callaghan und Heath einmal zu schweigen), um offiziell die Sozialdemokraten zu gründen.

Genau in diesem Kontext begann einige wenige Monate später die Auseinandersetzung um den stellvertretenden Parteivorsitz, die mangels eines fähigen Führers, Benn und Healey gegenüberstellte. Die Spartacist League/Britain bezog die Position, weder Benn noch Healey Unterstützung zu gewähren. Während wir feststellten, „das interne Leben der Labour Party ist weitaus lebhafter und politisch mehr zerrissen, als es zu irgend einer Zeit seit den Tagen von Gaitskell/Bevan der Fall war“, wobei wir die Diskreditierung der rechten Führung von Callaghan/Healey begrüßten und das Geschwätz unserer pseudotrotzkistischen Gegner über die Notwendigkeit, „die Einheit von Labour zu verteidigen“, brandmarkten, schrieben wir:

„Benn *beutet* die Empörung der einfachen Mitglieder gegen die Architekten des Social Contract bei seinem Vorgehen aus und stellt ein sorgfältig aufgeputztes linkes Image zur Schau. Aber in jeder grundlegenden programmatischen Hinsicht steht Benn voll und ganz im Rahmen der britischen Sozialdemokratie – Pro-NATO-Antisowjetismus, Sozialchauvinismus in Irland, autarke Reflationspolitik gekoppelt mit Lohnkontrolle, klassenkollaborationistische „Mitbestimmung“, Parlamentarismus. Er hat seine Karriere als Labourkabinettsmitglied mit der längsten Amtszeit nie verworfen. Wir geben Benns Kandidatur für den stellvertretenden Parteivorsitzenden keinerlei Unterstützung. Wenn und sobald Benn ins Amt kommt, haben wir die Chance, in großem Maße zu gewinnen, wenn wir uns einen Ruf als seine militanten Gegner erworben haben, wieviel Feindseligkeit das auch in der jetzigen Periode fiebriger Hoffnungen hervorrufen mag.“ („Aufgaben und Perspektiven“, nachgedruckt in *Spartacist Britain* Nr. 36, Oktober 1981)

Als grobe politische Charakterisierung von Benns Klein-England-Reformismus war und bleibt das korrekt. Jedoch unterschätzten wir die Tiefe der Krise innerhalb der Labour Party und es gelang uns nicht, ausgehend von unserem Verständnis, daß der Kalte Krieg der zentrale Punkt bei der inneren Spaltung der Partei war, die angemessene politische Schlußfolgerung zu ziehen. Im Zusammenhang des Kalten Krieges war der Unterschied zwischen dem, wofür Healey stand, und dem, wofür Benn einstand, einer der Politik und nicht bloß der Haltung oder Rhetorik. Die Wahl wurde zu einer zentralen Konfrontation in den Fragen, die die Labour Party

zerreißen: für oder gegen die CIA-treuen Exponenten des Kalten Krieges; für oder gegen die Architekten von Koalition und Austeritätspolitik. Wer wollte bezweifeln, daß Massenaustritte der Rechten die Folge gewesen wären, wenn Benn gewonnen und eine instabile, von den Linken beherrschte Partei zurückgelassen hätte? Die Situation gebot, daß eine trotzkistische Propagandagruppe, die Labours proletarische Basis für ein *revolutionäres* Programm von ihren prokapitalistischen Irreführern zu brechen sucht, Tony Benn hätte kritische Unterstützung gewähren sollen – um die Spaltung, die mit der Bildung der SDP begonnen hatte, zu vertiefen und zu Ende zu führen, *den ganz offensichtlich proimperialistischen, mit der CIA verbundenen rechten Flügel hinauszutreiben* und Benn an die Position zu stellen, wo seine linksreformistische Politik noch wirksamer bloßgestellt und bekämpft werden könnte.

Heute erzählt Benn den Arbeitern, sie sollten angesichts der Angriffe der Tories bis 1984 warten; morgen können seine utopischen Klein-England-Wundermittel nur dazu dienen, die Arbeiter in einer Periode in den Schlaf zu lulen, in der die Bosse sich faschistischen Banden zuwenden, um, wie Trotzki es formulierte, ihre Probleme „über die Knochen der Arbeiter hinweg“ zu lösen. Seine „sozialistische“ Mystik macht ihn zu einem um so schädlicheren Hindernis für die revolutionäre Mobilisierung des Proletariats und macht den Kampf gegen seine Sorte von Reformismus zu einer um so wichtigeren Aufgabe für den Kern einer revolutionären Avantgarde. Stoppt die Hexenjagd gegen die Linken! Nie wieder den Verrat von Callaghan/Healey! Vertreibt die NATO/CIA-Fans aus der Labour Party! Nicht Benns Klein-England-Reformismus, sondern eine revolutionäre internationalistische Führung der Arbeiterbewegung! Vorwärts zu einer trotzkistischen Partei und zur sozialistischen Revolution, der einzigen Hoffnung für die Menschheit!

Nach Spartacist Britain
Nr. 41, April 1982

Solidarność...

Fortsetzung von Seite 3

rungen trifft, hat das Regime die Preise angehoben, die es für die Produkte der bäuerlichen Eigentümer zahlt.

Zur gleichen Zeit hat die Regierung den Unternehmen erzählt, daß sie finanziell selbständig werden müßten – keine weiteren Subventionen aus dem Staatshaushalt, um Verluste auszugleichen. Als Ergebnis wurden Zehntausende entlassen. Es gibt augenblicklich schätzungsweise 300 000 Arbeitslose im Land, und eine kommunistische Parteizeitung, *Rzeczpospolita*, erwartet bis 1985 einen Anstieg auf eine halbe Million.

Die Führer von Solidarność können jedoch diese Wirtschafts„reformen“ schwerlich kritisieren. Sie haben selber verlangt, daß Polen dem Internationalen Währungsfonds, dem Weltbankkartell beitrete, der neulich armen Ländern verkündete, daß sie ihre Schuldenrückzahlungen selbst auf Kosten von Hungersnöten zu leisten hätten. Solidarność hat ebenfalls die vollständige Abschaffung der zentralen Planung verlangt zugunsten von Unternehmen, die auf der Basis der Marktprofitwirtschaft arbeiten. Besonders bei den augenblicklichen polnischen Verhältnissen ist dies ein Rezept für sofortige Massenarbeitslosigkeit. Und Solidarność stand voll und ganz hinter der Kampagne der Organisation der Kleinbauern (Land-Solidarität) für höhere Abgabepreise.

Trotz aller Austeritätsmaßnahmen des Regimes von Jaruzelski lebt Polen immer noch über seine Verhältnisse. Ohne beträchtliche sowjetische Hilfe würde die polnische Wirtschaft völlig zusammenbrechen. Die genaue Höhe dieser Hilfe ist nicht bekannt, weil die sowjetische Regierung die Veröffentlichung der Zahlen aus Angst davor verweigert, damit die eigene hart arbeitende Bevölkerung aufzubringen, die zutiefst und völlig zu Recht darüber verärgert ist, antisowjetische Polen durchzufüttern. Trotz Kriegsrecht sind die Lebensverhältnisse in Polen fühlbar besser als in Rußland, was selbst die *New York Times* (21. Februar) zugibt:

„Dennoch haben trotz all der wirtschaftlichen Verwüstungen die polnischen

Läden ein besseres Angebot als die Moskauer. Die Preise sind am 1. Februar drastisch gestiegen, aber die Märkte bieten eine Vielzahl und Qualität von Lebensmitteln an, die in russischen Städten unbekannt sind – Endivien, Rosenkohl, Birnen, Käse, appetitliche Gläser mit Obst und Gemüse. Fleisch ist rationiert, aber die polnischen Rationen sind größer und die Qualität ist besser.“

Der Kampf um Polen geht weiter

Die Polen leben immer noch besser als die Russen, aber sie vergleichen sich mit den Westdeutschen (obwohl sie sicherlich nicht so arbeiten wie die Westdeutschen!). Deshalb bilden die schlechter werdenden wirtschaftlichen Bedingungen auch einen fruchtbaren Nährboden für antikommunistische Agitatoren. Und Anfang Mai haben sie wieder ihre Köpfe erhoben.

Als Antwort auf den Aufruf des Untergrundradiosenders von Solidarność marschierten am 1. Mai 30 000 mit den Rufen „Nieder mit der Junta!“ und „Freiheit für Lech Walesa!“ durch Warschau. In anderen Städten gab es kleinere Demonstrationen. Zwei Tage später randalierten viele von den gleichen Jugendlichen in den Straßen von Warschau, Gdansk und anderswo. Dabei rissen sie die roten Fahnen nieder, die auf öffentlichen Gebäuden für den 1. Mai gehißt worden waren, trampelten darauf herum und steckten sie in Brand. Die rote Fahne, das sollte hervorgehoben werden, ist seit der Französischen Revolution 1789 das Symbol der sozialen Revolution.

Zu dieser Zeit hat sich das Untergrunddirektorium von Solidarność (und das katholische Episkopat) von dieser Art Straßenkämpfe distanzieren zugunsten einer anderen, schlauerer Taktik. Im Juni schlug das provisorische Koordinationskomitee von Solidarność ein kurzes Protestmoratorium vor, um die Regierung zu ermutigen, Papst Wojtyla die Teilnahme an der 600-Jahrfeier des Kultes der Schwarzen Madonna von Tschenschau Ende August zu erlauben. Der Untergrundchef von Solidarność Zbigniew Bujak und seine Mitverschwörer wußten, wie jeder in Polen, daß ein Staatsbesuch des erzreaktionären polnischen Papstes eine „legitime“ Gelegenheit für *massenhafte* antikommunistische Mobilisierungen bieten würde, wie das schon 1979 der Fall gewesen war. Die polnischen Stalinisten wünschen sich zwar sehr die Aussöhnung mit der Kirchenhierarchie, aber ein Papstbesuch zu diesem Termin war einfach ein zu gefährliches Risiko. Deshalb erklärte Jaruzelski am 21. Juni, daß Wojtylas Besuch auf unbestimmte Zeit verschoben würde.

Als Antwort darauf haben sich Bujak & Co. (wahrscheinlich nach Absprache mit ihren CIA-Kontrollleuren) dazu entschlossen, auf offenen Konfrontationskurs zu gehen. Sie kündigten an, daß in den letzten beiden Augustwochen „die Präsenz unserer Gewerkschaft außergewöhnlich sichtbar sein wird“ und riefen zu regierungsfeindlichen Demonstrationen auf, die ihren Höhepunkt am 31. August finden sollten, dem zweiten Jahrestag des Gdansk-Abkommens, das Solidarność offiziell anerkannt hatte.

Trotz der größten Anstrengungen von Radio Freies Europa sieht es nicht so aus, als ob es diesmal eine effektive, groß angelegte konterrevolutionäre Mobilisierung in Polen geben wird. Bis heute sind die Aktionen für Solidarność sporadisch, unkoordiniert und unter Kontrolle der Behörden. Das Magazin *Time* (24. Mai) beschrieb die Ereignisse im

Mai „mehr wie eine Geste der Frustration als eine Demonstration der Stärke der Gewerkschaft“. Das gilt immer noch. Die Leute, die mit den Rufen „Nieder mit der Junta!“ durch die Straßen laufen, sind zum größten Teil nicht die erwachsenen Arbeiter, die das Rückgrat von Solidarność vor dem Dezember dargestellt haben. Es sind eher studentische/lumpenisierte Jugendliche, von denen viele arbeitslos und dem System zutiefst entfremdet sind, und die nun vom Banner des Klerikalnationalismus oder sogar Agerikalfaschismus angezogen werden. Die Agitatoren von Solidarność können zwar diese tobenden Jugendlichen auf die Straße bringen, aber sie sind nicht wie zuvor in der Lage, gewesen, die Masse der Arbeiterklasse anzuführen. Die *New York Times* (8. August) bemerkte: „Eine große Enttäuschung für die Freigelassenen aus den Internierungslagern ist der Kontrast zwischen der ungebremsten Militanz, die sie hinter Gittern aufrecht hielten und der Apathie, die sie draußen antreffen.“

Aber die Apathie der Massen nach Jaruzelskis effektivem Gegenputsch kann nicht für immer andauern. Alle grundlegenden Faktoren, die Polen vor neun Monaten an den Rand der Konterrevolution getrieben haben, wirken immer noch – eine Wirtschaft, die durch massive Verschuldung an den Imperialismus ruiniert ist, belastet mit einer rückständigen Kleinbauernwirtschaft, eine mächtige katholische Kirche, die ihre Greifarme in alle Bereiche des sozialen und politischen Lebens streckt, enorme Illusionen in der Bevölkerung über den Westen und besonders den amerikanischen Kapitalismus. Hinzugekommen ist jetzt das gefährliche Element des militärischen Bonapartismus, zu dem die polnischen Stalinisten unter General Jaruzelski Zuflucht genommen haben.

Der 13. Dezember hat ein bißchen Zeit erkaufte – nicht mehr – für eine revolutionäre sozialistische Lösung der polnischen Krise. Hierfür ist vor allem eine trotzkistische Avantgardepartei nötig, die Polens tiefe und reiche marxistische Tradition wiederherstellen könnte, die in Rosa Luxemburg und der frühen polnischen kommunistischen Partei verkörpert ist. Wir sind überzeugt, daß die Masse der polnischen Arbeiter gebrochen werden kann von ihrer augenblicklichen Verblendung über Reagans Amerika, Wojtylas Vatikan und dem Andenken an den reaktionären Diktator Pilsudski, und sie gewonnen werden kann für ein authentisch kommunistisches Programm zur Verteidigung und Ausweitung der antikapitalistischen Errungenschaften, die immer noch im deformierten polnischen Arbeiterstaat verkörpert sind, durch die politische Revolution des Proletariats.

- Nieder mit dem Klerikalismus! Für die strikte Trennung von Kirche und Staat!
- Für die Kollektivierung der Landwirtschaft!
- Für Gewerkschaften, die unabhängig sind von bürokratischer Kontrolle und auf der Verteidigung des sozialisierten Eigentums basieren!
- Streicht die imperialistischen Schulden! Für internationale sozialistische Wirtschaftsplanung!
- Für Sowjetdemokratie, nicht bürgerlichen Parlamentarismus! Für proletarische politische Revolution!
- Verteidigt die UdSSR gegen den Imperialismus! Für die revolutionäre Einheit der polnischen und sowjetischen Arbeiter!

Übersetzt aus Workers Vanguard,
Nr. 312, 3. September 1982

SPARTACIST

- Nr. 10, deutsche Ausgabe
 - Solidarność: Konterrevolutionärer Drang zur Macht gestoppt
 - Solidarność: Im Dienst von CIA und Bankiers
 - Afghanistan: Die SWP macht kehrt VS fordert Rückzug der sowjetischen Truppen
 - Spartacist League in Sri Lanka gegründet
 - LTF mobilisiert Gewerkschafter gegen Faschisten
 - Nein zur NATO-Volksfront in Frankreich
 - Blutfehde Iran/Irak
- DM 2,-**
- zu beziehen über die Redaktionsanschrift

**TKP Leninistleri
üzerine yazılar**

-Stalinizme karşı Troçkizm
-Polonya ve TKP/L



international Spartacist tendency

50p
5Fr

BESTELLT!

- Stalinismus gegen
Trotzkismus
- Polen und TKP/L

2,50 DM

Zu beziehen über:
Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt/Main 1
Postcheckkonto Ffm 119 88 – 601
(Verlag Avantgarde GmbH)

SPARTAKIST

Imperialisten, israelische Truppen raus aus Libanon!

Zionistischer Holocaust

Es war der zionistische Holocaust, den so viele fürchteten, und von dem doch alle wußten, daß er kommen mußte. Tausende palästinensischer Zivilisten wurden wehrlos zurückgelassen, als Ende August die PLO-Kommandos in Westbeirut von amerikanischen, französischen und italienischen „Friedenstruppen“ entwapnet und vertrieben wurden. Solange die PLO-Truppen die Flüchtlingslager bewachten, gingen die Israelis aus Furcht, zuviele Verluste zu erleiden,

Für eine sozialistische Föderation des Nahen Ostens!

nicht hinein. Sie drängten ihre Kollaborateure in den libanesischen christlichen Milizen, in die Lager zu gehen und „aufzuräumen“. Aber auch die wollten nicht – zuerst mußten die US-Marines, die französische Fremdenlegion und die italienischen Kommandos ihre Arbeit erledigen.

Dann wurde das Massaker eröffnet. Die israelische Armee kreiste die Lager Schatila und Sabra ein und ließ am 15. September ihre lokalen Schlächter los, Major Saad Haddads „Libanesischen Streitkräfte“ und die Dami-Brigade der faschistischen Falange, um die wehrlosen Palästinenser zu ermorden. Nachdem das Massaker aufgedeckt worden war, verteidigte sich Begin wie stets, indem er die nichtjüdische Welt des Antisemitismus anklagte: „Gojim (Nichtjuden) töten Gojim,

und sofort kommen sie, um die Juden zu hängen.“

Die Greuelthaten, die in Schatila und Sabra begangen wurden, erinnerten die Welt an nichts so sehr wie an den Nazi-Holocaust. Die Opfer, vor allem Frauen, Kinder und Alte, wurden aus kurzer Entfernung erschossen; viele der Frauen wurden in den 36 Stunden der Folter und des Massenmordes vergewaltigt. Die Journalisten, die unmittelbar nach dem Massaker Schatila und Sabra betreten, hätten genauso über die Todeslager der Nazis schreiben können:

„Die Sanitätstrupps, die Gasmasken trugen, um den ekelhaften Geruch abzuwehren, der über dem Gebiet hing, sowie Plastikhandschuhe, machten sich an die grausige Aufgabe, die Körper freizulegen, die an die Wand gestellt und exekutiert worden waren. Ihre Arme und Beine waren in den grotesken Haltungen des Todes erstarrt...“ (New York Times, 20. September)

Die Zahl der Toten geht in die Tausende. Das libanesisches Rote Kreuz schätzte 1800 Ermordete und täglich werden noch mehr entdeckt. Wieviele Palästinenser wirklich in Schatila und Sabra niedergemetzelt wurden, wird man nie erfahren. Denn wie die New York Times (20. September) schrieb:

„... niemand hat eine Vorstellung davon, wieviele Körper in den Schaufeln der Planieraugen weggebracht, wieviele weggetrieben und außerhalb der Lager getötet wurden und wieviele unter Gebäuden begraben liegen, die absichtlich niedergewalzt wurden, um von Kugeln zerfetzte Männer, Frauen und Kinder zu verbergen.“



Während die zionistischen Rassisten schon routinemäßig für jeden von der PLO getöteten israelischen Soldaten zehn oder sogar 100 Araber ermordet haben, hier war es nun in jedem Fall Völkermord: das bislang blutigste Massaker in der blutigen Unterdrückung der Palästinenser.

Die Uzi-Maschinenpistolen in den Händen der sadistischen Killer von Schatila und Sabra sind zum großen Teil vom US-

Imperialismus bezahlt, weil Israel ein entscheidender antisowjetischer Verbündeter im Nahen Osten ist. Die israelische Kriegsmaschine wird in einem riesigen Umfang mit amerikanischen Militärgütern versorgt: von den Splitterbomben, die den Terror auf die Libanesen und Palästinenser herabregnen ließen, bis zu den F-16, die die syrische Luftwaffe ausradierten und Palästinenserlager bombardierten. Die massive US-Hilfe an Israel beträgt zwischen 3500 und 4000 Dollar für jede fünfköpfige Familie in diesem kleinen Land. Auch der deutsche Imperialismus, wenn auch mit weit niedrigerem Profil als Frankreich oder die USA, hat seine Rolle gespielt, Israel bei der „Beseitigung“ des „Palästinenserproblems“ Beistand zu leisten. Alle Bonner Parteien haben Begins Invasion unterstützt, und Jahr für Jahr erhält Israel Millionen Mark „Entwicklungshilfe“, von der zweifellos ein großer Teil dazu dient, die Räder der zionistischen Kriegsmaschinerie zu schmieren. Keinen einzigen Pfennig für Begins Völkermord! Westdeutschland ist Israels zweitgrößter Handelspartner und die Forderungen, für die von der Spartacist League/U.S. unterstützte Militante in der amerikanischen Matrosengewerkschaft kämpfen, müssen international von der Arbeiterbewegung aufgenommen werden. Arbeiter in jedem Hafen: Boykottiert alle Warenlieferungen an Israel, bis die israelischen Truppen aus dem Libanon zurückgezogen sind!

Begin und Sharon haben versucht, Washington ihre völkermörderische Invasion des Libanon als die Speerspitze von Reagans antisowjetischem Kriegskurs im Nahen Osten zu verkaufen, indem sie die PLO und Syrien als russische Stellvertreter hinstellten. Diese Verkaufsstrategie war

Reagan, Begin & Hitler

Auf der Suche nach dem endgültigen Holocaust. Ein israelischer General gibt ein Interview im amerikanischen Fernsehen und sagt, ihr Ziel sei die „Endlösung“ des palästinensischen „Problems“. Die israelische Armee beschreibt ihren Auftrag mit dem hebräischen Wort *letaher* – die „Säuberung“ des Libanons von der PLO. Und die Zionisten benutzen nicht nur die „Herrenmenschen“-Sprache der Nazis, sondern auch deren Völkermordpraktiken. Ein Botschafter wird erschossen (nicht von der PLO) und die israelische Luftwaffe bombardiert palästinensische Flüchtlingslager in Beirut, bringt dabei 130 Menschen um. Die PLO antwortet mit recht unwirksamem Artilleriebeschuss des Nordens von Israel, und Begin startet einen (lange vorbereiteten) Blitzkrieg, der bisher mehr als 10 000 Zivilisten das Leben gekostet hat und schätzungsweise 600 000 Menschen obdachlos machte.

Ganze Städte sind nach dem Hitlerschen

Prinzip der Kollektivschuld zerstört worden. Begin spielt Gott und vernichtet Sidon und Tyros, wie Sodom und Gomorra, weil sie Sünder in ihren Mauern beherbergt haben. Aus ihren Häusern vertrieben, wird die Bevölkerung tagelang am Strand festgehalten, von Maschinengewehren bewacht, ohne Nahrungsmittel oder Wasser. Den Männern wird befohlen, zwei Schritt vorzutreten. Wer als PLO-„Terrorist“ verdächtig ist, wird gekennzeichnet. Nicht mit einem gelben Davidstern, sondern mit einem schwarzen X auf dem Rücken. Dann werden sie in Konzentrationslager nach Israel geschickt. Werden ihnen Nummern auf die Arme tätowiert? In den Massengräbern werden die Leichen aufeinandergeschichtet.

Apocalypse now and bis in alle Ewigkeit. Begin schwört, den Libanon zu „säubern“, Reagan verkündet, daß die USA „den Sieg“ über die Sowjets davontragen werden. Im letzten Herbst entfuhr es ihm, daß es schon

seit langem die amerikanische Politik ist, einen „begrenzten nuklearen Krieg“ auf dem „europäischen Schauplatz“ zu führen. Dann kam Haigs Ruf nach einer „Demonstrationsbombe“ über der Ostsee, um die Sowjets einzuschüchtern. Wieder hieß es aus NATO-Kreisen „nichts Neues“. Aber vor einem Monat wurde in einer Verordnung des Verteidigungsministeriums dargelegt, daß von nun an die Strategie der USA nicht mehr Abschreckung sei, sondern jetzt darauf abzielt, eine „länger dauernde“ nukleare Apokalypse zu gewinnen. „Die nuklearen Fähigkeiten der Vereinigten Staaten müssen selbst unter den Bedingungen eines anhaltenden Krieges den Sieg davontragen.“ Und was bedeutet es, „den Sieg davonzutragen“? „In der Lage zu sein, die Sowjetunion zu zwingen, daß sie die frühestmögliche Beendigung von Feindseligkeiten zu Bedingungen anstrebt, die für die Vereinigten Staaten günstig sind.“ Aus der

Fortgesetzt auf Seite 11

Fortgesetzt auf Seite 12